

NEUE ZEIT

JULI 1980

27

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum _____ Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT: DAS FUNDAMENT DER ENTSpannung

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



PSF
14159-27 123 678
BIBLIOTHEK-BEZ

1401

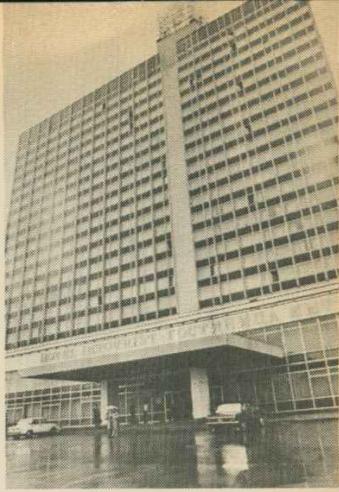


Kiew, die Hauptstadt der Sowjetukraine, kann auf eine 1500jährige Geschichte zurückblicken. In diesem Sommer wird in seiner Chronik eine neue Seite aufgeschlagen — Kiew wird Olympiastadt. Hier werden Fußballvorrunden ausgetragen.

In der Ukrainischen SSR treiben mehr als 15 Millionen Sport. Die Ukraine hat 79 Olympiasieger, viele Medaillengewinner von Welt- und Europameisterschaften hervorgebracht.

Die ganze Republik bereitet sich auf die Olympiade 80 vor. Der 1200 km lange Weg, den die Olympische Flamme durch die Ukraine nimmt, wurde ausgebaut. In den Ortschaften an der Olympiastrecke wurden Begrüßungskomitees gebildet. Alle Träger der Olympischen Flamme werden mit der traditionellen Gastfreundschaft empfangen. Die Fackel wird von den Siegern besonderer

Das Luxushotel „Rus“, wo die ausländischen Gäste wohnen werden



SOWJETUNION IM BILD



Das Olympische Trainingszentrum der Republik



Die Hauptwettkampfstätte der Olympiastadt Kiew



Olympia-Souvenirs für Sportler und Gäste



Unter Anleitung des erfahrenen Gastronomen Shuk wurde eine Speisekarte zusammengestellt, die für jeden etwas bietet



Weltbewerbe, von den besten Sportlern der Ukraine getragen werden.

Viele Sportstätten Kiews wurden entsprechend den olympischen Standards umgebaut. Spieler und Zuschauer erwarten das Zentralstadion, wo König Fußball regieren wird. 100 000 Fußballfans können die Spiele hier verfolgen. Alles ist bereit, um die Sportler im olympischen Trainingslager aufzunehmen. Moderne Sportsäle stehen den

Das Bandura-Quartett der Musikschule von Lutzk bei einem Auftritt

Athleten zur Verfügung. Ein Sonderzentrum bietet Räume für Funktionsdiagnostik, Heilbäder, Physiotherapie, Massage und eine Sauna.

Ein umfangreiches Kulturprogramm für die Gäste Kiews ist vorgesehen. Sie werden die Sehenswürdigkeiten der Dnepr-Metropole besichtigen, die Theater besuchen, Auftritte von Ensembles und vielen Künstlergruppen erleben.

Fotos: A. Motschalin

NUR VERHANDLUNGEN TUN'S

Verhandlungen sind nützlich, darüber kann es keine zwei Meinungen geben. Was half die festen Knoten vieler internationaler Probleme in der Nachkriegszeit entwirren? Verhandlungen. Was wandte wiederholt ernste Krisen und Konflikte ab? Verhandlungen. Was führte zur Verdrängung des kalten Krieges durch die Entspannung? Verhandlungen. Der Staatsvertrag mit Österreich, die Normalisierung der Beziehungen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zur BRD, das Vierseitige Abkommen über Westberlin, die Helsinki-Konferenz konnten nur dank Verhandlungen zustande kommen. Erst nach den Verhandlungen wurden die ersten multilateralen zwischenstaatlichen Abkommen über die Begrenzung des Wettrüstens möglich.

Ebenso offensichtlich ist, daß Verhandlungen sowohl bei Schönwetter als auch — wie jetzt — bei Schlechtwetterlage notwendig sind; jetzt vielleicht ganz besonders notwendig, geht es doch darum, die internationale Stabilität wiederherzustellen, das Hineinschlittern in einen neuen kalten Krieg zu verhindern und einen thermonuklearen Weltkonflikt zu verhüten. „Der Weg zur Lösung dieser Aufgabe ist der Weg der Verhandlungen, die auf strikter Einhaltung des Prinzips von Gleichheit und gleicher Sicherheit beruhen.“ Diese These aus dem Beschuß des Juniplenums des ZK der KPdSU „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der UdSSR“ stützt sich auf die Erfahrungen der Entspannungspolitik und des ergiebigen Ost-West-Dialogs.

Entspannung ohne Dialog ist undenkbar. Das verstehen auch diejenigen, die sie neuerdings als Bürde, ja nachgerade als Zwangsjacke ansehen, die sie daran hindert, mit ihren militaristischen Muskeln zu protzen. Washington spekulierte auf die Ereignisse in Afghanistan, um ein breites Spektrum von „Strafen für Moskau“ einzuführen, u. a. die Verbindungen zwischen Ost und West zu stören und ein normales Gespräch durch Konfrontation und heftigen Wortwechsel zu ersetzen. Aber die Liebhaber von Strafen merkten bald, daß sie sich ins eigene Fleisch geschnitten haben. Der USA-Präsident,

der vor kurzem ein Embargo auch über Gespräche mit dem Osten verhängen wollte, mußte nach seiner Ankunft in Europa sagen, gegenwärtig denke er anders.

Die Weltöffentlichkeit schätzte das sowjetisch-französische Gipfeltreffen in Warschau hoch ein. Ebenso positiv beurteilte sie die Ergebnisse der Verhandlungen der sowjetischen Führung mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Beide Treffen haben die Treue zu den Entspannungsprinzipien und die Bereitschaft demonstriert, nach vereinbarten Wegen zur Minde rung der heutigen Spannungen zu suchen und zur politischen Regelung der Probleme beizutragen.

Verhandlungen zeitigen aber nur dann einen Erfolg, wenn die legitimen Interessen des Partners berücksichtigt werden. Das ist ein Axiom, aber leider nicht für alle. Vor kurzem erklärte ein bekannter westeuropäischer Politiker: „Viele, auch bei uns, neigen dazu, auf die Lage der anderen Seite nicht einzugehen. Die Sowjetunion hat nämlich ebenfalls ihre legitimen Interessen, die mit ihrer Sicherheit zusammenhängen.“ Selbst in Übersee hat „ein hochgestellter Vertreter“ der Administration dieser Tage zugegeben, daß die UdSSR in Afghanistan „ihre legitimen Interessen hat, die mit ihrer Sicherheit zusammenhängen“.

Man könnte den Leuten, die dies sagen, zu ihrem gesunden Menschenverstand und ihrer Objektivität gratulieren, wenn nicht Worte und Taten hier so oft auseinandergingen. Wurden denn die legitimen Interessen der UdSSR berücksichtigt, als in der NATO der Beschuß gefaßt wurde, nahe der sowjetischen Grenze neue Kernraketen systeme des Pentagon zu stationieren? Wurden diese legitimen Interessen berücksichtigt, als man in Afghanistan, an der Südgrenze der UdSSR, ein militärisches Aufmarschgebiet für Diver sionen anzulegen versuchte?

Nein, man setzte sich über die legitimen Interessen der anderen Seite hinweg. Das war in vieler Hinsicht die Ursache für die gegenwärtige Zuspitzung der Weltlage. Damit die Perspektiven keine Befürchtungen erwecken, müssen vor allem die Versuche, das Kräftegleichgewicht zu verändern und die militärische Überlegenheit zu erreichen, wie auch die besonders herausfordernden Intrigen gegen den sozialistischen Teil Europas und gegen Afghanistan aufgegeben werden.

Es gibt keine globalen oder regionalen Probleme, die nicht politisch zu regeln wären. Das ist eine tiefe Überzeugung der UdSSR und ihrer Bündnispartner aus dem Warschauer Vertrag. Wenn ein ähnlicher Standpunkt auch im Westen die Oberhand gewinnt, wird sich eine reale Möglichkeit bieten, die Weltlage zu stabilisieren und gesunder zu machen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 27 JULI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYEMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Nur Verhandlungen tun's	1
I. Trofimowa — Drei Gesetze — ein Ziel	5
K. Karagessian — Sowjetunion—Bundesrepublik. Dialog im Interesse der Entspannung	6
Die Wahrheit zu Afghanistan	7
L. Semejko — Washingtons „Eurostrategie“	8
W. Kusnezow — NATO-„Fronten“	9
W. Boikow — Präferenz fürs Pentagon	10
E. Kowaljow — USA—Westeuropa. „Operation Beförderung“	10
A. Baryschew — Mittelamerika. Umgekehrtes Domino	12
J. Botschkarjow — Aggressoren und Ihre Beschützer	13
K. Andrejew — Algerien. Kurs überprüft	14
J. Tawrowski — Koreas gerechte Sache	15
Notizen ◆ Glossen	16
M. Awakow — Aufständische! Gedungene Mörder!	18
J. Dimow — Wer zu Provokationen anstiftet	19
Gefährliche Partner für alle	
J. Gudkow — Riskantes Spiel	20
V. Wassiljew — Peking hetzt	22
A. Krassikow — Frankreich. Unter welcher Flagge!	24
J. Schenkman — Die Kapverden. Es tagt über dem Meer	27
A. Kriwel — MVR. Mongolische Halbedelsteine	28
I. Marinow — Kainsmal des Rassismus	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist ein Fundament der Entspannung. Das zeigt auch die Erweiterung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen UdSSR—Bundesrepublik. Bundesdeutsche Rohre gegen sowjetisches Erdgas — das ist einer der größten Kontrakte, die demonstrieren, daß die Ost-West-Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft beiderseitig von Vorteil ist.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plotschadji

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 25. Juni wurde in Moskau die 3. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (10. Legislaturperiode) abgeschlossen (siehe S. 5).

■ Das Politbüro des ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR nahmen den Bericht der sowjetischen Delegation unter Alexej Kossygin über die XXXIV. RGW-Tagung (17.—19. Juni, Prag) entgegen und billigten die Tätigkeit der UdSSR-Delegation. Die zuständigen sowjetischen Organe wurden beauftragt, Maßnahmen zur rechtzeitigen und vollständigen Erfüllung der Verpflichtungen der Sowjetunion entsprechend den Beschlüssen der Tagung auszuarbeiten und zu verwirklichen.

■ Auf Einladung der sowjetischen Führung hielten sich Bundeskanzler Helmut Schmidt und Vizekanzler, Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. Juni und 1. Juli in Moskau auf. In den Gesprächen, die Leonid Breshnew, Alexej Kossygin und Andrej Gromyko mit ihnen führten, fand ein offener und vertiefter Meinungsaustausch zu den Hauptfragen der heutigen internationalen Lage und der bilateralen Beziehungen statt. Ein langfristiges Programm der Hauptrichtungen für die Zusammenarbeit UdSSR—Bundesrepublik in Wirtschaft und Industrie wurde unterzeichnet (siehe S. 6).

■ Am 25. Juni besuchten Leonid Breshnew sowie andere führende Politiker der KPdSU und des Sowjetstaates die neuen Sportstätten Moskaus, wo Wettkämpfe der XXII. Olympischen Spiele stattfinden werden. Sie gaben den Objekten, die allen Forderungen der Olympischen Charta und des IOC entsprechen, eine hohe Bewertung. Am 27. Juni fand die offizielle Eröffnung des Olympischen Dorfes statt. Ferner nahm das Olympische Pressezentrum seine Arbeit auf.

■ Der Ständige Ausschuß der Nationalversammlung und die Regierung Vietnams beschlossen, Leonid Breshnew sowie Alexej Kossygin und Michail Suslow die höchste Auszeichnung der SRV zu verleihen — den Orden „Goldener Stern“.

■ Am 29. Juni wurde in der Sowjetunion der automatische Raumfrachter Progress 10 gestartet, der verschiedene Frachten zur Orbitalstation Salut 6 bringen sollte. Am 1. Juli koppelte Progress 10 an den bemannten Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 36 an.

■ Am 27. Juni traf in Budapest die neu gewählte Nationalversammlung der Ungarischen VR zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden der Na-



Moskau, den 30. Juni. Vor Beginn der Gespräche Leonid Breschnew, Alexej Kosygin und Andrej Gromyko mit Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher.

Foto: TASS

tionalversammlung wurde Antal Apró, zum Vorsitzenden des Präsidiums Pál Losonczi gewählt. Ein Ministerrat unter György Lázár wurde gebildet. Leonid Breschnew richtete einen Glückwunsch an Pál Losonczi, Alexej Kosygin an György Lázár.

Das Volk Moçambique beging am 25. Juni den 5. Jahrestag der Proklamierung der Unabhängigkeit der VR Moçambique. Zu diesem denkwürdigen Datum richteten Leonid Breschnew und Alexej Kosygin eine Grußbotschaft an Samora Moisés Machel, den FRELIMO-Vorsitzenden und Präsidenten der VR Moçambique.

Jesús Faria, Generalsekretär der KP Venezuela, wurde am 27. Juni 70 Jahre. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh dem Jubilar den Orden der Völkerfreundschaft, und das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an ihn.

In der Sowjetunion begann am 25. Juni ein Monat der Solidarität mit dem Kampf des koreanischen Volkes für den Abzug der ausländischen Truppen aus Südkorea und die Wiedervereinigung des Landes auf friedlicher demokratischer Grundlage. Auftakt zum Solidaritätsmonat war eine Versammlung von Vertretern der Öffentlichkeit Moskaus (siehe S. 15).

Vom 25. bis 27. Juni führten in Bukarest Nicolae Ceaușescu, Generalsekretär der

RKP und Präsident der SR Rumänien, und Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Gespräche.

In Oslo tagte am 26. und 27. Juni eine Konferenz kommunistischer Parteien aus Ländern Nordeuropas statt, an der Delegationen der kommunistischen Parteien Dänemarks, Norwegens und Finnlands sowie der Linkspartei — Kommunisten Schwedens teilnahmen. In einer Erklärung wird die eindringliche Notwendigkeit betont, eine breite Volksbewegung für den Frieden und die Fortdauer der Entspannung in Nordeuropa, für die Aufhebung des NATO-Beschlusses über die Produktion und Stationierung neuer US-Nuklearraketen in Europa zu organisieren.

Die Teilnehmer einer Tagung des Abrüstungsausschusses des Welfriedensrates appellierten in Warschau an alle Friedenskräfte, den Vorschlag der sozialistischen Länder für die Einberufung einer internationalen Konferenz zur militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa zu unterstützen.

Vom 25. bis 28. Juni fand in Kabul ein Internationales Treffen der Solidarität mit dem afghanischen Volk auf Initiative der Organisation für afroasiatische Völkersolidarität statt (siehe S. 7).

Am 27. Juni verbreitete das Außenministerium Vietnams eine Erklärung, in der es die Behauptungen der herrschenden Kreise Thailands dementierte, viet-

namesische Truppen hätten die kampuchäneische Grenze überschritten und die territoriale Integrität Thailands verletzt. China und die USA gaben diesbezüglich verleumderische Erklärungen ab. Die Konferenz der ASEAN-Außenminister in Kuala Lumpur unterstützte derartige Erfindungen. Das SRV-Außenministerium bekräftigte erneut die unabänderliche Politik Vietnams — die Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und territorialen Integrität Thailands, doch betonte es zugleich die Entschlossenheit des Volkes und der Regierung Vietnams, ständig die Kampfsolidarität mit Kampuchea und Laos zu festigen.

Am 28. Juni gab das Außenministerium der VR Kampuchea eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die herrschenden Kreise Thailands als „freiwillige Repatriierung“ kampuchäner Flüchtlinge Reaktionäre und Banditen in die VR Kampuchea einschleusen. Von Thailand aus werden fortwährend Ortschaften Kampuchea mit Artillerie und Granatwerfern beschossen, und Flugzeuge verletzen systematisch den Luftraum der Republik. Das Außenministerium der VR Kampuchea verlangte von den thailändischen Behörden, die Subversionsakte einzustellen (siehe S. 19).

Das Verteidigungsministerium der VR Angola gab eine Erklärung ab, daß RSA-Truppen am 7. Juni eine offene Invasion angolanischen Territoriums begonnen haben. Auf Antrag Angolas fand eine Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates statt, die am 28. Juni eine Resolution mit entschiedener Verurteilung des Regimes in Pretoria verabschiedete. Die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs enthielten sich der Stimme (siehe S. 13).

Am 25. und 26. Juni fand in Ankara die NATO-Ratstagung auf der Ebene von Außenministern statt (siehe S. 9).

Nach Abschluß des Wirtschaftsgipfels der sieben bedeutendsten kapitalistischen Industrieländer in Venedig hatte US-Präsident Carter Gespräche mit führenden Politikern Italiens. Am 24. und 25. Juni stattete er Jugoslawien einen Besuch ab, am 25. Juni besuchte er Spanien und am 26. Juni Portugal (siehe S. 10).



In den Wüstenregionen des US-Bundesstaates Nevada fand ein Großmanöver unter der Codebezeichnung „Red Flag“ statt. An ihm nahmen verschiedene Gattungen der Streitkräfte teil, die zur Eingreiftruppe gehören. **Unser Bild:** Ein Landetrupp wird aus dem Militärtransporter C 130 abgesetzt.

Foto: UPI-TASS

US-Verteidigungsminister Harold Brown traf in Paris ein, um Gespräche mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing und Verteidigungsminister Yvon Bourges zu führen. Unter Hinweis auf amerikanische Quellen meldete AFP, die Treffen in Paris hätten eine neue Bedeutung erlangt, nachdem bekanntgegeben wurde, daß Frankreich die Neutronenbombe getestet hat. In Washington meint man AFP zufolge, die französischen Streitkräfte sollten eine größere, wenn nicht gar die entscheidende Rolle bei der „Verteidigung Westeuropas“ spielen.

Unter den Forderungen nach Aufhebung des Belagerungszustandes, nach der Beendigung der volksfeindlichen Repressalien und der Einmischung der USA stand am 24. und 25. Juni ein Generalstreik in El Salvador, an dem mehr als 300 000 Werktätige teilnahmen. Der größte Streik in der Geschichte des Landes brachte Industriebetriebe, Verkehrswesen und die meisten staatlichen Einrichtungen zum Erliegen. In El Salvador herrscht Terror. Mehr als 30 Studenten und Dozenten der Universität San Salvador wurden von Juntaschergen getötet und fast 200 verletzt.

Am 29. Juni fanden in Bolivien allge-

meine Wahlen statt. Der Präsident und der Vizepräsident der Republik, Senatoren und Abgeordnete des Nationalkongresses wurden gewählt. Nach vorläufigen Angaben liegt Hernán Siles Zuazo von der Koalition der Linkskräfte, der Demokratischen und Volkseinheit, an erster Stelle unter den 13 Präsidentschaftskandidaten. Beobachtern zufolge wird kein Kandidat mehr als 50% der Stimmen erhalten. Dann wird der Kongreß den Präsidenten unter den drei erfolgreichsten Kandidaten wählen.

In Peru wird die Stimmabzählung der Präsidenten- und der Parlamentswahlen vom 18. Mai abgeschlossen. Nach bisher vorliegenden Angaben haben in einzelnen Departements ca. 45 Prozent der Wähler für den Kandidaten der Acción Popular, Fernando Belaúnde Terry, gestimmt (zur Wahl reichen 36%). Der Sieg Belaúnde Terrys wurde sowohl von allen seinen Rivalen als auch von der Regierung der Streitkräfte anerkannt. Auf seinen Wahlerfolg wirkte sich in nicht geringem Maße die Spaltung im Linkslager aus, die einen Teil der Wähler von den demokratischen Parteien abzog. Belaúnde Terry gab seine Absicht bekannt, eine vollständige oder teilweise „Reprivatisierung“ der Staatsbetriebe in vielen Branchen der Wirtschaft durchzuführen.

In Buenos Aires wurde eine Erklärung der KP Chiles veröffentlicht, die neue Juntaverbrechen entlarvt: Pinochet und seine Clique müssen gestürzt und der Faschismus beseitigt werden. Die Militärs, die sich nicht mit dem Blut des Volkes beflecken wollen, müssen auch helfen, die Diktatur zu stürzen.

Zum neuen Präsidenten Islands wurde am 29. Juni Frau Vigdís Finnbogadóttir gewählt.



Die arabische Bevölkerung von Jerusalem protestiert in Massendemonstrationen gegen die Absicht der Regierung Begin, auch den arabischen Ostteil der Stadt zu annexieren. **Unser Bild:** Israelische Soldaten in Jerusalem verhaften Demonstranten.

Foto: UPI-TASS

Im April war ich als Mitglied einer Delegation der Freundschaftsgesellschaft Portugal-UdSSR in Kasachstan und staunte über die schönen, farbenfreudigen Straßen, die wunderbaren Grünanlagen, die moderne Architektur, die umfangreiche Bautätigkeit, über den Patriotismus und Kunstsinn der Leute... Die verschiedenen Nationalitäten in der UdSSR sind wirklich gleichgestellt. Zum Sowjetvolk vereint sind sie durch den gemeinsamen Aufbau des Kommunismus. In der UdSSR überzeugt man sich davon, daß die reaktionären, imperialistischen Kreise Ihr schönes, mächtiges Land schamlos verleumden, wenn sie von einer sowjetischen Bedrohung reden.

Fernando da Silva MOUGA
Viseu, Portugal

Die Computer im Verteidigungsministerium der USA signalisieren immer öfter fälschlich einen sowjetischen Raketenangriff auf die USA. Deren Militärklüngel unterzieht die Öffentlichkeit bewußt einer militaristischen Bearbeitung, um sich für den Fall eines amerikanischen „Gegenschlags“ gegen die UdSSR im voraus zu rechtfertigen. Wer für Frieden auf Erden ist, muß wachsam sein.

P. BATAJEW
Gebiet Astrachan, RSFSR

Ich habe Ihre Zeitschrift schon viele Jahre gelesen, erst in Uruguay, wo ich 24 Jahre lebte, und jetzt in Spanien. Oft las ich darin Kritiken an der kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben. Ich weiß nicht, ob sich die sowjetischen Menschen vorstellen können, wie erniedrigend es ist, auf Arbeitsuche in Fabriken immer wieder abgewiesen zu werden, nur weil man über vierzig ist und die Besitzer junge Kräfte vorziehen. Ich freue mich von Herzen für die sowjetischen Menschen, daß sie so etwas nicht kennen.

Pedro ROCA
Barcelona, Spanien

DREI GESETZE – EIN ZIEL

Die Vorbereitung auf einen Parteitag der KPdSU schafft stets eine besondere Atmosphäre im Leben des Sowjetstaates. Diese Zeit wird eine Art Höhepunkt für die Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens. Sind ja die Konzeptionen des Vormarsches, ob im sozialökonomischen Bereich oder in Fragen der Außenpolitik ein Ergebnis des kollektiven Verstandes der Partei, ein Anliegen der ganzen Gesellschaft. Darin liegt die Stärke der sozialistischen Ordnung. Die regierende Partei, die der Initiative der Massen Raum bietet und sie akkumuliert, fördert das gesellschaftliche Denken und strebt danach, breiteste Volkschichten zur Lösung gesamtstaatlicher Angelegenheiten heranzuziehen. Das galt auch für die Junitagung des Obersten Sowjets der UdSSR.

Jede Stufe in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Kultur muß, wie Lenin schrieb, von einer „Ausgestaltung und Umgestaltung“ des sowjetischen Systems begleitet werden. Gemeint ist die ständige Entwicklung, die Vervollkommenung des sozialistischen Staatswesens und vor allem ihrer Grundlage — der Sowjets.

Die Sowjets, die seit ihrer Entstehung zu Trägern der Volksmacht geworden sind, haben einen ruhmvollen Weg zurückgelegt — von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über die Sowjets der Werktautigendeputierten zu den Sowjets der Volksdeputierten. Darin hat die Erweiterung der sozialen Basis des Staates, die Entwicklung der Demokratie und die Teilnahme immer breiterer Schichten der Gesellschaft an deren Leitung Ausdruck gefunden. Die „Ausgestaltung“ des sozialistischen Staatswesens geht weiter. Höhepunkt der großen Arbeit der letzten Jahre war die Annahme der neuen sowjetischen Verfassung. Selbst die Zeitschrift „Osteuropa-Recht“ (BRD) mußte eingestehen, daß die sowjetische Verfassung die Rechte der Sowjets erweitert und deren Leitungsfunktionen viel umfassender gemacht hat. Vor einigen Jahren wurden Gesetze formuliert, die den örtlichen Sowjets in Stadt und Land große Rechte gaben und zugleich ihre materiellen Möglichkeiten vergrößerten. Jetzt hat die Tagung des Obersten Sowjets das Gesetz „Über die Hauptbefugnisse der Regions- und der Gebietssovjets der Volksdeputierten, der Sowjets der Volksdeputierten der auto-

nomen Gebiete und autonomen Kreise“ angenommen.

In der UdSSR gibt es mehr als 50 000 Sowjets aller Stufen. In ihnen sind über zwei Millionen Deputierte tätig, und ca. 30 Millionen Bürger wirken aktiv in ihnen mit. Die örtlichen Machtorgane haben also sehr große Möglichkeiten, und jetzt sollen sie noch aktiver in die Entwicklung der materiellen Produktion eingreifen.

Vor Wählern des Bauman-Wahlkreises in Moskau erinnerte Leonid Breshnew 1979 daran, welche Bedeutung Lenin der Wirtschaftstätigkeit der Sowjets beimaß. In der Privatbibliothek des Gründers des Sowjetstaates im Kremel findet sich ein Arbeitsplan des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsowjets. An der Stelle, wo steht, daß das Exekutivkomitee in dreieinhalb Monaten des Jahres 1920 67 Fragen, u. a. 8 ökonomische und 48 organisatorische, erörtert hat, unterstrich Lenin die Zahlen und schrieb am Rande: „Unnormal“ und „Sollte umgekehrt sein“.

Heute sind die Möglichkeiten der Sowjets, aktiv auf das Wirtschaftsleben des Landes einzuwirken, natürlich unvergleichlich größer. So hat das Bildungsniveau der Gesellschaft und folglich auch der Kompetenzgrad der Volksdeputierten zugenommen. Auf der Tagung wurde folgendes Beispiel angeführt: Heute haben 83 Prozent der Vorsitzenden der Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets der Usbekischen SSR Hochschulbildung, und fast alle Leiter der Exekutivorgane sind Spezialisten für Industrie oder Landwirtschaft. Die neue Verfassung hat den örtlichen Machtorganen große Rechte gegeben. Jetzt gilt es also, von ihnen Gebrauch zu machen. Eben diese Erwägungen liegen jenen Artikeln des neuen Gesetzes zugrunde, die den Sowjets eine größere Rolle beim wirtschaftlichen Aufbau zuweisen.

Die Sowjets tragen vor allem größere Verantwortung für eine enge Wechselbeziehung zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung, für die Verbindung der Branchen- und der Territorialprinzipien bei der Leitung der Volkswirtschaft. Zu einer operativen Lösung der anstehenden Fragen wird die Bildung von Präsidien der Exekutivkomitees in den großen Regionen und Gebieten beitragen. Die materiellen Möglichkeiten der Sowjets werden noch größer. So

sieht das neue Gesetz vor, für die Haushalte der Regionen, Gebiete und Kreise einen Teil der Gewinne der republik- und unionsgeleiteten Betriebe und Organisationen, die sich auf dem Gelände der betreffenden Sowjets befinden, abzuzweigen.

Die Sowjets spielen auch bei der Lösung sozialer Fragen wie beim Wohnungsbau eine immer größere Rolle. In den letzten vier Jahren wurden mehr als 423 Mio m^2 Wohnfläche gebaut, was es ermöglichte, die Wohnverhältnisse von mehr als 40 Millionen Menschen zu verbessern. Ein Großteil des staatlichen Wohnungsfonds wird von den örtlichen Sowjets verwaltet. Allmählich wird der Dienstwohnungsfonds an sie übergeben. Das in dem Gesetz verankerte Recht der Sowjets, mit Zustimmung der Betriebe, Institutionen und Organisationen Fragen der gemeinsamen Nutzung der ihnen hierfür zur Verfügung stehenden Mittel zu entscheiden, wird zum verstärkten Bau von Wohnungen, sozialen und kulturellen Objekten sowie Dienstleistungsbetrieben beitragen.

Ein weiterer Bereich, in dem die Tätigkeit der örtlichen Machtorgane vervollkommen wird, ist die Weiterentwicklung der Demokratie. Die meisten Deputierten, genauer gesagt 68,7%, sind Arbeiter und Kolchosbauern. Zudem werden bei den Wahlen mehr als ein Drittel der Deputierten der Sowjets neu gewählt. Immer mehr Werktätige sammeln also Leitungserfahrungen. Die Sowjets und die Wähler können jetzt die Exekutivorgane besser kontrollieren. Die ständigen Ausschüsse erhalten neue Befugnisse. In den örtlichen Machtorganen wirken jetzt mehr als 330 000 Ausschüsse mit über 1,8 Millionen Deputierten. Ihre Empfehlungen müssen von den Staatsorganen berücksichtigt werden.

Das neue Gesetz stärkt die Rolle der Sowjets vor allem als Organe der Staatsmacht, die mit ihrer Tätigkeit mehr leisten als die „örtliche Selbstverwaltung“ anderswo.

Zwei weitere Gesetze — über die Reinhalter der Atmosphäre sowie über Schutz und Nutzung der Tierwelt — wurden gebilligt.

Diese drei Gesetze erfassen verschiedene Lebensbereiche der Gesellschaft. Doch ihnen allen geht es darum, die materiellen und geistigen Werte des Volkes im Interesse der jetzigen und künftiger Generationen zu mehren.

I. TROFIMOWA

DIALOG IM INTERESSE DER ENTSPANNUNG

Das Pressezentrum im zweiten Stock des Moskauer Hotels „Intourist“ wurde am 30. Juni und 1. Juli von Presse-, Rundfunk- und Fernsehjournalisten aus der Bundesrepublik frequentiert. Überdies waren zur Unterstützung ihrer in Moskau arbeitenden Kollegen Korrespondenten französischer, britischer und anderer Blätter aus Bonn angereist. Und als sie sich nach dem ersten Tag der sowjetisch-bundesdeutschen Gespräche gegen Mitternacht zu einer Pressekonferenz einfanden, verstand man, daß die Augen der Welt wieder einmal auf Moskau gerichtet waren.

Die Ergebnisse der Gespräche finden großes Interesse bei der Öffentlichkeit. Wohl jede Regierung oder bedeutende Partei innerhalb und außerhalb Europas, ganz zu schweigen von den Massenmedien, werden so oder anders Stellung nehmen zu den Ergebnissen der Moskauer Gespräche.

Die sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen spielen ja schon seit langem eine wichtige Rolle im internationalen Leben und entwickelten sich zu einem bedeutenden Entspannungsfaktor. Deshalb wurden von den Gesprächen der sowjetischen Führung mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und Vizekanzler, Außenminister Hans-Dietrich Genscher neue Impulse nicht nur für die bilateralen Verbindungen, sondern auch für die Ost-West-Beziehungen insgesamt erwartet. In einer komplizierten internationalen Lage, da alarmierende Signale mal aus der einen, dann aus einer anderen Region zu vernehmen sind, haben sich die Partner der Entspannungspolitik — die Sowjetunion und die Bundesrepublik — das jetzt bereits 10 Jahre — für deren Fortführung und Weiterentwicklung ausgesprochen.

Natürlich decken sich die Ansichten der Sowjetunion und der Bundesrepublik weitaus nicht in allen Punkten. So fanden die falschen westlichen Vorstellungen über die Ereignisse in Afghanistan, Vorstellungen, die nicht von den Tatsachen, sondern von einer voreingetragenen Meinung ausgehen, in der Haltung der bundesdeutschen Seite ihren Niederschlag. Der Kanzler, der die „Notwendigkeit“ des Abzuges der sowjetischen Truppen aus Afghanistan besonders betonte,

sagte jedoch nicht, daß alle Formen der Aggression, die bekanntlich die afghanische Regierung veranlaßten, sich an die Sowjetunion mit der Bitte um Militärhilfe zu wenden, beendet werden müssen.

Sowjetischerseits wurde unterstrichen: Die Lage entwickelte sich so, daß die Sowjetunion dem befreundeten Nachbarland nicht die Hilfe in einem Augenblick verweigern konnte, da seine Unabhängigkeit ernstlich bedroht war. In den Gesprächen äußerte sich Leonid Breschnew für eine politische Regelung im Zusammenhang mit Afghanistan auf der Grundlage der entsprechenden Vorschläge der afghanischen Regierung aus. Im Kontext einer solchen politischen Regelung könnte auch die Frage eines Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan gelöst werden.

Doch bei allen Differenzen hierüber wie auch bei einigen anderen Fragen waren sich die Seiten darin einig, daß die Entspannungspolitik keinen Schaden nehmen darf. Und das war mehr als ein frommer Wunsch. Wurden ja in den letzten Jahren reiche Erfahrungen beim Krisenmanagement gesammelt. Der kalte Krieg wurde weitgehend überwunden. Höhepunkt auf diesem Weg war ein Ereignis von welthistorischer Dimension — die gesamt-europäische Konferenz von Helsinki. Über 30 Jahre Frieden in Europa haben den Menschen die Hoffnung gegeben, daß der Teufelskreis der nicht abreißenden militärischen Konflikte, die im Atomzeitalter die Existenz der ganzen Menschheit gefährden, gesprengt werden kann.

Doch reaktionäre und militaristische Kreise des Imperialismus sahen darin eine Bedrohung auch ihrer Machtpositionen und des profitablen Wettrüsts. Sie nahmen Kurs auf die Verschärfung der Weltlage, die Schürung von Krisen, auf verstärkte materielle Kriegsvorbereitung. Eine Situation entstand, die von Tag zu Tag gefährlicher wird. „Angesichts der immer neuen Versuche, das Wettrüsten zu forcieren, appellieren wir eindringlich an den Westen, einzuhalten, die diversen, „Nachrüstungs“programme aufzugeben sowie auf die Entwicklung neuer Waffenarten und -systeme, ob Raketen-, Neutronen-, chemische oder beliebige andere Waffen, zu verzichten“, sagte Leonid Breschnew

am 30. Juni im Kreml. Ferner konstatierte er, daß es in einer realistischen Politik keine Sackgassensituationen geben kann, natürlich wenn diese nicht künstlich geschaffen werden.

Ein konkreter Beweis für die Richtigkeit dieser These ist auch die Geschichte der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen. Noch unlängst litten sie unter dem schweren Erbe der Vergangenheit, das zu Mißtrauen und Spannungen führte. Doch der gute Wille, die konstruktive Haltung und der Realismus beider Seiten haben geholfen, diese Barriere zu überwinden. Der Moskauer Vertrag, der eine Wende nicht nur in den bilateralen Beziehungen einleitete, wurde unterzeichnet. Er wurde zu Recht als Prolog einer neuen historischen Periode aufgenommen — der Periode der viele Bereiche umfassenden konstruktiven Zusammenarbeit in ganz Europa. Es wurde deutlich, daß gute sowjetisch-bundesdeutsche Beziehungen den Völkern beider Länder wie auch Europa insgesamt Nutzen bringen.

Ein Ergebnis dieser Veränderungen war die dynamische Entwicklung der sowjetisch-bundesdeutschen Wirtschaftsbeziehungen. Bei den jetzigen Gesprächen wurde das Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie unterzeichnet. Angesichts der Unbeständigkeit der Weltkonjunktur stellt es einen bedeutenden Beitrag dar zur Festigung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wie zur Stabilisierung der Weltwirtschaft.

In den vergangenen 10 Jahren hat sich der Warenaustausch fast verdreifacht. Jährlich nimmt er um mehr als ein Viertel zu: 1970 betrug er 544 Mio Rubel, 1978 bereits über 4,2 Md. Rubel. So wichtige Dokumente wie die Gemeinsame Deklaration und das 25-Jahres-Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, die während des Breschnew-Besuchs in der Bundesrepublik im Mai 1978 unterzeichnet wurden, zeugen von der Dynamik in diesem Bereich.

Angesichts dieser Tatsachen nehmen sich die Behauptungen gewisser Kreise naiv aus, die UdSSR ziehe aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch „westliche Technologie“ (solche Thesen werden nicht selten von Aufrufen zu diversen Wirtschaftsboykott und -sanktionen begleitet) einseitigen Nutzen. Kaum ein Kapitalist hat je Handel zu seinem Nachteil getrieben. Beide Seiten haben hier den Vorteil. Es ist nur natürlich, daß in der heu-

tigen komplizierten Lage eine ganze Reihe der namhaftesten Vertreter der bundesdeutschen Geschäftswelt zu den entschiedensten Gegnern einer Rückkehr zum kalten Krieg gehört. Beide Länder können natürliche Partner bei der Lösung der großen und komplizierten Aufgaben sein, mit denen die Weltgemeinschaft konfrontiert wird.

Daß der beiderseitige Nutzen aus den sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen betont wird, bedeutet nicht, man würde sie idealisieren. Hier waren in letzter Zeit — nicht durch Schuld der Sowjetunion — auch alles andere als erfreuliche Erscheinungen zu konstatieren: vor allem der Beschuß der Bundesregierung, das Territorium ihres Landes für die Stationierung von gegen die UdSSR gerichteten Atomraketen bereitzustellen.

Der Bundeskanzler rief bei dem Meinungsaustausch in Moskau zur

Aufnahme von Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenraketen auf, wobei er die diesbezügliche bekannte Haltung der westlichen Länder bekräftigte. Doch dabei sagte er nicht, daß die westlichen Länder, darunter die Bundesrepublik, de facto Vorbedingungen stellen. Sie schlagen ja vor, daß diese Verhandlungen sozusagen „parallel“ mit der Verwirklichung des NATO-Raketenbeschlusses geführt würden. Man möchte also nur die sowjetischen Waffensysteme zum Verhandlungsgegenstand machen. Doch dann würde das Prinzip der gleichen Sicherheit massiv verletzt, was die Sowjetunion natürlich ablehnen muß.

Zu den positiven Ergebnissen der Gespräche ist zu rechnen, daß zwischen ihren Teilnehmern ein offener und vertiefter Meinungsaustausch zu den Hauptfragen der heutigen internationalen Lage sowie zu Fragen der bilateralen Beziehungen

stattfand. Beide Seiten bekräftigten ihre Absicht, die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen gemäß dem Moskauer Vertrag von 1970, der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978, entsprechend den Wirtschaftskontrakten und Vereinbarungen fortzuführen.

Die sowjetischen Menschen billigen die positiven Ergebnisse der sowjetisch-bundesdeutschen Gespräche. Sie bekräftigen ein weiteres Mal ihre Bereitschaft, die bereits erprobten Wege zu Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und mit allen anderen interessierten Staaten weiterzugehen und neue Wege zu bahnen. Sie bekunden erneut ihre Entschlossenheit und Bereitschaft, die friedliche Zukunft der Völker auf ein festes Fundament zu stellen.

K. KARAGESIAN

DIE WAHRHEIT ZU AFGHANISTAN

Ende Juni fand in Kabul ein Internationales Solidaritätstreffen mit dem afghanischen Volk auf Initiative der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) statt. Delegationen aus mehr als 20 Ländern waren zugegen. Ein Kommuniqué und eine Botschaft an das afghanische Volk, in der man Unterstützung für den Kampf um ein neues Leben bekundete, wurden angenommen.

Unser Korrespondent kam mit Teilnehmern des Treffens von Kabul zusammen.

Dr. A. SAADEH, Vorsitzender der Syrischen Sozialistischen Nationalpartei:

„Das Treffen sollte die Lügen der imperialistischen Propaganda über die wahre Lage in Afghanistan entlarven, den Versuchen eine Abfuhr erteilen, die Konterrevolution nach Afghanistan zu exportieren, die Solidarität aller Fortschrittskräfte mit dem afghanischen Volk, mit seiner Aprilrevolution bekunden und der Sowjetunion Dank dafür aussprechen, daß sie dem afghanischen Volk, der Befreiungsbewegung insgesamt durch ihre Hilfe an die DR Afghanistan bei der Vereitelung der imperialistischen Verschwörung einen sehr großen Dienst erwiesen hat.“

MOHAMED AL-KAFF, Leiter der internationalen Abteilung der Zeitung „14. Oktober“ (VDR Jemen):

„Wir haben mit eigenen Augen gesehen, daß die westliche Propaganda Unmengen von Lügen und Verleumdungen über die wahre Lage in Afghanistan verbreitet. Mit dieser Kampagne soll die Öffentlichkeit in den islamischen Ländern gegen das neue Afghanistan aufgebracht werden. In Wirklichkeit leistet dort weder das Volk Widerstand gegen die Volksmacht noch kommt es zu schweren Kämpfen. Wenn Blut vergossen wird, dann durch Schuld der von auswärts eingeschleusten konterrevolutionären Söldner und nicht der Regierung, die entgegen aller Hetze Gläubigen und geistlichen Würdenträgern keinerlei Gewalt antut. Arbeiter, Bauern, Studenten und Soldaten der DR Afghanistan verteidigen gemeinsam die revolutionären Errungenschaften.“

MOHAMED L. DOUMBIA, Mitglied des nationalen AAPSO-Ausschusses: (Mali):

„Babruk Karmal empfing die Konferenzteilnehmer. Er berichtete ausführlich von den großen Aufgaben der afghanischen Revolution. Wir besuchten zwei Städte, Khost und Masari-Sherif, und konnten uns vor Ort davon überzeugen, wie unverschämt die westliche Propaganda läuft. Wir haben keinerlei Anzeichen dafür gefunden, daß die Werkstätten die Hilfe des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents auf Bitte der afghanischen Regierung feindselig aufnehmen würden. Meine frühere Vorstellung, geformt von der westlichen Lügenpropaganda, hat sich vollständig geändert.“

AMIN YOUSEF, Sekretär des nationalen AAPSO-Ausschusses (Syrien):

„Ich besuchte die afghanisch-pakistanische Grenze. Dort werden keine Kampfhandlungen geführt. Die Banditen und Söldner beschränken sich auf einzelne Überfälle. Die Kinder dort gehen zur Schule, der Handel floriert, alle Moscheen sind geöffnet, Institutionen und Betriebe arbeiten wie gewöhnlich. Doch man spürt, daß die Bevölkerung Angst hat vor Einfällen aus Pakistan. Das afghanische Volk unterstützt das progressive Regime der Aprilrevolution.“

ANTHONY MONTEIRO, geschäftsführender Sekretär der Anteil imperialistischen Solidaritätsbewegung für die Befreiung Afrikas (USA):

„Die Teilnehmer des Treffens von Kabul unterstützten den Beschuß der AAPSO, Sondermissionen des guten Willens nach Afghanistan und Pakistan zu entsenden, die dazu beitragen sollen, daß Stabilität und gute Nachbarschaft in dieser Region wiederhergestellt werden. Ebendarauf sind die konstruktiven Vorschläge der Regierung der DR Afghanistan vom 14. Mai für eine politische Regelung gerichtet. Wir werden alles tun, um die Öffentlichkeit in den USA, wo die Hysterie des Weißen Hauses zu den afghanischen Ereignissen zu weichen beginnt, vom Nutzen einer solchen Regelung zu überzeugen. Hauptaufgabe der demokratischen Kräfte Amerikas ist es, den ‚eisernen Vorhang‘ der antiafghanischen und antisowjetischen Propaganda beiseite zu schieben, mit deren Hilfe das Pentagon seine verstärkten Kriegsvorbereitungen im Indischen Ozean und im Persischen Golf zu rechtfertigen sucht.“

WASHINGTONS „EUROSTRATEGIE“

Lew SEMEJKO

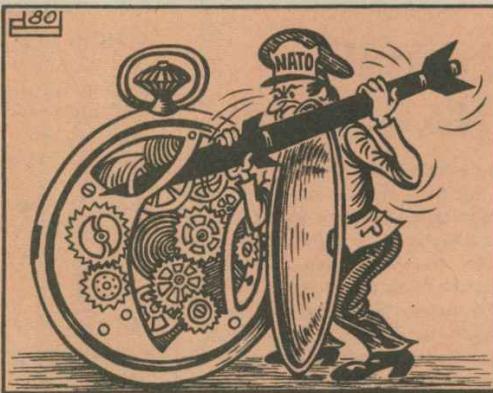
Der Bau der neuen amerikanischen Atomraketen und ihre Stationierung in Westeuropa ist nach wie vor eins der akutesten Probleme. Es stand im Mai im Politischen Beratenden Ausschuß der Warschauer Vertragsstaaten zur Debatte. Ebenso bei allen kürzlichen Tagungen der NATO-Führung. Bei den unablässigen Diskussionen darüber zeigen sich nicht allein die verschiedenen Einstellungen von West und Ost zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit, sondern auch die Meinungsunterschiede innerhalb der NATO.

Die Tagung der Gruppe für nukleare Planung von Anfang Juni in Bodö (Norwegen) war der erste Schritt zur Ausführung der im Dezember v. J. gebilligten „eurostrategischen“ Absichten der NATO. Nach diesen Plänen sollen 572 neue Mittelstreckenraketen in fünf Ländern stationiert werden: 180 in England, 112 in Italien, 96 in der BRD und je 48 Tomahawk-Flügelraketen in Belgien und Holland. Bonn hat sich außerdem zur Aufnahme von 108 Pershing-2-Raketen verpflichtet.

In Bodö wurde auch der Bau von Startrampen für Cruise Missiles in England und Italien beschlossen. Warum nur dort? Wahrscheinlich nicht zuletzt infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Partnern. Der westlichen Presse zufolge vertrat Harold Brown in Bodö folgenden Standpunkt: Zuerst — 1983 — solle man die Raketen in der BRD und ein Jahr später in den anderen Staaten stationieren. Bonn dagegen will ihre gleichzeitige Stationierung bei den NATO-Partnern (was z. B. Außenminister Genscher auf dem kürzlichen FDP-Parteitag erklärt hat). Belgien und Holland schieben die Entscheidung über die „Euroraketen“ vorläufig überhaupt auf. So ergab sich eine ausweglose Lage, aus der dann unter dem Druck der USA der „Ausweg“ gefunden wurde, mit den Vorbereitungen zur Stationierung der Raketen an den „Flanken“ Westeuropas anzufangen.

Washington tut alles, um jede Verzögerung zu verhindern, damit in der NATO niemand ernsthaft über

den Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten nachdenken kann, den Beschuß zum Bau und zur Stationierung der „Euroraketen“ zu annullieren oder zumindest mit seiner Ausführung auszusetzen, was eine Voraussetzung für diesbezügliche Verhandlungen böte. Washington hat sich sogar bemüht gefühlt, Bonn zu verwarnen: Keinerlei Vereinbarungen mit der UdSSR, die die



Ohne Rücksicht auf die Zeit

Zeichnung: W. Tschakiridis

Stationierung der amerikanischen Raketen in Europa verzögern könnten! Die Botschaft Carters ist ein anschaulicher Beweis dafür, daß Washington auf seine Bündnispartner drückt, wenn — so die „New York Times“ — „die Bundesdeutschen den USA in den meisten Schlüsselproblemen auch zustimmen“.

Die USA haben es militärisch und politisch vor allem darauf abgesehen, eine nukleare Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen und zugleich ihre eigene führende Stellung in der NATO zu untermauern. Dabei sollen ihnen die „Euroraketen“ die wichtigste Handhabe sein.

Der Kurs auf Überlegenheit ist der Schwerpunkt in der Militärdoktrin der USA und der NATO überhaupt. Nehmen wir z. B. den Begriff der „Überlegenheit bei der Eskalation“, der der Strategie eines

„flexiblen Reagierens“ zugrunde gelegt ist. Im Einklang mit dieser Strategie sollen die NATO-Streitkräfte zu Kampfhandlungen auf einer beliebigen „Konfliktebene“ bereit sein: unter Einsatz nur konventioneller (nichtnuklearer) Kräfte, „taktischer“ Kernwaffen und schließlich mit der ganzen Schlagkraft ihres strategischen Rüstzeugs, wobei der Westen auf jeder Konfliktebene die Überlegenheit haben muß. Gemeint ist, daß man im Falle eines Konflikts dank dieser Überlegenheit die Eskalation so in der Hand haben müsse, wie es der NATO vorteilhaft erscheint.

Gerade mit Hilfe der „Euroraketen“ glaubt sich die Führung der USA und der NATO Vorteile auf beiden nuklearen Ebenen — der taktischen und der strategischen — verschaffen zu können. Diese Absicht behält man lieber für sich, denn die Gewinnung der Überlegenheit setzt ein Aufheizen des Wettrüstens voraus, und dagegen treten weite Kreise der westlichen Öffentlichkeit ganz unterschieden auf. Also tarnt man sie: Der Bau der neuen amerikanischen Raketen und ihre Stationierung in Europa bedeute keineswegs, daß die NATO größeren Nachdruck auf Kernwaffen lege, umgekehrt, sie lege weniger Gewicht auf diese Waffen, was man schon daran sehe, daß die Zurücknahme von 1000 amerikanischen Kernsprengköpfen aus Europa begonnen habe. (Das wurde im Schlußkommuniqué der Tagung in Bodö besonders hervorgehoben.)

Dazu sei bemerkt, daß es sich um längst veraltete Munition handelt, die obendrein nur für Kampfhandlungen von geringer Tiefe taugt. Die USA und die NATO hatten sie, angesichts der riesigen amerikanischen Kernwaffenbestände in Europa (über 7000 Sprengköpfe), schon lange als überflüssig bezeichnet.

An Stelle der veralteten Waffen will man rund 600 hochmoderne Raketen nach Europa schicken. Sie haben die neuesten nuklearen Ladungen und können vor allem Gebiete tief im Westen der UdSSR treffen.

Zum Unterschied von der diplomatischen Ausdrucksweise in dem genannten Kommuniqué hat US-Armeeminister Alexander unverblümt erklärt, daß man mit der Modernisierung der Kernwaffen auf

dem „europäischen Kriegsschauplatz“ eine Eskalation riskiere. Das Risiko ist um so größer, als diese Raketen ihr Ziel in kürzester Zeit treffen könnten. Es könnte durchaus sein, daß man sie starten würde, wenn es in Europa zu einem blinden Alarm käme, wie er am 3. und 6. Juni in den USA zu einer erhöhten Kampfbereitschaft der strategischen Streitkräfte führte. Ein plötzlicher Abschuß solcher Raketen ist nicht ausgeschlossen, weil die NATO auf die „Überlegenheit bei der Eskalation“ Wert legt. Sehr wichtig ist der quantitative Aspekt der „Eurostrategie“, und man muß einige technische Details unter die Lupe nehmen. Raketen werden bekanntlich von Startrampen abgeschossen. Auf jede Startanlage, die die NATO-Truppen jetzt haben, kommen mehrere Raketen, z. B. auf jede der 108 Anlagen für Pershing-1-Raketen, die die USA in der BRD stationiert haben, fünf. Die Pershing 1 werden gegen Pershing 2 ausgewechselt. Wieviel Raketen sollen auf jede neue Anlage entfallen? Die NATO behauptet, eine. Das ist aber zweifelhaft, und das in zunehmendem Maße, wenn man in der westlichen Presse die Fotos des jetzt im Teststadium befindlichen Pershing-2-Systems betrachtet. Es hat ja nicht eine, sondern zwei Gleitschienen, d. h. zwei Raketen können gleichzeitig gestartet werden.

Auch im Hinblick auf die Cruise Missiles kommen Zweifel auf. Ihre Startanlage hat vier Startplätze. Es fragt sich, ob die NATO, wenn sie von 484 Tomahawks spricht, nicht die Zahl der Startplätze meint.

Damit haben aber die „eurostrategischen“ Rechenexemplar noch kein Ende. Jede Rakete kann ja mehrere Sprengköpfe haben. Hier ein Zitat aus dem halbamtlichen NATO-Blatt „NATO's Fifteen Nations“: „Bis 1985 sollen Megatonnenwaffen entwickelt und die Raketenköpfe mit zahlreichen Sprengköpfen versehen werden.“ Hiervon ausgehend, kann man sich ausrechnen, wie groß das „eurostrategische“ Potential der NATO schon in einigen Jahren sein wird. Es kann Tausende und nicht 572 Raketen umfassen.

Die jetzigen „eurostrategischen“ Pläne der NATO haben sozusagen einen doppelten Boden. Ihr wirkliches Ausmaß ist allem Anschein nach so groß, daß sie der NATO bestimmt eine ernst zu nehmende militärische Überlegenheit sichern können, wenn ihnen nicht entgegengewirkt wird, u. zw. auf zweierlei Art und Weise: durch Annulierung des gefährlichen NATO-Beschlusses oder dadurch, daß die andere Seite notgedrungen Gegenmaßnahmen trifft.

Das erwähnte NATO-Blatt teilt erfreut mit, daß gleichzeitig mit der Bestätigung der „eurostrategischen“ NATO-Pläne England und Frankreich darangegangen seien, ihre nuklearen Streitkräfte zu „modernisieren“. Und weiter: „Die drei Machtelemente“ (das amerikanische, das englische und das französische) „können das nukleare Potential wesentlich erhöhen, so daß es eine unabhängige strategische Rolle spielen und die Grundlage der Eurostrategie bilden kann.“ Die Unabhängigkeit ist aber, gelinde gesagt, problematisch. Die Westeuropäer werden sich mit der Abhängigkeit der nuklearen Strategie der NATO von den USA schon deshalb weiter abfinden müssen, weil die Beisteuer der USA dazu entscheidend ist. Wie die Amerikaner diese Beisteuer benutzen werden, ist eine andere Frage. Jedenfalls wird Washington in erster Linie die Interessen der USA wahrnehmen, und diese decken sich nicht unbedingt mit den Interessen Europas.

Die in militärischen und politischen Kreisen der USA einflußreiche Zeitschrift „Strategic Review“ schreibt über das „eurostrategische“ Potential der NATO, daß die neuen Raketen „ausschließlich im Besitz, unter Bewachung und Kontrolle der USA sein werden. Die europäischen Bündnispartner — wenigstens einige von ihnen — werden den USA lediglich die Stationierung dieser Waffen in Europa zu gestatten haben.“ Das zeigt ein übriges Mal, daß das Gerede über eine von den USA unabhängige „Eurostrategie“ Selbsttäuschung ist.

In Washington ist man kaum dazu bereit, die ungeheuren Lasten eines Kernkriegs und seine Folgen „gerecht“ mit den Bündnispartnern zu teilen. Es setzt sie eventuellen Schlägen aus, um selbst vor diesen sicher zu sein. Wenn manche Westeuropäer sich von den „Euroraketen“ größere Sicherheit versprechen, so sind sich die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder sowie alle realistisch denkenden Menschen im Westen darüber klar, daß die „Eurostrategie“ die Sicherheit in Europa nicht erhöht, sondern erschüttert. Sollten die Pläne der NATO ausgeführt werden, so wird sich, wie in der Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten betont worden ist, „die Lage auf dem europäischen Kontinent entschieden verschlechtern, da sich eine Vergrößerung des zerstörerischen Potentials in Europa unausweichlich auf das politische Klima und die Lebensinteressen der Völker des Kontinents auswirkt und neue gewaltige Ausgaben nach sich zieht, die den Völkern eine noch schwerere Last aufbürden“.

NATO-„FRONTEN“

Die Tagung des NATO-Rats in Ankara betraf hauptsächlich die Ausführung des Beschlusses, neue amerikanische Atomraketen in Westeuropa zu stationieren, und die Stellungnahme des Blocks zu den Vorgängen in Afghanistan.

Die beiden Dinge scheinen nichts miteinander zu tun zu haben, in der NATO aber hat man einen Zusammenhang hergestellt. Durch Fortsetzung des von Pakistan aus geführten unerklärten Krieges gegen Afghanistan hofft man, einen Teil der sowjetischen Streitkräfte dort zu fesseln und so mehr Spielraum für eine immer intensivere Einbeziehung Westeuropas in die forcierten Aggressionsvorbereitungen gegen den Sozialismus in Europa zu bekommen. Durch einen Druck auf die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten in Europa will man sich mehr freie Hand zum Anblasen eines Spannungsherdes in Südwestasien verschaffen.

Das sind zwei Elemente der Strategie zur Einkreisung der UdSSR. Die Bündnispartner haben zu parieren. Sie müssen ihre Länder für die Pentagonraketen zur Verfügung stellen, müssen auf einen Wink Washingtons hin „Ihre Interessen auch in anderen Weltgegenden wahren“, was ihrem Carter auf seiner Europa-Tournee mitgeteilt hat, z. B. im Nahen und Mittleren Osten. Hierzu bemerkte ein Militärikommentator der „Frankfurter Allgemeinen“: „Amerika eröffnet jetzt eine zweite Front.“

Die Herren von der NATO haben darüber debattiert, die Standorte für die Raketen schon in diesem Sommer auszuwählen und ihren Bau sofort in Angriff zu nehmen, behaupten aber immer noch, sich nach Verhandlungen mit Moskau über Mittelstreckenwaffen zu sehnen. Daß die NATO den ersten Teil ihres Doppelbeschlusses über die Stationierung der Raketen auszuführen gedenkt, steht außer Zweifel. Der zweite Teil über die Verhandlungen erscheint jedoch zweifelhaft. Das bestätigt auch die Art, wie empfindlich Washington selbst auf zaghafte Versuche in Westeuropa reagiert, eine Möglichkeit zur Wiederherstellung der durch den NATO-Beschluß zerstörten Verhandlungsgrundlage zu finden. In Ankara gab Staatssekretär Muskie deutlich zu verstehen, daß man im Weißen Haus alles ablehnt, was die Ausführung des NATO-Beschlusses auch nur im geringsten aufhalten könnte.

Ein Zweifrontenkampf ist nur selten gut ausgegangen, schon in der Geschichte. Heute erst, im Raketen- und Kernzeitalter, ist das Eröffnen neuer Fronten purer Selbstmord.

W. KUSNEZOW

PRÄFERENZ FÜR PENTAGON

„Die Rüstungsausgaben sind“, wie Conable, Abgeordneter des US-Kongresses, sagte, „eine Art Parole... Wenn Sie 155 Md. Dollar ausgeben wollen, sind Sie ein Patriot. Wenn Sie sich aber mit 153 Milliarden begnügen wollen, sind Sie ein russischer Agent.“

Im Januar legte Präsident Carter dem Kongress den Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1981 vor, dem zufolge die Pentagonausgaben auf 161,8 Md. Dollar begrenzt werden sollten. Man könnte meinen, ein durchaus „patriotischer“ Betrag, immerhin 20 Milliarden mehr als 1980. Die Zunahme betrug mehr als 4% (inflationsabhängig), d. h. die USA überboten sogar ihr NATO-Soll, die „Verteidigungs“ausgaben jährlich um 3% anzuheben.

Zwei Monate später beschloß die Regierung offenbar aus „superpatriotischen“ Erwägungen, dem Pentagon weitere 2,7 Md. Dollar vorzuwerfen. Zugleich sieht der revidierte Haushaltsentwurf vor, alle anderen Staatsausgaben stark zu kürzen. Die Mittel für die in der

Krise steckenden Städte wurden um 1 Md. Dollar reduziert, für die medizinische Versorgung der Kinder um 388 Mio Dollar und für die Subventionen der öffentlichen Verkehrsmittel um 265 Mio Dollar. Insgesamt wurden die Sozialausgaben um 17,2 Md. Dollar gekürzt.

Danach sollte der Kongress sein Wort sagen. Und der ließ sich ebenfalls nicht lumpen. Im Mai beifallte der Bewilligungsausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses seine „Kompromiß“summe auf 171,3 Md. Dollar, fast 7 Milliarden mehr als die Regierung angefordert hatte.

Die Bewilligung neuer Mittel für das Pentagon lief traditionell wie geschmiert. Doch Ende Mai geschah etwas völlig Unerwartetes. Carter kritisierte auf einmal heftig die Haushaltsvorschläge des Kongresses. Eine derartige Anhebung der Rüstungsausgaben, sagte er, würde „die Gelder für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, für die Belange der Städte, das Berufsschulwesen und das Bildungswesen stark beschnei-

den“. Derartiges hatte man von Carter lange nicht vernommen. Letztmals hatte er 1976 im Wahlkampf dazu aufgerufen, „überflüssige Ausgaben aus dem verschwendenden und übermäßigen Pentagonetat zu streichen“. Damals beließen sich die Rüstungsausgaben auf 94 Md. Dollar. Seitdem hat sich die Summe fast verdoppelt.

Der unerwartete Appell zum „Maßhalten“ kam nicht von ungefähr. Vor den Präsidentschaftswahlen muß die Administration nicht nur mit konservativen Kreisen rechnen, für die sie schon viel getan hat, sondern auch mit der Meinung der progressiven Öffentlichkeit. Deshalb bewerteten die meisten Kommentatoren die Erklärung des Präsidenten als Manöver, um Sympathien zu gewinnen.

Die Kritik des Präsidenten am Kongress blieb nicht unbeantwortet. Werden ja zugleich mit dem Präsidenten das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt. Die Kongressabgeordneten müssen ebenfalls an ihr Image denken. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Senats, Hollings, bezeichnete die Präsidentenrede als

USA—WESTEUROPA

„OPERATION BETÖRUNG“

Carters Europa-Reise, deren Clou das Treffen der sieben führenden kapitalistischen Länder in Venedig war, hatte mehrere Ziele.

Westliche Massenmedien berichten: Washington habe versucht, die NATO-Partner um sich zusammenzuschließen, sie zu einer feindseligen Politik gegenüber Moskau zu überreden („Quotidienne de Paris“) und „ihr Abgleiten zurück zu den bequemen Beziehungen der Entspannungszeit zu verhindern“ (CBS). Man wollte auch das verblaßte Image des Präsidenten aufpolieren, seine in der Wahlkampagne schwankende Position festigen und die Chancen auf die Wiederwahl erhöhen.

Außerdem rechnete der USA-Präsident offenbar darauf, im Zuge der Reise einige militärstrategische Probleme zu lösen. Unseres Erachtens traf die spanische Wochenschrift „Cambio 16“ ins Schwarze, die schrieb: „Die USA unternehmen gegenwärtig eine neue Fahrt in der Hoffnung, im Mittelmeer... neue Stützpunkte zu „fischen“ oder zumindest von den hiesigen Behörden die Erlaubnis zur Benutzung von Stütz-

punkten zu erhalten, die in den westlichen Ländern dieses Raums schon bestehen.“

Der erste Besuch galt der Hauptstadt Italiens. Rom war, wie „Paese Sera“ bemerkte, ein „eingeplanter Erfolg“. Die offizielle USA-Propaganda bemühte sich, aus Carters Italienischem Aufenthalt alles nur Mögliche herauszuholen, und trompetete, die italienische Regierung befürworte „entschieden“ die USA-Vorschläge, in Westeuropa (darunter in Norditalien) modernisierte amerikanische Mittelstreckenraketen zu stationieren. Die italienischen Führer gaben sich ihrerseits Mühe, ihren Ruf als „die zuverlässigsten USA-Bündnispartner in Westeuropa“ zu bekräftigen. Sie solidarisierten sich vorbehaltlos mit der amerikanischen Einschätzung der Weltlage und unterstützten die Lieblingsthese des Weißen Hauses von der Notwendigkeit „spürbarer Maßnahmen“ gegen die UdSSR.

Diese Position Roms fand jedoch bei vielen Italienern keinen Anklang, obwohl die regierungstreue Presse die Verhandlungsergebnisse als „augenfäl-

lige Festigung der italienisch-amerikanischen Zusammenarbeit“ servierte. Am deutlichsten wurde die Handlungswise der Regierung von den Kommunisten kritisiert. Im Bericht auf einem Plenum des ZK der IKP sagte A. Cossutta, Mitglied der Leitung der Partei: Die Treffen mit Carter zeigten, daß „Italien über seine Verpflichtungen als Bündnispartner hinausgegangen ist und eine untergeordnete Position gegenüber den USA bezogen hat“.

In Spanien und Portugal verfolgte Carter ein zusätzliches Ziel: das, was Washington in der Evolution dieser Länder günstig findet, zu verankern. In bezug auf Spanien bedeutete das, es für die NATO zu gewinnen. Der Gast konnte der Versuchung nicht widerstehen, den Madrider Führern öffentlich den Gedanken an einen baldmöglichsten Beitritt Spaniens nahezulegen.

Ein solch unverhohler Druck löste bei vielen politischen Beobachtern in Madrid Befremden aus: Die Frage eines Beitritts zur NATO ist im Lande heftig umstritten, aber in Washington glaubt man sie schon gelöst. Gegen den Anschluß an den militaristischen Block tritt eine starke Opposition — die Sozialisten und Kommunisten — auf. Die spanischen Führer, die den Besuchern empfingen, sagten ihm alles in allem



Der Flugzeugträger „Nimitz“ diente als Tribüne für eine Predigt der „Politik der Stärke“; Die Vereinigten Stabschefs sind unzufrieden mit dem Regierungshaushalt

Fotos:
„International Herald Tribune“
und „U.S. News & World Report“

„Gipfel der Heuchelei“. Ihr Befremden über die Haltung der Administration bekundeten, wenn auch

delikater, ebenso andere Abgeordnete des Senats und des Repräsentantenhauses. Die Vereinigten Stabschefs meuterten offen gegen ihren Oberkommandierenden.

Am 29. Mai wurde der Oberkommandierende der Marineinfanterie, Barrow, in einem Kongressausschuß gefragt, ob der vom Präsidenten vorgelegte Rüstungshaushalt ausreiche. „Kurz gesagt, nein“, antwortete der General. Der Stabschef der Landstreitkräfte, Meyer, ergänzte: „Jetzt haben wir eine schwache Armee.“

Die Presse machte einen großen Rummel um diese „Differenzen“.



Einige Journalisten bemühten sich, die Situation möglichst zu dramatisieren, wobei sie den Präsidenten in einem vorteilhaften Licht dar-

stellten. Hier einige Auszüge aus der kürzlichen Pressekonferenz des Präsidenten:

FRAGE. Herr Präsident, in letzter Zeit haben Sie stets die Bedeutung der Sozialprogramme hervorgehoben und Sie wandten sich gegen den Vorschlag im Kongreß, den Rüstungshaushalt weiter zu erhöhen... Wie können Sie Ihre Argumente gegen eine solche Opposition verteidigen? Und wie können Sie sich mit einem solchen Ungehorsam seitens der Vereinigten Stabschefs abfinden?

ANTWORT. So etwas gibt es ja nicht zum erstenmal. Das ist voll und ganz der übliche Stil der Vereinigten Stabschefs. Wenn man sie fragt, ob sie nicht mehr Geld für die Verteidigung ausgeben könnten, bejahen sie das gewöhnlich.

So hat der Präsident im Grunde anerkannt, daß die finanziellen Forderungen des Pentagon maßlos und unbegründet sind.

Die Kongressausschüsse, schreibt die „International Herald Tribune“, haben „kosmetische Abstriche“ an ihren früheren Vorschlägen vorgenommen. Die Begrenzung der Rüstungsausgaben wurde um nur 800 Mio Dollar niedriger angesetzt. Das Weiße Haus ging viel weiter. Es erklärte sich bereit, weitere 6 Milliarden für militärische Zwecke bereitzustellen. Mitte Juni bestätigte der Kongreß den neuen US-Haushalt, wobei er dem Pentagon 170,5 Md. Dollar für das Finanzjahr 1981 bewilligte.

Die realistisch denkenden Amerikaner kritisieren scharf den Kurs auf forciertes Wettrüsten. Sie verweisen nicht nur auf seine Gefahren für den Weltfrieden, sondern auch auf die schweren Auswirkungen für die US-Wirtschaft. „Unser Land erstickt auch ohnehin unter den unmäßigen Rüstungsausgaben, die die tatsächlichen Verteidigungserfordernisse der USA um ein Vielfaches übersteigen“, erklärte Senator McGovern. Treires, Chefökonom der Washingtoner Verteidigungsinformationszentrale warnte: „Jede Anhebung des Pentagonhaushaltes wird ein entsprechendes Abgleiten des allgemeinen Wohlstandes nach sich ziehen... Jede Anhebung des Rüstungshaushalts reicht aus, um die Falken im Kongreß zufriedenzustellen, doch kann dabei das Huhn, das die goldenen Eier legt, getötet werden.“ Bedauerlicherweise werden diese Stimmen von dem Geschrei der Falken übertönt.

Das Pentagon will Kanonen statt Butter.

W. BOIKOW

nicht wenig Angenehmes, bestanden aber darauf, daß sich Spanien für die Entspannung einsetze und bereit sei, seinen Beitrag zum Ost-West-Dialog zu leisten, was ermöglichen werde, Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den beiden Welten wiederherzustellen. Obrigens erwähnte König Juan Carlos I. in seiner Antwortrede an Carter nicht, daß sein Land der NATO beitreten wolle, erinnerte dafür an die Wichtigkeit des im Herbst bevorstehenden Madrider Treffens von Vertretern der KSZE-Staaten.

Und schließlich die 6stündige Blitzvisite in Lissabon. Dort lobte der USA-Präsident eifrig den offenen proatlantischen und proamerikanischen Kurs der derzeitigen rechtszentristischen Regierung. Die Absicht war klar: Auch die anderen NATO-Länder sollen diesem „lobenswerten Beispiel“ folgen und die USA-Außenpolitik aktiver unterstützen. Carter erinnerte seine Gesprächspartner an die Militärhilfe Washingtons und gab deutlich zu verstehen: Eine Gegenleistung — die Gewährung des Rechts, USA-Flugzeugträger ständig auf portugiesische Häfen zu basieren — sei erwünscht. Vorläufig ist keine Antwort auf diesen Wink mit dem Zaunpfahl erfolgt. Kurz vor der Ankunft des Besuchers hatte nämlich Präsident Eanes,

gleichsam Carters Bitten zuvorkommend, erklärt, Lissabon sei bereit, „allen Verpflichtungen als NATO-Land nachzukommen“, doch zugleich bemerkte, daß darin „von der Stationierung von Raketen auf portugiesischem Territorium und vom Aufenthalt von NATO-Trägern in portugiesischen Häfen nicht die Rede ist“.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die vom Weißen Haus unternommene „Operation zur Beförderung“ der Bündnispartner, wie eine französische Zeitung die Reise des Präsidenten nannte, Washington keineswegs in jeder Hinsicht seinen Zielen nähergebracht hat. Der Kurs auf Atlantismus, das blinde Treiben im Fahrwasser der USA-Politik entsprechen nicht den nationalen Interessen Italiens, Spaniens und Portugals. Bei weitem nicht alle sind dort bereit, die internationalen Beziehungen ebenso wie Washington im Geiste des kalten Krieges zu sehen oder eine Konfrontation mit den sozialistischen Ländern zu riskieren. Zweifellos werden nicht das Weiße Haus und nicht die Anhänger seines Kurses das letzte Wort in der außenpolitischen Orientierung dieser Staaten sprechen. Dieses Wort gehört realistischen Staatsmännern und Politikern, die einen unabhängigen und konstruktiven Kurs zu schätzen wissen.

E. KOWALJOW

UMGEKEHRTES DOMINO

Alexander BARYSCHEW

Täglich kommen alarmierende Nachrichten aus El Salvador. Dort peitschen Schüsse, dröhnen Explosionen, fließt Blut.

Auf der einen Seite der Barrikaden stehen die letztthin sehr zahlreich gewordenen ultrarechten Gruppen, solche wie die „Antikommunistische Geheimarmee“, die „Todeschwadronen“, die „Nationaldemokratische Front“ und die faktisch gemeinsam mit ihnen vorgehenden regulären Truppen und Kräfte des „Sicherheitsdienstes“. Auf der anderen Seite stehen, von den Volksmassen unterstützt, die revolutionären linken Organisationen.

Nach Ansicht von Beobachtern ist die politische Situation jetzt so, daß das Land an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht worden ist.

In Washington erkennt man, daß die Vorgänge in El Salvador folgeschwer für ganz Mittelamerika sind, das im Pentagon der „strategische Unterleib“ der USA genannt wird. Das Weiße Haus möchte nicht, daß sich die Geschehnisse von Nikaragua hier wiederholen, und zieht eventuelle Möglichkeiten einer „Beruhigung und Befriedung“ in Betracht. Was für welche, das läßt sich Äußerungen von Kommentatoren und Politologen aus den USA entnehmen, denen die nicht unbekannte „Dominothorie“ in den Sinn gekommen ist.

In den Washingtoner politischen Labors schon während der Aggression der USA in Indochina entstanden, besagt sie, daß radikale Veränderungen in einem Land auf andere Länder übergreifen und daß dem Westen zusagende Regimes wie hochkant gestellte Dominosteine nacheinander umfallen. Diese „Theorie“ setzte man in Umlauf, um die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten als Kampf gegen einen „Export der Revolution“ zu rechtfertigen.

Nach der schmählichen Niederlage der US-Aggressoren in Südostasien wanderte die „Dominothorie“ ins Archiv. Jetzt, nach fünf Jahren, hat man sie wieder hervorgeholt, u. zw. wegen des Aufschwungs der nationalen Freiheitsbewegung in Mittelamerika. Der Sieg der Revolution in Nikaragua hat denen eine Heidenangst eingejagt, die sich in den angrenzenden Ländern durch schockloses Ausbeutung der werktäglichen Massen bereichern.

Es kann schon sein, daß sich die einheimischen und die nordamerikanischen Krösse in El Salvador und Guatemala unbehaglich fühlen. Was sie schreckt, ist aber nicht so sehr der Sieg der Revolution in Nikaragua wie das Gefühl, daß der Volkszorn in ihren eigenen Ländern zum Durchbruch kommt. Daher die offenen Appelle an die USA, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einzumischen, um den Sturz der reaktionären Diktaturen zu verhüten. Darum hat man sich der „Dominothorie“ erinnert.

Die US-Zeitschrift „The Nation“ schreibt: „Sie ist auf Mittelamerika durchaus anwendbar. Der Sturz Anastasio Somozas in Nikaragua, der sich gern den härtesten und standfestesten Herrscher auf der Landenge nannte, hat manche Mittelamerikaner zu der Überzeugung gebracht, daß die übrigen ‚Dominosteine‘ — Guatemala, Honduras und El Salvador — auch bald umfallen werden.“

Wie soll man das vereiteln, in welches Gleis soll man die Entwicklung rangieren? Diesen Fragen sahen sich die Gestalter der Außenpolitik der USA nach dem Sieg der Revolution in Nikaragua offenbar gegenüber. Die Geschehnisse in El Salvador machten eine schnelle Antwort darauf erforderlich. Es sieht ja, um mit Washington zu sprechen, wie der nächstfällige Dominostein aus. Nach Kommentaren der US-Presse zu urteilen, hat man im Weißen Haus eine neue Politik für El Salvador festgelegt. Und nicht nur für dieses.

Der „Christian Science Monitor“ schrieb: „Die jetzige Rolle der USA in El Salvador läßt darauf schließen, daß die Regierung Carter wenigstens aus der Situation in Nikaragua eine Lehre gezogen hat und früher als seinerzeit dort versucht, die Kräfte der Mäßigung zu unterstützen. Die USA wollen versuchen, das politische Pendel ungefähr in der Mitte anzuhalten.“ Falls das gelänge, könnte sich „die Lage in El Salvador beträchtlich auf den unmittelbaren Gang der Ereignisse in Guatemala und Honduras auswirken. Beide sind nickerloschene politische Vulkane.“

Dem Londoner „Observer“ zufolge, bringen Staatsmänner der USA diese „neue“ Strategie mit der „Dominothorie“ mit umgekehrten Vor-

zeichen in Zusammenhang: „Ein Erfolg mit der Schaffung einer gerechten Gesellschaft und mit der Verhütung einer Revolution in El Salvador werde stark auf die sich wackelig fühlenden Militärdiktaturen in Guatemala und Honduras wirken.“

Wenn man nach diesen Presseäußerungen einen Repräsentanten des US-Staatsdepartements bitten wollte, die von Washington offiziell bekanntgegebene politische Strategie Mittelamerika gegenüber vollständiger und ausführlicher zu erläutern, so bekäme man etwa folgende Auskunft:

„Ja, wir wollen natürlich keine radikalen Erschütterungen wie in Nikaragua. Eine politische Alternative? Selbstverständlich nicht die Aufrechterhaltung der wirklich überlebten Diktaturen“ (darauf legt die Propaganda besonderen Nachdruck), „sondern eine Macht der Gemäßigten, nichts anderes. El Salvador? Es soll ja gerade der Teststand sein, auf dem sich bei einer Polarierung der politischen Kräfte die demokratische Befriedung im Interesse des ganzen Volkes einlaufen soll. Danach haben wir aufrichtig gestrebt und tun es noch. Beweise? Haben wir nicht den Sturz des Diktators Romero und den Machtantritt der gemäßigten Militär- und Ziviljunta gutgeheißen? Haben wir danach nicht einen Putsch von rechts verhindert? Und haben wir nicht den Kurs der Junta auf einige Reformen und Umgestaltungen nach Kräften unterstützt? Diese Reformen und die Tatsache, daß wir (die USA) dort unseren diplomatischen Kurs auf eine Förderung demokratischer Entwicklungen umorientiert haben, werden den Effekt einer umgekehrten Dominothorie haben: Nach El Salvador werden auch in Guatemala und Honduras Gemäßigte zur Macht kommen und ihre Länder sozial und wirtschaftlich vorwärts bringen.“

Die Urheber dieser Strategie meinen, sie müsse den Völkern Mittelamerikas, die der Repressalien und des Terrors der Diktaturen müde sind, namentlich den Mittelschichten, sehr imponieren. Wer am Kurs Washingtons auf „Mäßigung“ zweifelt, dem redet man ein, andernfalls werde sich „das übrige Mittelamerika Nikaragua anschließen“, und es werde sich „ein rotes Meer“ bilden (so die „Newsweek“). Natürlich läßt man es sich nicht nehmen, auch auf die „kubanische Bedrohung der Region“ anzuspielen.

Washingtons Aufruf zur „Mäßigung“ klingt, gelinde gesagt, heuchlerisch. Als seine Kreaturen, die man sogar im Weißen Haus unverblümt Hundesöhne nannte, durch Terror in den Präsidentensesseln festgehalten werden konnten, wurden sie von den USA keineswegs zur

Mäßigung angehalten. Sie stützten ja vor allem die Herrschaft des US-Imperialismus über diese Region. Jetzt hat sich dort aber ein neues politisches Klima gebildet, charakterisiert durch einen Aufschwung des Kampfes breitester Volksmassen gegen die Diktatorenregimes.

Gerade der Umfang dieses Kampfes veranlaßt die USA zu einer „Flexibilität“, die eigentlich auf den Versuch hinausläuft, die Herrschaft der einheimischen Oligarchien und des reaktionären Militärklüngels durch Übergabe der Macht an „gemäßigte“ Militärs und Zivilisten zu bemüheln.

El Salvador ist ein Schulbeispiel für die Anwendung dieser Strategie. Washington billigte es tatsächlich, daß der Diktator Romero abgesetzt wurde, aber warum? Weil die Aktionen der Volksmassen gegen ihn so vehement geworden waren, daß sie außer ihm auch die Gesellschaftsordnung hinwegzufegen drohten, die sein Diktatorregime hervorgebracht hatte. Die Herrschaft der Oligarchie

tionen zum Abflauen zu bringen.

Schleunigst wurden in die Junta Christdemokraten aufgenommen, die gegen Romeros Diktatur aufgetreten waren, und kam man wieder auf die versprochenen Reformen zurück, die natürlich die Grundfesten der Macht des Imperialismus und der einheimischen Oligarchie unangetastet lassen sollen. So kündigte man eine Bodenreform an, die aber nur die unfruchtbaren Ländereien und auch die nur teilweise betrifft. Ihre Urheber dachten nicht daran, den Bauern wirklich Grund und Boden zuzueignen, sie wollten sich nur den Anschein geben, als sorgten sie für die Bauern, damit diese den Linken den Rücken kehren. Eine Farce war auch die Verstaatlichung der Privatbanken (die US-Banken blieben unangetastet), man verstaatlichte Räumlichkeiten mit fast leeren Tresoren.

Die Patrioten von El Salvador haben sich durch die Scheinreformen nicht täuschen lassen. Sie kämpfen für wirklich demokratische Umgestaltungen. Da hat es sich gezeigt, daß Washingtons „neue Politik“, die eine nur leicht mit Spitzenvfunktionären der Christdemokraten garnierte „gemäßigte“ Militär- und Zivilregierung vorsieht, nicht ohne brutale Unterdrückungsmaßnahmen gegen die demokratischen Kräfte betrieben werden kann.

Es ist doch typisch: Das Weiße Haus, das sich demagogisch so sehr der „Menschenrechte“ annimmt, findet für diese Mörder kein einziges verurteilendes Wort! Umgekehrt, nachdem es seinen Kreaturen bei ihren Verbrechen Vorschub geleistet hat, hilft es jetzt immer offener bei Strafoperationen in diesem Land.

Jetzt weist das politische Pendel, das Washington irgendwo „in der Mitte“ anhalten wollte, in Mittelamerika zunehmend die Tendenz auf, immer weiter nach links auszuschlagen. Mit Terror und Gewalt versuchen Washington und seine „gemäßigten“ und „ungemäßigten“ Handlanger in El Salvador und Guatemala, das zu verhindern. Der Sieg der Revolution im benachbarten Nicaragua hat jedoch gezeigt, daß kein Terror das Anwachsen der revolutionären Bewegung aufzuhalten vermag. ■



El Salvador: Verhaftete Regimegegner
Foto: TASS

und die Positionen der US-Monopole im Land gerieten in Gefahr. Als es sich aber zeigte, daß die zur Macht gelangte Militärjunta gar nicht an allgemeindemokratische Umgestaltungen dachte und daß fast das ganze Volk gegen sie aufstand, erfolgten politische Manöver, um die Volksak-

AGGRESSOREN UND IHRE BESCHÜTZER

Am 28. Juni trat eilends der UNO-Sicherheitsrat zusammen und debattierte über das aggressive Vorgehen der RSA-Truppen gegen die VR Angola. Eine Infanteriebrigade und Para-Einheiten drangen, von Artillerie und Jagdbombern unterstützt, in Angola ein. Sie führen Schläge gegen Orte mit Industrie- und Landwirtschaftsobjekten. Ihnen sind ca. 600 Zivilisten zum Opfer gefallen.

Ihr Abenteuer wollen die Rassisten damit rechtfertigen, daß sie gegen die SWAPO kämpfen, die in der namibischen Befreiungsbewegung führend ist. In Wirklichkeit ist das ein Einfall in Angola, wie dessen Verteidigungsministerium erklärt, zu dem Zweck unternommen, den nationalen Aufbau Angolas aufzuhalten und die Lage zu destabilisieren. Nebenbei rechnet die RSA damit, die friedliche Regelung in Namibia erschweren zu können. Mit dieser Aktion will Pretoria auch die Spalterbanden der UNITA aktivieren, die von Namibia aus die südlichen Provinzen Angolas überfallen.

Der Sicherheitsrat hat die RSA für die Einfälle in Angola verurteilt und verlangt, daß sie sofort ihre Truppen von dort zurücknimmt und von jetzt an dessen Souveränität und territoriale Integrität unbedingt respektiert.

Die RSA hat aber keine Eile, den Beschuß zu befolgen. Sie fühlt sich dadurch ermutigt, daß sich die USA, England und Frankreich im Sicherheitsrat der Stimme enthalten haben.

Damit haben die Westmächte, allen voran die USA, gezeigt, daß ihnen an einer möglichst langen Dauer des Konflikts zwischen der RSA und Angola viel gelegen ist. Sie können ihn ja zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas benutzen. Jedenfalls versucht man jetzt im US-Senat, schleunigst die sogenannte Clark-Bill zu annullieren, die dem Präsidenten und der CIA Beschränkungen bei Operationen im Ausland auferlegt. Sollte sie annulliert werden, so könnten sich die USA, wie der „Christian Science Monitor“ schreibt, „wieder in Angola einmischen“ u. zw. auf Seiten der UNITA, die jetzt nur von Pretoria offen unterstützt wird.

J. BOTSCHEKARJOW

KURS ÜBERPRÜFT

Der im Juni abgehaltene außerordentliche Parteitag der FLN (Nationalen Befreiungsfront) hat im In- und Ausland reges Interesse gefunden, und mit gutem Grund. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes hat die oberste Instanz der Regierungspartei über einen Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung diskutiert.

Das unabhängige Algerien hat große Erfolge erzielt. Von 1967 bis 1978 sind 300 Md. algerische Dinar* in der Wirtschaft investiert worden. Auf den fruchtbaren Ländereien, die früher den Kolonialisten gehörten, bestehen landwirtschaftliche Betriebe mit Selbstverwaltung. Verstaatlicht sind die Banken, Versicherungsgesellschaften, Verkehrsmittel, Kraftwerke, die Montanindustrie u. a.

Besonders wichtig für die Erkämpfung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit war die Verstaatlichung der Erdöl- und Naturgasindustrie. Voriges Jahr brachte der Öl- und Gasexport 9,3 Md. Dollar oder 96% des Exporterlöses (gefördert wurden ca. 57 Mio t Öl und Konzentrat sowie 21,4 Md. m³ Naturgas). Moderne Großbetriebe sind gebaut worden. Im Januar 1978 wurde das Außenhandelsmonopol dekretiert. Auf den sich rasch entwickelnden staatlichen Sektor entfallen 90% der industriellen Produktion.

Lauf Bodenreformgesetz vom November 1971 werden Maßnahmen nach dem Prinzip getroffen „Den Boden denen, die ihn bestellen“. Den Anbauflächen und Viehbeständen in privatem Besitz sind Grenzen gezogen. Bis Ende 1979 bestanden über 6300 landwirtschaftliche Genossenschaften mit 1,3 Mio ha verstaatlichtem Land und 127 000 Mitgliedern. Über 100 komfortable Musterdörfer sind gebaut worden.

In den Fabriken, bei den verstaatlichten Gesellschaften und in den Staatsämtern werden Belegschaftsassembleen gebildet. Sie haben für größere Leistungen zu sorgen, Bürokratie und Veruntreuungen zu bekämpfen und die Arbeiter und Angestellten zur Leitung heranzuziehen. Gegen Arbeitslosigkeit und Analphabetentum sowie für eine Besserstellung der Werktätigen werden Maßnahmen getroffen. Den ärmsten Bauern und anderen gering besoldeten Bevölkerungsgruppen sind die Steuern

erlassen. Der Mindestlohn ist heraufgesetzt worden. Seit 1974 besteht die kostenlose ärztliche Betreuung. Das Sozialversicherungswesen wird perfektioniert. Über 80% der Kinder gehen zur Schule.

Die vergangenen Jahre haben aber auch gezeigt, daß Algerien ernste Schwierigkeiten hat. Einige äußere Faktoren haben sich ungünstig auf die Erfüllung der früheren Pläne ausgewirkt: die Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt und die Verteuerung der Ausrüstungen und Nahrungsmittel, die über 90% des Imports ausmachen. Der Wochenschrift „Révolution Africaine“ zufolge hatte Algerien 1978 56 Md. Dinar Auslandschulden, und die jährlichen Abzahlungen auf Anleihen machten fast ein Viertel der Einkünfte aus dem Export aus. Im letzten Jahrzehnt entfielen 70% des Außenhandels auf Frankreich, die BRD, die USA, Japan und Italien. Infolge der geringen Erträge an Nährpflanzen mußte Algerien 1979 Nahrungsmittel für 4,8 Md. Dinar einführen. Ausgewirkt haben sich auch einige innere Faktoren: die verzögerte Inbetriebnahme von Industrieanlagen, die geringe Rentabilität einzelner Betriebe, der Mangel an technischen Fachkräften, Unzulänglichkeiten in einigen Ministerien und nationalen Gesellschaften.

Die Führung des Landes macht sich darüber natürlich Sorgen. Mehrere wichtige wirtschaftliche und soziale Fragen sind von Plenartagungen des ZK der FLN eingehend erörtert worden. Im Einklang mit ihren Beschlüssen ist der Fünfjahrplan für die wirtschaftliche Entwicklung für 1980—1984 entworfen worden.

Wie Chadli Bendjedid, der Landespräsident und Generalsekretär der FLN, auf dem Parteitag feststellte, ist der neue Plan das Programm für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, in dem mehr Gewicht als früher darauf gelegt ist, den Lebensbedürfnissen der Massen zu genügen. Es betrifft vor allem eine Hebung der Landwirtschaft, den Wohnungsbau, die Bewässerung und die Versorgung der schnell wachsenden Landesbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Massen-

bedarfsgütern. Weiter wird Kurs auf die Industrialisierung gehalten, es wird aber auch Nachdruck auf die Förderung des Gesundheits- und des Bildungswesens sowie auf den öffentlichen Verkehr gelegt. Um möglichst bald die akutesten Probleme lösen und das Land wirtschaftlich selbstständig machen zu können, haben die Verfasser des Plans einschneidende Korrekturen an der Wirtschaftspolitik vorgenommen. Der Parteitag hat betont, daß das Potential und die Ressourcen des Landes, Öl und Gas mit inbegriffen, rationeller genutzt werden müssen. Er hat dazu aufgerufen, das Mißverhältnis zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen zu beheben.

Wie in den früheren Plänen, so ist auch im neuen Planentwurf der Schwerpunkt auf eine bevorzugte Entwicklung und Stärkung des staatlichen Sektors gelegt. Auch bietet er große Möglichkeiten dazu, nationales Kapital heranzuziehen, soweit es als „nicht ausbeutendes Privateigentum“ anerkannt ist. Die Diskussionsredner auf dem Parteitag forderten zu einer strikteren Kontrolle des Privatsektors und zur „Liquidierung der nationalen Vermittlerbourgeoisie“ auf, „die mit ausländischen kapitalistischen Interessen verbunden ist“. Man muß wissen, daß sich der Handel und die Dienstleistungen zu 75% in privaten Händen befinden und daß in ihnen 60% der beschäftigten Bevölkerung tätig sind.

Der Parteitag hat es als notwendig erachtet, Algerien in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Berufsschulung vom Ausland unabhängig zu machen. Viele Delegierte sagten, man müsse „die Wirtschaft von den Fesseln des Imperialismus und der Multis befreien“ und die Zusammenarbeit des Landes mit den Entwicklungsländern und den sozialistischen Ländern ausdehnen. Das wird auch in einem Beschuß des ZK-Plenums der FLN vom Dezember v. J. gefordert. In den Diskussionsbeiträgen auf dem Parteitag und in Resolutionen der Massenorganisationen ist von der Notwendigkeit die Rede, die fortschrittlichen Umgestaltungen weiter zu vertiefen. Ein Vertreter der Nationalen Volksarmee sagte: „Man darf nicht dulden, daß die

Der Gaststättenkomplex bei dem mit Hilfe der UdSSR gebauten Hüttenkombinat in El Hadjar

Foto: TASS



* 1 algerischer Dinar = 0,26 US-Dollar

Entscheidung des Landes für den Sozialismus und die Prinzipien der Nationalcharta in Zweifel gezogen werden.

Einen Schwerpunkt auf dem Parteitag bildete eine Perfektionierung der Tätigkeit der FLN. Ihre Umwandlung in eine starke Avantgarde, die der Nationalcharta, diesem programmatischen Dokument der algerischen Revolution, entsprechen soll, ist schon lange spruchreif.

Die FLN entstand 1954 aus verschiedenen Kolonnen der patriotischen Kräfte, deren gemeinsames Ziel es war, die Kolonialisten aus dem Land zu vertreiben. Sie setzte sich aus Bauern, Arbeitern, städtischen Kleinbürgern und Angehörigen der nationalen Bourgeoisie zusammen. Die Verschiedenheit ihrer sozialen Endziele führte zu Komplikationen, ja manchmal zu einem heftigen politischen Kampf. Lange fehlte eine klassenmäßige Einstellung zur Parteimitgliedschaft, die Partei hatte kein klares politisches Programm, sie war organisatorisch schwach.

Die Führung des Landes erkannte, daß die Verwirklichung der Nationalcharta einen stärkeren Rückhalt des Regimes bei den Massen erforderlich macht, und ging energisch daran, die gesamte Partei-, Staats- sowie die sozialpolitische Struktur der Republik fortzuentwickeln und zu stärken. Der Ende Januar 1979 abgehaltene IV. Parteitag, der ein ständiges Parteistatut und interne Regeln für die Partei annahm sowie das ZK und das Politbüro wählte, war ein Markstein bei der Umwandlung der FLN in eine starke und arbeitsfähige Partei.

Über die organisatorische Struktur mußte vor allem wegen der Situation neu diskutiert werden, die sich im Parteapparat und in den zentralen Exekutivorganen ergeben hatte. Bendjedid erklärte auf dem Parteitag: „Nur mit dem Beistand aller, die aufrichtig mit der Entscheidung des Landes für den Sozialismus einverstanden sind, kann man die Partei säubern und die Revolution zum Sieg führen.“ In einem Kommentar der Agentur Algérie Presse Service heißt es: „In der jetzigen Phase darf man opportunistische und reaktionäre Elemente nicht in der Exekutive dulden und muß wirklichen Revolutionären die Tür weit auftun.“ Nicht von ungefähr lautet jetzt eine der wichtigsten Lösungen in Algerien: „Der rechte Mann am rechten Fleck!“

Der außerordentliche Parteitag hat Änderungen am Statut vorgenommen. So wird die FLN als die „Avantgarde der algerischen Volkes“, als „einige Partei des Landes“ und als ihr Ziel „der Aufbau des Sozialismus im Rahmen der nationalen Werte und des Islams“ bezeichnet. Die Erwähnung der „arabisch-islamischen Werte“ ist für die Ideologie der algerischen revolutionären Demokraten charakteristisch. Zugleich befürchtet man in Algerien, derartige For-

mulierungen könnten von den mohammedanischen Rechtskreisen für ihre Versuche ausgenutzt werden, eine weitere Schließung der Reihen aller Anhänger der sozialistischen Orientierung zu verhindern.

Laut Beschlüssen des Parteitags hat das Politbüro jetzt weniger Mitglieder. Weiter ist beschlossen worden, daß der Generalsekretär der Partei die Mitglieder des Politbüros ernennt und dem ZK zur Bestätigung vorstellt. Er verteilt auch die Obliegenheiten unter die Mitglieder des Politbüros und bestimmt die Leiter der Gebietsparteiorganisationen. Ein Ende Juni abgehaltenes ZK-Plenum hat die sieben Mitglieder des neuen Politbüros bestätigt.

Die Festigung der Parteistrukturen nach den Grundsätzen der revolutionären Demokratie und die Reorganisierung der zentralen Exekutivorgane der Partei zum Zweck einer wirksameren politischen Betätigung der FLN sollen dazu beitragen, daß die Partei als Führung der algerischen Revolution eine immer größere Rolle spielt.

In der allgemeinpolitischen Resolution des Parteitags heißt es, Algerien sei entschlossen, weiter gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus zu kämpfen und den nationalen Befreiungskampf der Völker zu unterstützen. Ganz entschieden hat der Parteitag die Separatabkommen von Camp David verurteilt und die arabischen Völker aufgerufen, energischer gegen den Imperialismus und Zionismus zu kämpfen.

Es ist wichtig, daß gerade diese Stellungnahme bestätigt worden ist. Der Parteitag fand ja bei einer erhöhten internationalen Spannung statt, verursacht durch das Bestreben der imperialistischen Kreise unter Führung der USA, den Entspannungsprozeß zu stören und anderen Ländern und Völkern, auch denen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika, ihren eigenen Willen aufzunötigen. Gern spielen sich die Imperialisten auch als Schützer des Islams auf, obwohl doch gerade sie und ihre Handlanger an den Moslemvölkern Willkür und Gewalt üben. Um ihre gefährlichen Pläne zu durchkreuzen, müssen die friedliebenden Staaten energisch gemeinsam vorgehen, müssen sich alle fortschrittlichen, antikolonialistischen Kräfte fest zusammenschließen. Zu diesem wichtigen Werk hat, nach den angenommenen Dokumenten zu urteilen, auch der außerordentliche FLN-Parteitag beigetragen.

Alles in allem hat er die komplizierten und widerspruchsvollen Prozesse im wirtschaftlichen, sozialen, politischen, ideologischen und kulturellen Leben Algeriens zum Ausdruck gebracht. Er hat grundsätzliche Beschlüsse gefaßt, die dem Land in seiner sozialistischen Orientierung weiter vorwärts helfen sollen.

K. ANDREJEW

KOREAS GERECHTE SACHE

Quer durch Korea zieht sich in ostwestlicher Richtung eine 5 m hohe und 240 km lange Betonmauer. Gebaut hat sie Seoul mit Hilfe von US-Truppen. Sie haben sie mit zahlreichen Feuerstellungen und Beobachtungspunkten versehen, und die Mauer teilt das Land in Südkorea.

Die Spaltung besteht schon 35 Jahre, sie läuft den Interessen des Volkes zuwider und vergiftet die politische Atmosphäre im Fernen Osten. Das größte Hindernis für die friedliche Vereinigung des Landes ist noch immer die Präsenz des 38 000 Mann starken US-Expeditionskorps in Südkorea. Das Pentagon hat dort Kernwaffendepots angelegt.

Vor vier Jahren versprach Carter bei den Präsidentschaftswahlen die Zurücknahme der US-Truppen aus Südkorea. Er hat nicht Wort gehalten, ja nach seinem Besuch vom Juni v. J. in Seoul hat Washington sein Expeditions- oder genauer Okkupationskorps zu verstärken begonnen. Große Waffen- und Kriegstechniksendungen sind in Südkorea eingetroffen. Mit Volldampf werden immer neue Häfen als Stützpunkte für die 7. US-Flotte eingerichtet.

Fast täglich führt der Seouler Militärkönig gemeinsam mit den US-Truppen provokatorische Übungen durch. Trotz alledem setzen die Regierung und die Öffentlichkeit der KVDR den Kampf für die friedliche Vereinigung des Landes fort. Am 6. Februar 1980 begannen auf Initiative der KVDR-Führung in Panmunjom in der entmilitarisierten Zone Verhandlungen von Arbeitsgruppen beider Landestheile über Vorbereitungen zu einer Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten. Am 24. Juni hatten die Vertreter der beiden Landestheile ihr 9. Treffen.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder sowie alle Fortschrittskräfte befürworten die Friedensinitiative der KVDR, besonders im traditionellen internationalen Monat der Solidarität mit dem Kampf des koreanischen Volkes für die Zurücknahme sämtlicher fremder Truppen und für die friedliche Vereinigung des Landes. Der Monat hat am 25. Juni begonnen. Korea muß vereint werden.

J. TAWROWSKI

HUNDERT SUMPFBLÜTEN...

„Schon wieder dieser Liebesjammer, ein richtiger Ohrwurm. Xiao Li, nehmen Sie unverzüglich Verbindung mit der Polizei auf und bitten Sie, wieder einmal eine Razzia bei Schallplatten- und Kassettenbesitzern dieser dekadenten Musik durchzuführen“, wandte sich ein Abteilungsleiter des chinesischen Kulturministeriums an einen Untergebenen.

„Natürlich, Lao Gan, ich werde mich unverzüglich an die Arbeit machen. Doch zunächst möchte ich Sie auf bereits erzielte Erfolge im Kampf gegen diese Liebesschnulzen aufmerksam machen. Allein die Polizei von Schanghai hat mehr als 1000 Kassetten mit Love Songs aus Hongkong und Singapur beschlagnahmt. Auf unsere Bitte hin haben die Zeitungen der größten Städte eine Kampagne der Kritik an der dekadenten Musik gestartet. Hier ein Artikel aus der Pekinger ‚Beijing ribao‘: ‚Die dekadente Musik fördert die Unterwerfung des Landes. Ja, gute Arbeit haben die geleistet! Und wie geschickt dabei eingeflochten, daß gewisse Leute mit solcher Musik die Chinesen erweichen, ‚sie (angesichts von Invasion und Expansion) befrieden wollen‘.“

„Ja, Xiao Li, eben befrieden. Auch so schon wollen viele keine ‚gehorsamen Büffel‘ sein. Offen wird davon gesprochen, der neue Lange Marsch zu den ‚vier Modernisierungen‘ sei unrealistisch. Und da hört man begeistert Liebeslieder, beginnt gar ohne Erlaubnis der Vorgesetzten zu heiraten, außerplanmäßig werden Babys geboren... Und dann

will natürlich niemand etwas vom Kampf gegen den 'Bären aus dem Norden' hören. Setzen Sie sich also ganz dafür ein, das neue Unkraut auszureißen."

„Jawohl, Chef. Ich habe manche Erfahrungen bei der ‚Unkrautvertilgung‘. Gehörte ich ja, wie Sie wissen, Maotrupps an. An die Stelle des Unkrauts müssen aromatische Blumen gepflanzt werden. So hat es der Vorsitzende Mao gesagt.“

„Brav, Xiao Li. Ja, man muß tatsächlich hundert Blumen blühen lassen... Übrigens ist uns kürzlich ein bemerkenswerter Film gezeigt worden... der amerikanische Streifen ‚Nightmare‘. In den USA sollen sich einige TV-Gesellschaften geweigert haben, ihn vorzuführen: lauten Schlägereien, Vergewaltigungen und Morde. Wir werden ‚Nightmare‘ in allen großen Städten laufen lassen. Und für die südlichen Provinzen bestellen Sie bitte noch einen Film, ich glaube ebenfalls amerikanischer Produktion — über den Krieg in Vietnam. ‚Die durch die Hölle gingen‘. Wir sollten doch einmal einen solchen antivietnamesischen Film selbst drehen. Gehen Sie nur, Xiao Li, jede Minute ist kostbar.“

**Das Gespräch übersetzte
F. JURJEW**



Gleich und Gleich gesellt sich gern... So auch Fanatiker des Ku-Klux-Klan-Leute im US-Bundesstaat North Carolina. „Vereinigte Rassistische Front“ verhehlt nicht ihre „Plattform“ — Rassismus und Antisowjetismus. Die Gruppe von Faschisten und Rassisten hat bereits zu Blutvergießen geführt. Am helllichten Tage wurde eine Demonstration mit Schüsse abgeschossen, wobei fünf Personen getötet und viele verwundet wurden. Unser Bild: Mitglieder der „Front“ in Hitlers Geburtsstadt.

Aus „Observer“ (Großbritannien)

BOEING ALS SIEGER

Noch weiß man nicht, wer der nächste US-Präsident wird. Doch die Boeing Corp., Großauftragnehmer des Pentagon, ist bereits Sieger.

Als der Wahlkampf begann und das Publikum um Spenden angegangen wurde, leistete Boeing-Präsident Wilson seinen Beitrag zu Carters Wahlkampf. Zugleich spendete Bouillon, der Vizepräsident des Konzerns, für den republikanischen Kandidaten Connally und, welch Zufall, eine ebenso große Summe

PRIVATMEINUNG ODER...

In der Präambel der Verfassung Indonesiens und in den Hauptrichtungen seiner Staatspolitik, die der Beratende Volkskongreß 1978 als oberstes Machtorgan bestätigte, wird das Streben bekundet, in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern zu leben. Die Führer Indonesiens, einschließlich Präsident Suharto, haben wiederholt bekraftigt, daß sie fest zu den Prinzipien einer aktiven und unabhängigen Außenpolitik stehen, die insbesondere die Sicherheit Südostasiens gewährleisten sowie die Militärblöcke und die ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium anderer Länder beseitigen soll. Ein solcher außenpolitischer Kurs, der im nationalen Interesse Indonesiens liegt, hat sich bewährt.

Für die Außenpolitik der Republik hat die Mitarbeit in der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN), in dem Indonesien eine bedeutende Rolle spielt, einen hohen Stellenwert. Die dem Außenministerium nahestehende „Indonesia Times“ betonte erst kürzlich, daß die ASEAN für Zusammenarbeit mit allen Ländern eintritt und die Politik der Bildung von

Blöcken, Fronten und Militärpakten v.
In diesen Zusammenhang fand ein
rung des indonesischen Botschafters
land, General Habib, Beachtung. Kürz-
te er vor ausländischen Journalisten
kok, die ASEAN könne bei einer „äu-
drohung“ eine Militärorganisation
Und der General führte Beispiele für
reits durchexerzierte Zusammenwirk-
schen den Streitkräften einiger ASEAN-
an

Hat General Habib nur als Privatsprochen, oder handelt es sich vielmehr um eine Revision der Positionen Indonesiens?

J. ALJIC

„Ich bin vom U.S. State Department. Vielleicht bleibst Du einmal stehen, und wir sprechen miteinander?“

Aus „Globe and Mail“ (Kanada)

DER NÖTIGE MANN

Der neue Abgeordnete des japanischen Unterhauses aus der Präfektur Niigata braucht seinen Kollegen nicht erst vorgestellt zu werden. Tanaka ist auch über seinen Wahlkreis hinaus wohlbekannt.

Ex-Ministerpräsident, Angeklagter in der Lockheed-Korruptionsaffäre.

Nach der Anklageerhebung kandidierte Tanaka jetzt zum dritten Mal fürs Parlament und wurde gewählt.

Doch das war schon keine Sensation mehr. Während ein Tokioter Gericht zu seiner 103. Sitzung im Fall Lockheed zusammensetzte, pries Tanakas persönlicher Sekretär in aller Öffentlichkeit die Vorzüge seines

jun. persönlich dem Re却an zur Verfügung. Ein, seinen Konkurrenten nicht genug Aufträge abgenommen — obgleich 1978/79 die Zitate um 57% auf 505 Mio. Yen. Im laufenden Finanzjahr 1980/81 sollen Boeing allein Cruise Missiles zu 100 Millionen Dollar produzieren und auch der Umfang dieser Produktionszahlen.

Es ist schon der Konzern, einige Tausend für Kandidaten zu stellen?

V. GRIBATSCHOW

ALPENFALKEN

In einem riesigen „atomwaffensicheren“ Bunker bei Bern kamen Regierungsmitglieder, Parlamentarier, Militärs und Polizisten zusammen. Drei Tage lang wurde von hier aus die Gesamtverteidigungsübung 1980 dirigiert. Befehle wurden erteilt, Verluste ermittelt... Der „Vorwärts“ teilte mit, das Szenario der Übungen sehe „bei einer Bedrohung der Schweiz von außen“ auch die unverzügliche Isolierung der Vertreter der Linksparteien vor.

Das stille neutrale Eldorado Schweiz hat also seine eigenen Falken. Die NATO-Länder rüsten verstärkt auf, und soll da etwa die Eidgenossenschaft zurückstehen? Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien verlangten, Geheimdienst und Militärdepartement zu reorganisieren.

I. JEWGENJEW

Brötchengebers und dessen „hohe politische Moral“. Standen ja die kürzlichen Wahlen unter der Parole: „Für eine saubere Politik, für den Sieg der politischen Moral.“

Und der Schmiergeldemp-

fänger nahm seelenruhig seinen Parlamentsplatz ein, um auch weiter das Schicksal des Landes mitzubestimmen. Einflußreiche Freunde aus Kreisen des Großkapitals hatten ihn wieder ins Parlament lanciert. Tanaka ist nach wie vor Chef der größten Fraktion der regierenden Liberaldemo-

kraten, und von ihm hängt weitgehend ab, wer ihr neuer Vorsitzender, und folglich auch Ministerpräsident wird. Tanaka, der eine noch engere Anlehnung an Washington und Peking befürwortet, wird seinen Mann schon unterstützen.

L. MLETSCHIN

Schnapsleiche Somoza

Anastasio Somoza, Ex-Präsident von Nicaragua, hat bekanntlich Unterschlupf in Paraguay gefunden. Der Flüchtling hat es eigentlich nicht nötig, sich über sein neues Domizil, das ihm Diktator Stroessner überließ, zu beklagen. Sein zahlreicher Anhang und seine persönliche Killertruppe durften eine Luxusvilla beziehen, in der sich zuvor die RSA-Botschaft befunden hatte.

Doch den 54jährigen Somoza überkam Nostalgie. Er wurde Trinker. In diesem Zustand sehnte er sich wieder einmal nach einem Tapetenwechsel. Das Nachrichtenmagazin „Newsweek“ (USA), gewöhnlich gut informiert über das Privatleben aller Proteges Washingtons, meldete: „Der gestürzte nikaraguani sche Diktator Somoza wird möglicherweise bald in den Kurort Punta del Este an der Küste Uruguays ziehen... Obgleich Somoza gute Beziehungen zu Stroessner unterhält, hat er bei vielen Paraguayern Unwillen hervorgerufen, weil er sich weigerte, einen Großteil seines riesigen Vermögens in die Entwicklung ihres Landes zu stecken.“

Somoza hat fast 500 Mio. Dollar zusammengeraubt. Doch diese Gelder in Paraguay intensivieren? Stroessner sitzt auf wackligem Thron, da verzichtet man lieber auf Geschäfte. Deshalb beschloß Somoza, den uruguayischen Militärs unter die Fittiche zu kriechen. Ob er dort eher in Sicherheit sein wird?

A. WLADIMIROW



Zeichnung: N. Stscherbakow

EXODUS

In Israel wird Alarm wegen der zunehmenden Auswanderung aus dem „Gelobten Land“ geschlagen.

Allein 1979 kehrten ca. 50 000 Menschen Israel den Rücken, Richtung USA — als „Touristen“, worauf sie aber ihren Aufenthalt dort auf unbestimmte Zeit verlängerten. Das Nachrichtenmagazin „Time“ (USA) konstatierte: „Israel verlassen jetzt mehr Menschen als jemals zuvor in der

Geschichte dieses vor 32 Jahren gegründeten Staates.“

Hauptursache für den Exodus ist der „Time“ zufolge die Misere der israelischen Wirtschaft, die durch die enormen Militärausgaben überfordert ist. Eine hemmungslose Inflation (134% in den vergangenen 12 Monaten), hohe Steuern, Arbeitslosigkeit. Viele setzen sich aus Angst vor einem neuen Nahostkrieg ab, wollen sich dem Militärdienst entziehen.

Der israelische Finanzminister Horowitz jammerte kürzlich nach einer USA-Reise: „In New York gibt es 6000 Taxifahrer, und sie alle sind Israelis, ehemalige Reservisten, Panzerfahrer — Leute, die unserem Land im Kriegsfall sehr fehlen werden.“

Es ist wohl weniger gefährlich, Taxifahrer in der Kriminellenbrutstätte New York zu sein als israelische Panzer auf fremden Gebieten zu fahren.

A. STEPANOW

AUFSTÄNDISCHE? GEDUNGENE MÖRDER!

Prof. Dr. jur. habil. Mirsa AWAKOW

Eine afghanische Volksweisheit lautet: Lasset einen Lügner gewähren, und er macht aus einem Schakal einen Adler. Sie trifft genau für die Propagandahetze zu, die die Massenmedien einiger Länder, besonders der USA und Chinas, rings um die Geschehnisse in Afghanistan aufgezogen haben. Washington und Peking nehmen aus Leibeskräften die konterrevolutionären Banden in Schutz, die in die Demokratische Republik Afghanistan eingeschleust werden. Überall, wo sie hinkommen, fließt das Blut unschuldiger Greise, Frauen und Kinder.

Washington und Peking aber stellen die Banditen als ideologisch bewußte Kämpfer gegen die afghanische Volksmacht hin, als Schützer des Islams, Freiwillige und Aufständische, die ihre Heimat von „marxistischem Unrat“ säubern wollen.

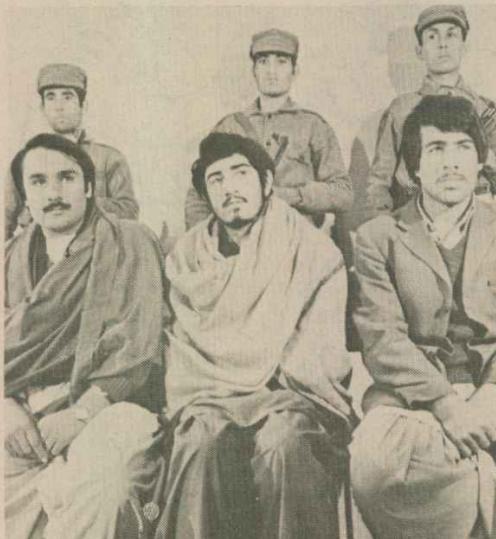
Aber selbst Veröffentlichungen mancher westlicher Blätter lassen das wahre Gesicht dieses Mordgesindels erkennen. Am 11. Januar 1980 brachte die „New York Times“ z. B. ein Foto, auf dem drei sogenannte Aufständische ihre MPis unbewaffneten Leuten an den Hinterkopf halten. Noch einer wurde aufgenommen, als er auf einen zu seinen Füßen liegenden Mann schoß. Die kaltschnäuzige Bildbeschriftung lautet, daß eine Gruppe afghanischer Aufständischer so mit Schullehern aus der Siedlung Farah bei Kandahar kurzen Prozeß gemacht habe.

Die afghanischen Konterrevolutionären haben einen amerikanischen Reporter auch herangeholt, 16 von ihnen erschossene Männer zu „bewundern“. Sie erklärten ihm zynisch, sie hätten es besonders auf die Dorforschul Lehrer abgesehen. Aber auch für andere Personen, die ihnen in die Hände fallen, kennen sie keine Schonung. Es genügt ihnen nicht, einen Menschen zu töten. Erst haken sie ihren Opfern die Arme ab, schneiden ihnen Ohren und Nasen ab und ziehen ihnen lebenden Leibes die Haut ab. Sie foltern sogar Kinder.

Es ist begreiflich, warum solche Verbrecher von Washington und Peking in Schutz genommen werden. Jeder, der auch nur halbwegs über den wahren Sachverhalt informiert ist, weiß, daß Washington und Peking seit den ersten Tagen nach dem

Sieg der Aprilrevolution in Afghanistan Banden finanzieren, ausbilden und bewaffnen, die dann aus Pakistan und China in der DRA eindringen, um deren legitime Regierung zu bekämpfen. Sie hausen bestialisch unter Leuten, die unter die Fahnen der Aprilrevolution getreten sind, verüben Sabotageakte gegen Regierungsämter und tun alles, um Unruhen auszulösen.

Es reicht nicht aus, das zu verurteilen. Man muß energische Maß-



In den in Pakistan speziell eingerichteten Lagern bilden amerikanische und chinesische Instruktoren afghanische Konterrevolutionäre in ihrem blutigen Handwerk aus. Dann werden sie nach Afghanistan geschickt, um zu morden, zu brennen und Objekte in die Luft zu sprengen. TASS-Foto: Von afghanischen Sicherheitsorganen unschädlich gemachte Sabotageagenten.

nahmen treffen, um Derartiges zu vereiteln. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist eine strikte Befolgung der völkerrechtlichen Bestimmungen durch die Staaten, der Bestimmungen, die die Aktionen bewaffneter Banden gegen eine legitime Regierung in Acht und Bann tun. Das Völkerrecht ächzt übrigens nicht nur besoldete Mörder, sondern auch ihre Helfershelfer.

In der UNO-Resolution von 1968, betreffend die Befolgung der Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker, heißt es z. B., daß „die Praxis, Söldner ge-

gen nationale Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen zu verwerden, strafbar ist und die Söldner selbst zu geächteten Verbrechern erklärt werden“. Die UNO appelliert „an die Regierungen aller Länder, Gesetze zu verabschieden, die es für strafbar erklären, auf ihrem Boden Söldner zu werben, zu finanzieren und auszubilden, und die es ihren Bürgern verbieten, in Söldnerdienst zu treten“. In der 34. UNO-Vollversammlung (1979) wurde nochmals betont, daß die Staaten unbedingt solche Gesetze verabschieden müssen.

In einer anderen UNO-Deklaration — über die völkerrechtlichen Prinzipien für freundschaftliche Beziehungen und für die Zusammenarbeit von Staaten (1970) — heißt es: „Kein Staat darf irreguläre Streitkräfte oder bewaffnete Banden, darunter Söldner, für einen Einfall in einen anderen Staat aufstellen oder ihrer Aufstellung Vorschub leisten.“ Für diese Deklaration stimmte damals eine Mehrheit der UNO-Mitglieder, unter ihnen auch die USA, die heute gegen das von ihnen selbst gutgeheißenen Dokument verstoßen.

Um die Verbrechen der Banden und ihre eigene Vorschubleistung für sie auch nur halbwegs zu rechtfertigen, behaupten die USA, das seien keine Söldner, sondern Freiwillige, die den bewaffneten Kampf gegen die afghanische Volksmacht aus patriotischen Beweggründen und rechtmäßig führen. Das ist eine notorische Lüge.

Das Völkerrecht zieht einen scharfen Trennungsstrich zwischen Freiwilligen und Söldnern. In seinen Bestimmungen werden als Freiwillige Personen qualifiziert, die wirklich freiwillig in die Feldarmee einer kriegsführenden Partei eintreten. In der 5. Konvention von Den Haag (1907) „Über die Rechte und Pflichten neutraler Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges“ ist z. B. gesagt, daß einzelne Freiwillige „über die Grenze gehen können, um in den Dienst einer kriegsführenden Partei zu treten“.

Jedermann weiß aber, daß Afghanistan mit seinen Nachbarn keinen erklärten Krieg führt. Es ist bewaffneten Überfällen von Banden ausgesetzt, die auf angeblich neutrale Länder gestützt sind. In der genann-

ten 5. Konvention heißt es eindeutig, daß „auf dem Boden eines neutralen Staates für die Söldnerwerbung keine Militäreinheiten gebildet und keine Institutionen eröffnet werden dürfen“.

Und die Hauptsache: Der Begriff Freiwilliger, wie er im Völkerrecht definiert wird, ist nur auf Personen anwendbar, die am gerechten Kampf gegen den Kolonialismus und Rassismus, an der Verteidigung eines Landes gegen eine imperialistische Unterjochung beteiligt sind. Das trifft doch auf die „Freiwilligen“, die in Afghanistan eingeschleust werden, ganz und gar nicht zu.

Was sie tun, zeugt vom Gegenteil. Sie tun, was die Feudalherren, die Kolonialisten und die imperialistische Reaktion wollen. Sie verüben ihre Verbrechen auf deren Weisung, mit deren Waffen und für deren Geld. Deshalb sind diese Banditen in vollem Einklang mit dem Völkerrecht als gedungene Mörder zu qualifizieren.

Im Völkerrecht ist der Söldner eindeutig als eine Person definiert, die einem bewaffneten Trupp beitritt, der ein illegitimes koloniales, rassistisches oder sonst reaktionäres Regime verteidigt und gegen eine nationale Freiheitsbewegung kämpft. Einem Söldner wird kein völkerrechtlicher Schutz gewährt.

Kriminell ist das Treiben von Söldnern infolge der unverkennbaren Tatsache, daß sie reaktionären, kolonialen, rassistischen und proimperialistischen Kräften bewaffnete Dienste leisten. So sind sie in der von der 28. UNO-Vollversammlung vom Dezember 1973 angenommenen Resolution Nr. 3103 qualifiziert. In dieser steht, daß „die Verwendung von Söldnern seitens kolonialer und rassistischer Regimes gegen nationale Freiheitsbewegungen, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit von Kolonialismus und Fremdherrschaft kämpfen, strafbar ist und daß die Söldner selbst strafrechtlich zu bestrafen sind“.

Der Begriff Söldner ist in Artikel 47 des ersten Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention von 1949 über den Schutz von Kriegsopfern definiert. Das Protokoll trat am 7. Dezember 1978 in Kraft. Seit damals haben es 60 Staaten unterzeichnet. Ihm zufolge gilt eine Person als Söldner, die sich im In- oder Ausland eigens dafür anwerben läßt, in einem bewaffneten Konflikt eingesetzt zu werden, u. zw. um des materiellen Vorteils willen.

Das Söldneramt wird eindeutig zu den Kriegsverbrechen gezählt und zieht die Bestrafung nach sich, die Angehörigen des blutigen Handwerks von Kriegsverbrechern zuteilt wird. Von diesem Gesichtspunkt aus

WER ZU PROVOKATIONEN ANSTIFTET

An der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea hat sich die Situation stark zugespielt. Nachdem Bangkok bewaffnete Banden als „Rückwanderer“ in Kampuchea eingeschleust hat, kurbelt es noch gröbere Provokationen an. Thailändische Truppenteile verletzen die Grenze, beschließen Kampuchea mit Kanonen und Raketenwaffen. Flugzeuge und Hubschrauber dringen in seinen Luftraum ein.

Wer ist für diese Vorgänge verantwortlich? Natürlich in erster Linie die Politiker in Bangkok, die mit Provokationen auf das Angebot der Regierung Kampuchea vom 28. Februar geantwortet haben, eine Rückführung der kampucheanischen Flüchtlinge zu erörtern; ebenso auf das Angebot des Außenministeriums Kampuchea vom 6. Juni, über Sofortmaßnahmen zur Behebung der Spannungen an der gemeinsamen Grenze zu debattieren. Die Herrschäften, die den Überbleibseln der Pol-Pot-Soldateska in ihrem Land Unterschlupf gewähren.

Klar ist weiter, daß Bangkok von Peking und Washington dazu aufgehetzt worden ist, die Konfliktsituation an der Grenze auf die Spitze zu treiben. Befordert verfolgen sie die Tendenz zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern der indochinesischen Halbinsel und den ASEAN-Staaten. Es ist kein Zufall, daß die Grenzoperationen in Kampuchea einige Wochen nach dem Besuch SRV-Außenminister Nguyen Co Thachs in Thailand und Malaysia und während seines Aufenthalts in Indonesien sowie während der Außenministerkonferenz der ASEAN-Staaten in Kuala Lumpur unternommen wurden.

Peking und Washington gießen weiter Öl ins Feuer. Die US-Führung erklärt, sie sei bereit, ihren Verpflichtungen Thailand gegenüber nachzukommen. Die USA wollen eine Luftbrücke nach Thailand schlagen, um Panzer, Geschütze und anderes Heeresgut hinüberzuwerfen. Die Pekinger Korrespondenten westlicher Nachrichtenagenturen berichten, ein neuerlicher Überfall Chinas auf Vietnam sei keineswegs ausgeschlossen.

J. DIMOW

wird die Ausmerzung des schmählichen Söldnerums aus den internationalen Beziehungen von der bevorstehenden 35. UNO-Vollversammlung erörtert werden. Der Zweck dieser Debatte ist in einer Resolution der vorigen UNO-Vollversammlung so formuliert.

1. Erwagung einer internationalen Konvention über eine Achtung des Söldnerums in allen seinen Erscheinungsformen.

2. Die UNO soll alle Staaten dringend auffordern, wirksame Maßnahmen zu einem Verbot zu treffen, auf ihrem Boden Söldner zu werben, auszubilden, zu sammeln, sie durchmarschieren zu lassen und sie zu verwenden;

3. Die UNO soll alle Staaten auffordern, dem Generalsekretär vor Beginn der 35. Tagung ihre Meinungen und Erwägungen zur notwendigen unverzüglichen Abfassung einer internationalen Konvention zuzuleiten, die die Werbung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern verbieten soll.

Ausgehend von den geäußerten Meinungen, Erwägungen und Vorschlägen, die die geltenden völkerrechtlichen Normen bekräftigen, soll die kommende UNO-Vollversammlung darüber debattieren, daß alle UNO-Mitgliedstaaten eine internationale Konvention über die Bekämpfung des Söldnerums annehmen sollen.

Infolge der Umtriebe von Söldner-

banden gegen die DRA und deren legitime Regierung und infolge der Unterstützung, die ihnen die Weltreaktion, vor allem die USA, leisten (Außenminister Andrej Gromyko hat auf seiner Pariser Pressekonferenz vom 25. April 1980 speziell auf die Erklärung Carters aufmerksam gemacht, daß den afghanischen „Aufständischen amerikanische Hilfe zuteilt wird und zuteil werden wird“), ist die UNO-Debatte über die Bekämpfung des Söldnerums besonders aktuell.

Eine politische Regelung im Hinblick auf die um Afghanistan entstandene Situation käme bedeutend besser voran, wenn über die Verurteilung des Söldnerums positiv entschieden werden und wenn die Staaten die von der internationalen Gemeinschaft formulierten Dokumente strikt befolgen würden, die das Söldnerum und jede Vorschubleitung für das Söldnerum ächten. Leonid Breschnew hat folgendes betont: „Eine politische Regulierung ist durchaus möglich. Ihr Kern ist eine garantie Einstellung der militärischen Einfälle in Afghanistan, die konterrevolutionäre Kräfte von Nachbarstaaten aus vertreiben.“ Die Ausschreitungen der Söldner und ihrer Auftraggeber müssen unterbunden werden. Sie sind daran schuld, daß in Afghanistan noch immer Schüsse peitschen, Minen explodieren, Brände lodern und Menschen zugrunde gehen.

GEFÄHRLICHE PARTNER FÜR ALLE

„Die Partnerschaft des Imperialismus und des Pekinger Hegemonismus stellt eine neue gefährliche Erscheinung in der Weltpolitik dar, gefährlich für die ganze Menschheit, auch für das amerikanische und das chinesische Volk.“

Aus dem Beschuß des ZK-Plenums der KPdSU vom 23. Juni 1980

RISKANTES SPIEL

Die Veränderung fällt direkt ins Auge. Erst vor einem Jahr wurde als Ziel der Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen die Erweiterung der Geschäfts- und Handelskontakte bezeichnet. Die Zeitungen überschlugen sich in der Schilderung des „goldenen Bodens“ in Asien. Die Monopole vom Schläge einer Exxon, einer Mobil oder einer Texaco planten Erdölprospektierungen an der chinesischen Küste (gemeinsam mit japanischen, britischen und französischen Firmen). Hilton rechnete mit einem großen Auftrag für ein weiteres Hotel. Die Mitteilung aus Hongkong, Peking wolle auf chinesischem Boden Unternehmen erlauben, die gänzlich ausländischem Kapital gehören, rief einen Sturm von Begeisterung hervor. Dieser ganze Rummel erwies sich jedoch zumindest als verfrüht.

Nach dem Einfrieren bzw. Kündigen der Abschlüsse mit Japan für insgesamt 2–3 Mrd. Dollar gingen auch die amerikanisch-chinesischen Projekte ein. Ein Handelskonsulent der Friendship International bemerkte: „China hat alles nur Mögliche gebremst. Alle Verhandlungsgruppen sind zurückgekehrt.“

Die Zahlungsfähigkeit Pekings lag weit unter den Erwartungen. Nach wie vor tritt der Handel auf der Stelle. Ein Konflikt um die Quoten für Textilien ist im Gange: Die USA-Monopole beabsichtigen nicht, ihrem Partner Handlungsfreiheit zu lassen. Was die gemeinsamen Vorhaben angeht, so ist gegenwärtig nur von einer wohltätigen Spendensammlung von 6 Mio Dollar für den Bau eines Medizinischen Zentrums in Peking etwas bekannt.

Von allen großen Projekten wird nur eines realisiert: Die Rede ist von militärischen Lieferungen an China. Das Pentagon gab am 24. Januar seine Bereitschaft zu solchen Lieferungen offiziell bekannt, gleich an dem Tag, da der Kongreß die Meistbegünstigung für China beschloß.

Der Beschuß des Pentagon war selbst für Amtspersonen überraschend. Lester

Wolff, Vorsitzender der Unterkommission für Angelegenheiten Asiens im Repräsentantenhaus, verwies darauf, daß hierüber keine Konsultationen abgehalten worden waren, und erklärte, er werde gegen jegliche Abschlüsse dieser Art auftreten. Doch steht außer jedem Zweifel, daß dieser Beschuß ein Ergebnis des China-Besuchs von Verteidigungsminister Brown (Anfang d.J.) ist. Vor kurzem befand sich Browns chinesischer Amtskollege, der stellvertretende Premier des Staatsrates Geng Biao, in den USA.

Dieser interessierte sich für die Kapazitäten großer Waffenlieferanten: der IBM, der Westinghouse, der General Motors und der Honeywell. Kurz vor der Ankunft des chinesischen Gastes

schrieb die „New York Times“: „Der Besuch Herrn Gengs muß den Urhebern der USA-Politik zeigen, inwieweit sich die chinesischen Führer die Ideen angeeignet haben, die Brown nach Peking brachte, und ob sich China und die USA in der Tat auf eine engere militärische Zusammenarbeit hinbewegen.“

Die chinesische Seite hat diese Erwartungen in keiner Weise enttäuscht. Nach den Verhandlungen Geng Biaos mit Carter, Außenminister Muskie und den Kongreßvorsitzenden erfuhr man, daß eine Lizenz für den Verkauf von Ausrüstungen und Technologien militärischer Bestimmung an China bestätigt wurde. Es handelt sich um Computer, Transportflugzeuge und Großautos. Als Hinweis auf die immer größere Nähe zwischen Peking und Washington gab das Pentagon auch den Verkauf von Nachrichtenmitteln bekannt, mit deren Hilfe die Botschaft Chinas und seine

ALLIANZ USA–CHINA VOM STANDPUNKT

CHINAS ...

Auf die USA kann man sich nicht verlassen, der Amerikaner wird einem ein paar Dinge geben, doch wiederum nicht sehr viel, als ob der Imperialismus uns satt zu essen geben könnte. Er wird einem nicht satt zu essen geben.

Aus einer vertraulichen Weisung Mao Zedongs an das Forum des Nationalen Industrie- und Handelsverbandes
8. Dezember 1956

Unsere beiden Hauptfeinde heißen amerikanischer Imperialismus und sowjetischer Revisionismus. Wir müssen diese beiden Feinde schlagen.

Aus den Thesen der Sektion Propaganda in der Politabteilung des Militärkreises Kunming
November 1974

Setzen wir die beiden Supermächte einander gleich und haben wir es mit jeder von ihnen zu tun, so könnte das unvorhergesehene Folgen nach sich ziehen. Um also zu überleben, müssen wir zuerst mit der einen zu tun haben, um die andere zu besiegen... Gelingt es uns, die chinesisch-amerikanischen Gegensätze zu mildern, so könnten wir in allen unseren Anstrengungen mit einer der beiden Seiten zusammenarbeiten und Zeit für die Lösung unserer inneren Probleme gewinnen.

Aus der Rede Geng Biaos, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, in der Diplomatischen Akademie
24. August 1976

Konsulate auf dem USA-Territorium ihre Berichte chiffrieren und dechiffrieren können.

In ihrer Mitteilung über die Beschlüsse in Washington nannte die AP sie einen „historischen Schritt“. Eine Übertreibung? Wohl kaum. Sie bedeuten in der Tat eine Wende in der Geschichte der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Vor 1972, vor Nixons Chinabesuch, kam die Lieferung von Ausrüstungen, die auch nur entfernt etwas mit militärischer Bestimmung zu tun hatten, überhaupt nicht in Frage. Zwischen 1972 und 1978 galt das Prinzip „gleicher Behandlung“: Die Handelsrestriktionen gegen die UdSSR erstreckten sich auch auf China. Eine Abweichung davon war zuerst der Beschuß, eine Bodenstation für die Speicherung der Informationen von amerikanischen Satelliten „Landsat D“ zu verkaufen, und später die Gewährung der Meistbegünstigung an China. Die jüngsten Beschlüsse sehen die Lieferung militärischer Ausrüstungen auf ständiger Grundlage vor — dies der „historische Schritt“.

Gegenwärtig sind die Restriktionen für Dutzende Erzeugnisse militärischer Art aufgehoben worden. Für Waffen noch nicht. Aber nach allem zu urteilen, kommt auch das noch.

Auf die Frage, ob China mit Rüstungskäufen in den USA rechne, antwortete Geng Biao: „Ich glaube nicht, daß eine solche Möglichkeit gegenwärtig besteht. Doch nehme ich an, daß sie sich in Zukunft bieten könnte.“ In Peking spricht man von dem Wunsch, F-15- und F-16-Jäger sowie Boden-Luft-Raketen anzukaufen. In Fortsetzung dieser Liste schreibt die „New York Times“ von Abfangjägern, Frühwarnradaren, vom Luftverteidigungssystem, von Panzer- und U-Boot-Abwehrwaffen. Was die Verwirklichung dieser Pläne am meisten hindert, ist der Umstand, daß Peking keine Valuta hat. Deshalb werden gegenwärtig vor allem Systeme gekauft, mit denen China USA-Muster testen und die eigene Produktion (eventuell mit amerikanischer Beteiligung) einleiten könnte.

Wie üblich, erklärte Brown eiligst, die angenommenen Beschlüsse wären „nicht gegen ein anderes Land gerichtet“. Zugleich stellte die „Wall Street Journal“ fest: „Es ist klar, daß diese Schritte die Beziehungen der USA zu Peking gerade in dem Augenblick festigen sollen, da das Verhältnis USA-UdSSR gespannt ist.“ Geng Biao habe „Chinas Freunden“ versichert, China gedenke nicht, sein Verhältnis zur UdSSR zu verbessern. Das ist keine zufällige Erklärung, sie wurde gemacht, um die Einwände gegen den neuen Kurs gegenüber Peking zu zerstreuen. Niemand könnte abstreiten, daß diese

Politik, die im antisowjetischen Taumel überstürzt angenommen wurde, äußerst gefährliche Folgen haben kann, auch für die USA selbst.

Natürlich verfolgt Washington seine eigenen Ziele. Nach der Presse zu urteilen, geht es ihm vor allem darum, daß die östliche Grenze der UdSSR militärisch bedroht wird. Wie die „U.S. News & World Report“ schreibt, könnten „die Ausmaße, die Standortverteilung und

Schließlich gilt China als günstiger Partner für direkte Einmischung in Süd- asien und Afrika, vor allem deshalb, weil es dort bereits einige Positionen erobert hat. Washington hofft, den neuen Bündnispartner dort zu benutzen, um zahlreiche praktische Aufgaben — bis zur Sammlung von Aufklärungsinformationen und zur Durchführung militärischer Geheimoperationen — zu lösen. Ein Beispiel solcher Aktivitäten: In Pa-

... der USA

Es wäre gewiß ratsam, normale Beziehungen zu China herzustellen, doch wäre es töricht von uns, zu glauben, die Chinesen wollten unsere Freunde werden.

Malcolm Toon, Diplomat

Wenn es in der Welt ein Land gibt, das der Vorstellung von einem aggressiven, militaristischen kommunistischen Staat entspricht, so ist es China. Aber die USA sind weit davon entfernt, es wegen seiner Expansion zu strafen; sie leisten ihm sogar direkt Vorschub, wie Carter es getan hat, als er Deng Xiaoping beinahe aufforderte, in Vietnam einzufallen.

Aus „Nation“

Zu Lebzeiten eines Amerikaners, der jetzt über 60 ist, wurde China abwechselnd als beachtenswertes Objekt für Missionare, als mutiger Bündnispartner im Krieg, als der unversöhnlichste aller Gegner und schließlich als merkwürdiger neuer Freund, ja potentieller Waffenbruder angesehen. In Wirklichkeit ist China heute eine totalitäre, von alternden Fanatikern gesteuerte Gesellschaft...

Aus „New York Times“

Ausrüstung der Hauptkräfte Pekings sie zu einer Gefahr machen, die Moskau nicht ignorieren kann — aber die USA und ihre westlichen Bündnispartner hätten dann um diesen Sektor ausgesorgt“. Außerdem wollen die USA China als Partner und Trojanisches Pferd in der dritten Welt benutzen, die Washington

kistan werden von Chinesen in engem Zusammenwirken mit der CIA Söldner ausgerüstet und ausgebildet, die später nach Afghanistan eingeschleust werden. Das aggressive China könnte ferner ein Faktor zur Beeinflussung Indiens werden, das unentwegt eine selbständige Politik verfolgt. Es bestehen Pläne einer

Achse Japan—China—Südkorea—USA, die „über die Geschicke Asiens entscheiden“ soll.

Ebenfalls die „U.S. News & World Report“ schrieb im Februar v. J., nach dem Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates Deng Xiaoping: „Sein wahres Ziel war, dem amerikanischen Volk und Carter die Idee einer „gemeinsamen Front“ — China, USA, Japan und Westeuropa — zu verkaufen.“ Die Plattform einer solchen „Front“ ist der Antisowjetismus. Vor kurzem hat diese Idee eine Weiterent-



Zeichnung: I. Gapotschka

immer mißtrauischer gegenübersteht, denn dieses bahnt den USA-Monopolen den Weg. Die entwicklungsmäßige Zugehörigkeit Chinas zur dritten Welt ist den USA ein bequemer Vorwand, ihre imperialistischen Absichten zu verwirklichen.

wicklung erfahren. Während Geng Biao die amerikanischen Gesprächspartner aufforderte, „unnachgiebig zu bleiben und unseren Kampf zu erweitern“, appellierte der Vorsitzende des ZK der KP Chinas, Hua Guofeng, in Tokio an

Japan, seine militärischen Bemühungen zu vergrößern.

Im jüngsten Heft der Zeitschrift „Foreign Policy“ veröffentlichte Eugene Rostow, stellvertretender Außenminister in den Jahren 1966–1969, heute Professor an der Universität Yale, einen Beitrag, in dem er dazu aufruft, ein auf 5–10 Jahre berechnetes Programm der Neuausrüstung der USA anzunehmen und eine „große Koalition“ der erwähnten Teilnehmer zu schaffen.

Diese Übereinstimmung ist nicht weiter verwunderlich, wenn man an das Abenteuerum, den Chauvinismus und die Verantwortungslosigkeit denkt, durch die sich die Urheber der „gemeinsamen Front“ beiderseits des Pazifik auszeichnen. Die realistischen Amerikaner betrachten diesen Kurs als die größte Gefahr für ihr Land und die anderen Länder. In letzter Instanz führt er zur Störung jenes Gleichgewichts von Kräften und Interessen, das in der Nachkriegszeit entstand und die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlichen sozialen Systems zwecks Verhütung des Krieges bildet.

Im Januar 1979 verwies Senator John Glenn in seinem Bericht über eine Chinareise, den er dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten vorlegte, auf die Gefährlichkeit einer „chinesisch-amerikanischen militärischen Allianz“ und der Versuche, „die chinesisch-sowjetischen Differenzen auszunutzen“. Er schrieb: „Das strategische Verhältnis darf sich nicht viel zu offen gegen die UdSSR richten. Schon die Natur der strategischen Waffen und unsere globale politische Rivalität mit der UdSSR machen es offensichtlich, wie wichtig die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in der Außenpolitik der USA sind.“

China will die Spannungen zwischen den USA und der UdSSR steigern, um der lachende Dritte zu sein. Deshalb dürfe, wie David Lampton, ein Sinologe von der Universität Ohio, meint, „die amerikanische Chinapolitik nicht als antisowjetische Ware verpackt und verkauft werden“.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York

PEKING HETZT

Die Weltpresse berichtet immer wieder über Besuche von Pekinger Führern bald in dem einen, bald in einem anderen Lande. Sie halten dort Reden und betonen, China

brauche den Frieden, und alles Denken und Tun seiner Führer gelte nur dem Ziel, den Frieden zu gewährleisten. Aber Fakten zeugen vom Gegenteil: Peking treibt eine gefähr-

...ANDERER LÄNDER

Der Beschuß der USA, China Rüstungen zu verkaufen, bedeutet das faktische Ende der „gleichen Behandlung“ von Moskau und Peking durch Washington und zeugt von dem Wunsch, Chinas Verteidigung zu festigen.

Aus „Guardian“ (Großbritannien)

Bei Ihrem Kurs auf offene Annäherung an die USA haben die chinesischen Führer ihre frühere Strategie — den Widerstand gegen die beiden Supermächte UdSSR und USA — aufgegeben. Jetzt bereiten sie aktiv eine antisowjetische Einheitsfront auf der Basis des Bündnisses mit den Ländern des Westens, vor allem mit den USA, vor.

Aus „Asahi“ (Japan)

Das neue Szenario, das zum größten Drama Asiens ausarten kann, ist schon geschrieben und wird seit dem 1. Januar 1979, seit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der VR China, durchgespielt. China will mehr als einen Botschafteraustausch mit Washington, es giert nach supermodernen Waffen und militärischen Technologien, um die Streitkräfte zu entwickeln.

Aus „Indonesian Observer“

Peking will die Weltkarte mit Waffengewalt ummodelln. Deshalb ist die chinesische Führung zu Abmachungen mit jedem Regime, mit jeder Macht bereit, nur um ihren Appetit zu stillen.

Aus „Afrique Nouvelle“

liche Hetzpolitik, die die Sicherheit der Völker bedroht. Besonders deutlich zeigt sich das darin, wie es an die Abrüstungsfrage herangeht.

Die chinesische Führer ist über die konstruktiven Vorschläge der UdSSR und aller anderen Warschauer Vertragsstaaten besorgt. Diese Vorschläge sind darauf gerichtet, bei den gegenwärtig laufenden Abrüstungsverhandlungen konkrete Ergebnisse zu erzielen und Verhandlungen, die unterbrochen wurden, wiederaufzunehmen. Für Peking bedeuten sie aber das größte Hindernis für seine hegemonistischen und abenteuerlichen Pläne: die Weltlage zu komplizieren sowie die militärische Modernisierung im Lande und das imperialistische Wettrüsten anzutreiben. Peking begründet das eine und das andere mit der Behauptung, ein neuer Weltkrieg sei unausbleiblich.

Deng Xiaoping erklärte: „Wir sind nach wie vor der Meinung, daß es früher oder später zu einem Krieg kommt.“ Das einzige, wozu sich die chinesischen Führer bequemen, ist den Beginn des Krieges um 20 Jahre aufzuschieben — bis dahin hofft China sein Programm für die Erhöhung des Militär- und Wirtschaftspotentials zu erfüllen.

Deng Xiaoping prahlte auch damit, daß China den Krieg nicht fürchte, denn es habe „nichts groß zu verlieren“ und kümmere sich weniger als Japan, die USA oder die westeuropäischen Länder darum, „was im Krieg vernichtet werden könnte“. Seinerzeit stand Mao Zedong auf diesem Standpunkt. Im Jahre 1957 erklärte er: „Der Aufbau hat sich in China noch nicht richtig angebahnt. Sollten die Imperialisten einen Krieg entfesseln, so sind wir bereit, den Aufbau einzustellen; wir wollen es zuerst auf eine Kraftprobe ankommen lassen und dann zum Aufbau zurückkehren.“ Diese abenteuerliche, gefährliche Position wurde von der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern abgelehnt. Jetzt wendet sich Peking mit seinen Brandstifterlösungen an die imperialistischen Mächte in der Hoffnung, diese würden seine Kampflust nach Gebühr würdigen.

Die Pekinger Führer macht kein Hehl daraus, wie sie die USA-Politik in der Abrüstungsfrage sehen möchte, und spielt jenen Kreisen in die Hände, die das Kräftegleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR, zwischen den NATO-Ländern und den Warschauer Vertragsstaaten stören wollen. Die chinesischen Führer beschwören buchstäblich die Vertreter der Washingtoner Administra-

tion, der UdSSR und ihren Abrüstungsvorschlägen „nicht zu glauben“ und den SALT-II-Vertrag nicht zu ratifizieren, da er den Rüstungswettlauf „nicht aufhalten“ und den Frieden „nicht gewährleisten“ könne. Peking lehnt auch nur den Gedanken an Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa ab. Statt dessen fordert es den Westen zu größeren militärischen Anstrengungen auf. Die Pekinger Führer von heute halten es also noch immer mit Mao, der zu sagen pflegte, für China wäre ein Zusammenstoß zwischen den USA und der UdSSR, zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag „vorteilhaft“.

Zusammen mit Washington animiert Peking Japan zur Vergrößerung der Militärausgaben, empfiehlt ihm eine Verdoppelung des Militärbudgets, um „eine effektive Luftherrschaft zu sichern und die Luftstreitkräfte zu stärken“. Peking flößt Westeuropa den Gedanken an die Notwendigkeit des „Nachrüstens“ ein. Hierbei wird völlig außer acht gelassen, daß die Bestände an Kern- und anderen Waffen Ausmaße erreicht haben, bei denen ihr Einsatz die Menschheit in eine Katastrophe stürzen würde.

Die chinesische Führung versucht, andere Länder auch durch Verwirklichung des eigenen Programms zur Vergrößerung der Kernraketenkräfte und der militärischen Vorbereitungen zu beeinflussen. Die Investitionen in der Volkswirtschaft Chinas insgesamt nehmen ab, die Militärausgaben zu. Der chinesischen Presse zufolge stiegen sie 1978 um 12,6% und 1979 um 20%. Dabei werden hier viele indirekte Ausgabenposten (Forschung und Entwicklung im militärischen Bereich) nicht berücksichtigt.

Schon heute hat China zahlenmäßig die größte Armee der Welt. Außerdem stehen Millionen Angehörige der sogenannten Volkswehr unter Waffen. Nach Schätzungen von Militärexperten besitzt China über 100 nukleare Mittelstreckenraketen. Peking hat 24 Kernwaffenversuche auf der Erde und in der Luft durchgeführt und beabsichtigt, sie auch weiterhin vorzunehmen.

Durch den Start interkontinenta-

ler ballistischer Raketen in Richtung Südpazifik bestätigte Peking erneut, daß der Schwerpunkt der „vier Modernisierungen“ ist, seine Armee umzurüsten und die strategischen Offensivwaffen aufzustocken. Auf alle Vorschläge über die Begrenzung und Einstellung des Wettrüsts, über Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung antwortet die chinesische Führung mit einem Nein. Sie handelt nach der Maxime: „Sollen die anderen zuerst abrüsten, China wird vorläufig aufrüsten.“

Peking versucht, die westlichen Länder für die Modernisierung seiner Militärmacht einzuspannen. Deshalb verbreitet es Erfindungen über eine „sowjetische Bedrohung“ — bald für die NATO-Flanken, bald für die amerikanischen und japanischen „Übertransportwege“ und sogar für die Seewege zwischen dem Indischen und dem Pazifischen



Bei seinem USA-Besuch 1979 war Deng Xiaoping im NASA-Zentrum in Houston. Ihm wurde liebenswürdig auch der Simulator der Kanzel der Raumfähre „Shuttle“, die auch militärischen Zwecken dienen kann, vorgeführt.

Aus „Time“ (USA)

Ozean. Wenn sich Peking um westliche Waffenlieferungen bemüht, glaubt es, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: einmal Zutritt zur modernen militärischen Technologie und zu den wissenschaftlichen Leistungen auf militärischem Gebiet zu erhalten, um die Armee schleunigst umzurüsten und das Militär- und Wirtschaftspotential zu erhöhen, zum anderen die Abrüstungsverhandlungen zu erschweren.

Worauf rechnet der Westen? Versuche, militärische Vereinbarungen mit China einzugehen, um „den Russen die Stimmung zu verderben“, die UdSSR unter „Druck“ zu setzen usw., sind kurzsichtig, und die Erwägungen, ein „starkes China“ wer-

de seine „militärische Minderwertigkeit“ ablegen und sich allmählich in die Abrüstungsprozesse einschalten, halten keiner Kritik stand. Kaum hat Peking mit der Modernisierung im militärischen Bereich begonnen, da verübt es auch gleich eine Aggression gegen Vietnam, und nun droht es, sie zu wiederholen. Die chinesische Flotte aktiviert sich im Südchinesischen Meer, wo Peking auf erdölfündige Inseln Anspruch erhebt. Pekinger Ausbilder sind dort, wo die Banditen zum Einschleusen nach Afghanistan gedrillt werden, und dort, wo noch die Überreste der Pol-Pot-Henker ihr Unwesen treiben.

Man darf nicht vergessen, daß die weitere Erhöhung des nuklearen Raketenpotentials Chinas unvermeidlich das heutige Kräfteverhältnis destabilisieren wird. Man kann sich schwer vorstellen, daß die UdSSR und die USA, die Länder des Warschauer Vertrages und der NATO Fragen der Begrenzung und Einschränkung ihrer strategischen Rüstungen lösen könnten, während China immer neue Raketen auf Gefechtspositionen entfalten würde. Man darf doch nicht im Ernst annehmen, die Westmächte würden China bei der Neuaufstellung helfen, weil dieses sich ihnen als militärpolitischen Partner anbietet, der gegen die UdSSR „von der anderen Flanke her“ vorgeht, und daß es die Beziehungen zur UdSSR nicht belasten, nicht das für zuverlässige Abkommen notwendige Vertrauen und gegenseitige Verständnis untergraben würde.

Das Streben Pekings nach Annäherung an die aggressiven imperialistischen Kreise auf antisowjetischer, friedensfeindlicher Grundlage und seine Versuche, das Wettrüsten anzuheizen, sind eine für die Sicherheit der Völker äußerst gefährliche Politik. Wird diese Politik mit ihren hegemonistischen Großmachtbestrebungen nicht gebührend zurückgewiesen, so wird der Appetit der Pekinger Hegemonisten nur noch wachsen.

V. WASSILJEW

UNTER WELCHER FLAGGE?

Anatoli KRASSIKOW

Bis zu den nächsten Präsidentenwahlen bleibt noch ein Jahr, aber schon fiebert Frankreich ihnen entgegen. Die Aktivierung aller Parteien, gegenseitige Beschuldigungen bekannter Politiker, breite Propagandakampagnen, deren Organisatoren weder Mühe noch Ausgaben scheuen, um die Wähler zu gewinnen — all das erinnert die Franzosen daran, wie hoch die Einsätze sind.

Laut Verfassung hat der Präsident, der in allgemeiner Abstimmung für 7 Jahre gewählt wird, außerordentlich umfassende Rechte und Befugnisse. Er bestimmt die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik, ernennt den Ministerpräsidenten und die anderen Regierungsmitglieder (ohne daß sie durch das Parlament bestätigt zu werden brauchen), darf die Nationalversammlung vorfristig auflösen und neue Wahlen ausschreiben. Er ist der oberste Befehlshaber und kann, falls besondere Umstände eintreten, allein außerordentliche Maßnahmen treffen.

Seit 1958 die Fünfte Republik ausgerufen wurde, bestand in Frankreich eine recht eindeutige Kräfteverteilung. Die einflußreichsten rechten Parteien und Gruppen gehörten zur Regierungsmehrheit und unterstützten den Staatschef: zuerst General de Gaulle, dann seinen Nachfolger Georges Pompidou und schließlich den heutigen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Die Opposition dagegen ging unter linken Lösungen vor und verlangte nicht nur Absetzung führender Staatsmänner, sondern auch eine grundsätzlich andere Politik.

In den letzten Jahren aber setzten in beiden Lagern Spaltungsprozesse ein. Ex-Minister André Bord, Anhänger de Gaules und Abgeordneter, schrieb vor kurzem in der Zeitung „Alsace“: „Wir haben jetzt keine Regierung, keine Mehrheit. Der einzige Trost: Es gibt auch keine Opposition.“ Er hat gewiß etwas übertrieben. Sowohl die Regierung als auch die Opposition bestehen in Frankreich sehr wohl. Aber die Tendenz zur Zersplitterung der politischen Kräfte ist ebenfalls eine Realität.

Die Rechten am Scheideweg

Nach der Gründung der Fünften Republik blieb die de-Gaulle-Partei lange Jahre die Hauptkraft des Regierungslagers. Sie ging im Oktober 1958 aus der 11 Jahre früher ge-

gründeten Vereinigung des französischen Volkes hervor und nannte sich Union für die Neue Republik (UNR).

Bei den Wahlen zum ersten Parlament des de-Gaulle-Regimes wurden für die UNR nur 18% der Stimmen abgegeben. Aber die Spaltung der linken Opposition und die Besonderheiten des neuen Wahlgesetzes, das den Spitzenreitern große Stimmenprämien sichert, brachten der UNR 40,6% der Mandate und — gemeinsam mit Bundesgenossen — eine recht starke Kontrolle über die Regierung.

Später, 1962 und 1967, siegte die Koalition unter Führung der UNR erneut über die linke Opposition, die inzwischen die ersten Schritte zur Konsolidierung unternahm.

Dann folgten die stürmischen Ereignisse von Mai/Juni 1968 mit der Streikbewegung im ganzen Lande, mit Barrikaden im Quartier Latin in Paris und zugleich mit Versuchen diverser Provokateure, den Spieler mit einer Revolution einzuschüchtern, obwohl von ihr damals keine Rede sein konnte. Bei den vorfristigen Parlamentswahlen 1968 erhielten die Gaullisten, die ihr Aushängeschild erneut gewechselt hatten (nun hieß ihre Partei Union der Demokraten für die Republik, UDR), allein, ohne ihre Bundesgenossen, die Mehrheit in der Nationalversammlung.

Als 1969 nach de Gaules Rücktritt Pompidou zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, stützte er sich immer noch in erster Linie auf die UDR, erweiterte jedoch die Zusammenarbeit mit einer anderen bedeutenden Gruppierung in der Regierungsmehrheit: mit den Unabhängigen Republikanern, denen der treue Anhänger des gaullistischen Regimes Giscard d'Estaing vorstand.

Die führende Rolle der UDR im Regierungsbloc wurde erstmalig 1974 in Zweifel gezogen, als nach Pompidous Tod vorfristige Präsidentenwahlen abgehalten werden mußten. Im 1. Wahlgang erhielt der offizielle UDR-Kandidat Jacques Chaban-Delmas nur 15% der

Stimmen, sein Hauptkandidat Giscard d'Estaing aber 32,6%. Der 2. Wahlgang brachte diesem den endgültigen Sieg.

Aber die Regierungskoalition aus den beiden größten bürgerlichen Parteien (denen sich weitere, weniger einflußreiche Gruppen anschlossen) zerfiel nicht. Mehr noch, Präsident Giscard d'Estaing wollte sie festigen und ernannte zum Ministerpräsidenten seiner ersten Regierung demonstrativ nicht einen Unabhängigen Republikaner, sondern den UDR-Vertreter Jacques Chirac. Diese Zusammenarbeit mißglückte, aber selbst nachdem 1976 Raymond Barre, der dem Präsidenten politisch näherstand, zum Ministerpräsidenten aufrückte, behielt die Regierung ihren Koalitionscharakter bei.

Die Wandlungen in der Regierungsführung bewirkten neue Veränderungen in den Regierungsparteien. Chirac setzte seinen Anhängern das Ziel, die frühere UDR zu



Im Pariser Vorort Saint-Denis fand ein Protestmarsch der Jugend gegen die Regierungspolitik statt.

Aus: „L'Humanité“ (Paris)

einer Massenorganisation auszubauen (nach der abermaligen Umbenennung von 1976 heißt sie Sammlungsbewegung für die Republik und zählt gegenwärtig 400 000 bis 500 000 Mitglieder). Die politischen Freunde Giscard d'Estangs bildeten 1977 die Republikanische Partei und ein Jahr später, zusammen mit dem rechten katholischen Sozialdemokratischen Zentrum und den Rechtsradikalen, eine breite Vereinigung, die Union für die Französische Demokratie.

Wer wird morgen das rechte Lager anführen: die Sammlungsbewegung für die Republik oder die Union für die Französische Demokratie, Chirac oder Giscard d'Estaing? Diese Frage wird seit langem von Presse, Öffentlichkeit und politischen Kreisen lebhaft erörtert.

Chiracs Anhänger benutzen den Umstand, daß sie nicht der Regierung vorstehen, um den Anhängern

Giscard d'Estaings die ganze Schuld für die wirklichen oder angeblichen Irrtümer in die Schuhe zu schieben. Die Freunde des Präsidenten buchen alles Positive, was in den letzten Jahren erreicht wurde, für sich.

Die Zeit arbeitet für Giscard d'Estaing: Während die Union für die Französische Demokratie den heutigen Staatschef einmütig unterstützt, spalten sich in der Sammlungsbewegung für die Republik die inneren Widersprüche zu, und Chirac muß mit eventuellen ernst zu nehmenden Rivalen rechnen. Einer von ihnen, Michel Debré, Ministerpräsident unter General de Gaulle, gab schon am 30. Juni zu verstehen, daß er um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat zu kämpfen gedenke.

Gegen Chirac treten auch viele andere Mitglieder seiner Partei auf. Unlängst veröffentlichte die ganze französische Presse ein Schreiben, das angeblich von Justizminister Peyrefitte an den Präsidenten oder einen seiner nächsten Mitarbeiter gerichtet worden war. Der Autor äußerte sich abfällig über Chirac, warf ihm Ambitionen, kalte Berechnung, Rachsucht und die Vernachlässigung der allgemeinen Interessen des Landes vor und gab einige Ratschläge, wie dieser Politiker zu isolieren und wie die Mehrheit der Sammlungsbewegung für eine loyale Zusammenarbeit mit dem Staatsoberhaupt zu gewinnen sei.

Die Publikation führte zu heftigen Zusammenstößen innerhalb Chiracs Partei. Es wurde sogar gefordert, Peyrefitte vor das Ehrengericht zu stellen, doch sah man davon ab, nachdem dieser erklärt hatte, besagten Brief „weder geschrieben noch unterzeichnet“ zu haben. „Le Monde“ schrieb: „Die Abgeordneten nahmen das „Dementi“ des Ministers mit Ironie und Skepsis auf, doch empfanden die meisten eine große Erleichterung, als sie sahen, daß sich der Zwischenfall so rasch erledigte.“

Die Führer der Sammlungsbewegung wollen ihre Reihen zusammenschließen und versäumen keine Gelegenheit, einen vergifteten Pfeil nach dem Lager Giscard d'Estaings abzuschießen. Sie unterstützen gern die Pressekampagne gegen den Ex-Innenminister Michel Poniatowski, der seinerzeit aufgefordert hatte, „die Alleen der Macht von Kumpanen und Gaunern zu säubern.“

Poniatowski wird angelastet, zu der Zeit, als er Innenminister war, von dem in Vorbereitung befindlichen Attentat auf Jean de Broglie, einen der Begründer der Unabhängigen Republikaner, gewußt, aber keine notwendigen Maßnahmen getroffen zu haben, um den Mord abzuwenden (er wurde im Dezember 1976 begangen). De Broglie, der seinerzeit ebenfalls Minister war und später dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten in der Nationalversammlung vorstand, verließ

Anfang der 70er Jahre alle Posten und stieg in zweifelhafte Finanzoperationen ein. Zeitungen zufolge, die sich auf zwei vertrauliche Polizeiberichte (vom 23. und vom 30. November 1976) berufen, hatte de Broglie kurz vor seinem Tod die Absicht, in Chiracs Lager überzuschreiten.

Der „Fall de Broglie“ (den die Chirac-Anhänger rasch in einen „Fall Poniatowski“ umfunktionierten) verschärfe die ohnehin gespannten Beziehungen in der Regierungskoalition noch mehr. Die Exponenten der Sammlungsbewegung für die Republik kritisieren die Regierung immer häufiger. Sie erinnern daran, daß ihre Partei bei den letzten Parlamentswahlen im März 1978 der Union für die Französische Demokratie (um 1% der abgegebenen Stimmen) voraus war, und verhehlen nicht, daß sie Giscard d'Estaing eine harte Schlacht liefern wollen, um seine Wiederwahl zu verhindern.

Der Präsident antwortet auf die Manöver seiner Bundesgenossen und Konkurrenten mit dem Aufruf, einen Sieg der Linken zu verhindern. Bei der Eröffnung der internationalen Messe in Lyon im März sagte er: „Mein politisches Wunschziel ist die goldene Mitte.“ Und weiter: „Voll Schmerz betrachte ich das politische Leben in Frankreich, die Differenzen und Antagonismen zwischen den politischen Führern.“ Es sei notwendig, „ein größeres Einvernehmen und Zusammenwirken der Franzosen zu organisieren“.

Folgendes ist charakteristisch. Der Vorsitzende der französischen Sozialisten, François Mitterrand,



Französische Polizisten im Einsatz gegen Demonstranten.

Aus: „L'Humanité“ (Paris)

kritisierte den Staatschef im Mai in einer Rede im Pariser Club der britisch-amerikanischen Presse: „Giscard d'Estaing wird mit jedem Tag mehr Gaullist als Chirac.“ Für die Führung Großbritanniens und der USA ist ein solches Urteil in der Tat eine schwere Beschuldigung, für einen Teil der Franzosen dagegen eher ein Kompliment. Wird der Präsident den Kurs auf die „golde-

ne Mitte“ verwirklichen? Wird er unter seinem Banner all jene Gruppen vereinen können, die früher de Gaulle, Pompidou und ihm selbst folgten? Die Zukunft wird es lehren.

Schwierigkeiten der Linken

Auch im linken Lager besteht keine Einheit, darunter in der Frage, wer den Rechten den Posten des Staatsoberhaupts streitig machen soll. Die offiziellen Entscheidungen der Parteien sind noch nicht bekanntgegeben worden, aber schon werden fünf mögliche Kandidaten genannt: Georges Marchais, Generalsekretär der Französischen KP; die führenden Sozialisten François Mitterrand und Michel Rocard; Michel Crépeau, ein Führer der Linksräder; und schließlich Frau Huguette Bouchard, Landessekretär der Vereinigten Sozialistischen Partei.

Zweifellos sind die Kommunisten die zahlenmäßig stärkste und am besten organisierte Partei Frankreichs. Sie zählt über 700 000 Mitglieder, jeder fünfte Wähler stimmt für sie. Trotzdem nahm diese Partei, um das Bündnis der Linkskräfte zu konsolidieren, früher mehrmals ihre eigenen Kandidaten zurück und rief die Wähler auf, für die Vertreter anderer Linksparteien zu stimmen. Ebendeshalb konnte die zweite politische Organisation der französischen Arbeiterklasse, die Sozialistische Partei, viele zusätzliche Sitze sowohl in der Nationalversammlung als auch in den örtlichen wählbaren Organen erhalten.

Alle Wahlen werden in Frankreich in zwei Wahlgängen durchgeführt. Als gewählt gilt im 1. Wahlgang der Kandidat, der die absolute Mehrheit erhält. Erzielt kein einziger Kandidat dieses Resultat, wird der 2. Wahlgang ausgeschrieben. Dann genügt für den Sieg eine relative Stimmenmehrheit.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1965 war Mitterrand der einzige Kandidat der Linken und erhielt im 1. Wahlgang zwar keine absolute Mehrheit, dafür aber in 24 Départements mehr Stimmen als de Gaulle, der andere rechte Kandidaten gegen sich hatte. Erst im 2. Wahlgang, als die beiden Politiker allein in Frage kamen, siegte der Begründer des heutigen Regimes.

Im Jahre 1974 stand Mitterrand, der abermals das ganze linke Lager vertrat, im 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen dem Ziel nahe. Er hatte 49,2% der Stimmen und stand somit dem Sieger, Giscard d'Estaing, nur wenig nach. Ebenso wie 1965 gingen die Linksparteien bei diesen Wahlen im entscheidenden Augenblick geschlossen vor.

Und umgekehrt: 1969, als die Sozialisten das gemeinsame Vorgehen mit den anderen Linken ablehnten und ihren eigenen Kandidaten, den notorischen Antikommunisten

Gaston Defferre, aufstellten, mußten sie eine Enttäuschung erleben. Defferre erhielt nur 5% der Stimmen, während für den hervorragenden FKP-Politiker Jacques Duclos 21,5% der Wähler stimmten.

Könnte sich 1981 nicht Ähnliches abspielen? Vorläufig ist das nicht auszuschließen, falls die Sozialisten ihren heutigen antikommunistischen Kurs nicht aufgeben und nicht ihren Überheblichkeitskomplex ablegen, der sie zwingt, obwohl die FKP viermal so groß ist wie die SP (175 000 Mitglieder im Jahre 1977), fortwährend zu beweisen, daß sie viel größeren Einfluß auf die Wähler hätten als die Kommunisten.

Dieser Komplex war auch früher zu beobachten.

Trotzdem überwog in ihrer Beziehung zu den Kommunisten lange Zeit Zusammenarbeit und nicht Rivalität. Deshalb konnte im Juni 1972 ein gemeinsames Regierungsprogramm der Linkskräfte unterzeichnet werden. Die Formulierung dieses Programms konsolidierte das linke Lager und festigte die Positionen jedes seiner Teilnehmer. Bei den Parlamentswahlen 1973 erhielten die Sozialisten und Linksräder 20,7% der Stimmen, fast ebensoviel wie die Kommunisten (21,4%).

Das Leben selbst bestätigte also die Notwendigkeit, das Bündnis der Linkskräfte zu erhalten und zu erweitern. Leider stiegen die Wahlerfolge einiger SP-Führern zu Kopf, und sie schlugen ihren Bundesgenossen gegenüber einen anmaßenden Ton an. Als 1977, ein Jahr vor den fälligen Parlamentswahlen, die Frage aufgeworfen wurde, wie das gemeinsame Programm auf die neue Situation abzustimmen sei, durchkreuzten die Sozialisten die Erörterung und wichen merklich vom Geist und Buchstaben dieses wichtigen Dokuments ab.

Da die SP 1978 um 2% mehr Stimmen erhielt als die FKP, überschätzten die Sozialisten ihre Kräfte noch mehr. Nun sahen Mitterrand und seine Anhänger ihre vorrangige Aufgabe nicht in einem Sieg des linken Lagers, sondern darin, bei den Wahlen um jeden Preis die Kommunisten zu übertrumpfen.

Die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der SP und der FKP äußerte sich im faktischen Bruch des Bündnisses der Linken in vielen Städten (z. B. in Marseille, Château-Chinon, Villeurbanne, Brest), wo die Kommunisten von den leitenden Posten in den Gemeinderäten abgesetzt wurden. In einer Erklärung dazu brachte das Politbüro der FKP seine Besorgnis zum Ausdruck „über eine solche Orientierung der Sozialistischen Partei, was schwere Folgen für die Gegenwart und Zukunft haben kann... Diese Orientierung führt schon heute zu einer Leitung, die die Interessen der Werktätigen ig-

noriert und sich den Forderungen der Rechten anpaßt; sie bereitet die starke Rückkehr der Rechten in die Municipalitäten vor, die 1977 dank dem Bündnis der Linken gewonnen wurden.“

Die Evolution der SP in Richtung Antikommunismus ist eine logische Folge ihres allgemeinen Rechtsruckes. Wie weit es damit gekommen ist, verrät das im Januar d. J. auf der Landeskonferenz der Sozialisten bestätigte programmatische Dokument, „Sozialistisches Projekt“, das als Plattform des sozialistischen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen gedacht ist. Darin wird die Abkehr vom gemeinsamen Programm der Linkskräfte verankert und der Kurs auf die Schwächung der FKP-Positionen festgelegt; in außenpolitischen Fragen ist deutlich eine Annäherung an die Linie der NATO und des Weißen Hauses zu erkennen.

Mitterrand spricht sich allerdings in seinen Reden weiterhin für ein Bündnis der Linkskräfte aus. Vor kurzem versicherte er die Franzosen: „Ebenso wie gestern bin ich entschlossen... und wünsche dieses Bündnis.“ Sofort aber fügte er hinzu: „Aber nicht, um zu allem ja und amen zu sagen.“ Der FKP-Generalsekretär Georges Marchais erklärte als Antwort darauf, von nun an könne „ein Bündnis nichts gemein haben mit der Orientierung, die Mitterrand seiner Partei aufgekettet hat“ und mit deren Hilfe er „den Ausweg aus der Sackgasse zu finden hofft, in die er geraten ist, weil er systematisch den Antikommunismus praktiziert und das Handeln Giscard d'Estaings von den Positionen Carters kritisiert“.

Wer steht am weitesten recht? Unter diesem Motto rivalisieren Mitterrand und der „neue Stern“ der Sozialisten Michel Rocard um die Führung in der Partei. Rocard stammt aus der kleinen Gruppierung mit dem prätentiösen Namen Vereinigte Sozialistische Partei (PSU). Seinerzeit stand er ihr vor und war für seine ultralinken Positionen bekannt. Nach allem zu urteilen, will er jetzt dadurch Karriere machen, Mitterrand und seine Anhänger rechts zu überholen.

Vor kurzem bekamen die Pariser Buchhandlungen das jüngste Buch des bekannten linksbürgerlichen Politologen Alain Touraine „Der Nachsozialismus“. Mit Prophetenmiene verkündet er: „Ich erkläre den Sozialismus für tot und will die Zersetzung der sozialistischen Ideologien beschleunigen.“ Und weiter: Warum solle sich die Sozialistische Partei nicht ganz einfach demokratisch nennen? Ein Bündnis der Linkskräfte, dessen Angelpunkt die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten gewesen sei, bestehne nicht mehr. Folglich gebe es auch keine früheren Verpflichtungen den Werktätigen gegenüber, die die soziale Basis dieses Bündnisses bilden.

Und so schlägt Touraine vor, die Gelegenheit zu ergreifen und die nunmehr „archaische“ Lösung des Sozialismus zu durchkreuzen.

Der antisozialistische Ausfall Touaines fällt u. a. deshalb auf, weil er bei einigen führenden Sozialisten, die zu Rocard stehen, Anklang fand. Hervé Hamon und Patrick Rotman, die im Stock-Verlag eine Studie unter dem Titel „Rocard-Effekt“ veröffentlicht haben, verweisen darauf, daß die Ideen Touraines und die Handlungen Rocards gemeinsame Wurzeln haben.

Mittlerweile erörtert man in Paris ernstlich eine eventuelle (und recht baldige) Wiedervereinigung der Linksräder mit dem rechten Flügel der Partei der Radikalen und Radikalsozialisten, der sich seit langem dem Regierungslager angeschlossen hat.

Unter diesen Umständen betont die FKP noch einmal ausdrücklich die Bedeutung von Bündnis und Aktionseinheit aller Werktätigen und aller Demokraten im Kampf für ihre Lebensrechte und Interessen. Auf dem ZK-Plenum der FKP von Ende Mai war die Rede von der Notwendigkeit, die aktuellsten Probleme des Landes zu lösen: die Arbeitslosigkeit, die fast 2 Millionen erreicht, zu beseitigen; das System der Sozialfürsorge zu schützen; Maßnahmen gegen die weitere Inflation zu treffen; die Anschläge auf die Rechte und Freiheiten der Bürger zurückzuweisen. Wie auf dem Plenum hervorgehoben wurde, verlieren die Kommunisten im Kampf um die unmittelbaren Forderungen der Werktätigen nicht die Perspektive der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft aus dem Auge.

Die Lösung all dieser Aufgaben erfordert Einheit, und die Partei arbeitet auf eine solche Einheit, vor allem an der Basis, hin. Heute geht es nicht so sehr um Pakte und Abkommen politischer Hauptquartiere wie vielmehr um den Zusammenschluß breiter Volksmassen um konkrete Kampflosungen.

Das ZK der FKP beschloß, für den 11. und 12. Oktober eine Landeskonferenz der Partei einzuberufen. Sie wird den Kandidaten der Kommunisten für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen offiziell nominieren. Wie Gustave Ansart, Mitglied des Politbüros der FKP, in seinem Bericht auf dem Plenum sagte, werde die Partei von nun an alle ihre Aufgaben mit der Kampagne verbinden, in deren Verlauf der FKP-Kandidat Vorschläge zur Überwindung der heutigen Krise des Landes unterbreiten und Millionen Wählern erläutern wird. Ferner sagte Gustave Ansart: „Die obersten Interessen der Werktätigen und ganz Frankreichs bestehen darin, die FKP noch stärker zu machen und ihrem Kandidaten möglichst viele Stimmen zu sichern.“

ES TAGT ÜBER DEM MEER

Jewgeni SCHENKMAN

Wir überfliegen São Thiago, eine der größten der der Westküste Afrikas vorgelagerten Kapverdischen Inseln. Unten wechselt rotbraune Wüste mit Hügeln und Bergen ab. Das ist für die meisten dortigen Inseln typisch, die ganz aus vulkanischem Gestein bestehen.

Zum ersten Mal sind die bei einem mächtigen Vulkanausbruch im Atlantik entstandenen Kapverden im Jahre 1460 erwähnt. Im 15. Jahrhundert fingen die Portugiesen an, sie zu besiedeln, in erster Linie São Thiago, und damit war der Grundstein zum portugiesischen Kolonialreich gelegt.

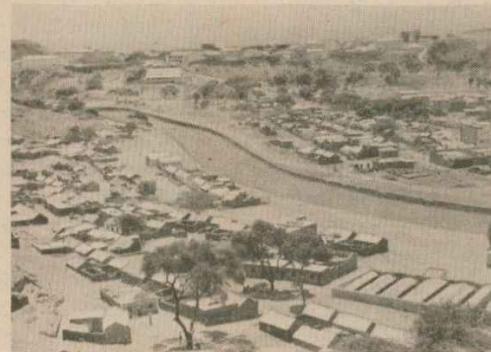
Auf den 4000 Quadratkilometern der kleinen Inseln leben über 300 000 Menschen, größtenteils Mulatten, Mischlinge portugiesischer Kolonialisten und aus Afrika herübergebrachter Sklaven.

Infolge des Raubbaus, den die Kolonialisten mit den Naturschätzen trieben, gingen diese schnell zur Neige. Im 18. Jahrhundert überließ Portugal seine Kolonie faktisch ihrem Schicksal und benutzte sie nur noch für Zwischenlandungen seiner Schiffe, die nach Brasilien und Afrika gingen, sowie als Bezugssquelle billiger Arbeitskräfte für die Kolonien auf dem Festland.

Das Volk der Kapverden ist an die schweren Naturverhältnisse gewöhnt und hat gelernt, sich gegen sie zu behaupten. An das Kolonialregime aber konnte es sich nicht gewöhnen und sich nicht mit ihm abfinden. Unter Führung der PAIGC (Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln) mit Amílcar Cabral an der Spitze hat es auch gegen die Kolonialisten zu kämpfen gelernt. Der Vulkan im Atlantik, der Jahrhunderte geschlummert hatte, brach wieder aus und machte der 500jährigen Herrschaft Portugals in seiner ältesten Kolonie 1974 ein Ende. Am 30. Dezember wurde eine Übergangsregierung gebildet und am 5. Juli 1975 die unabhängige Republik der Kapverden ausgerufen. Sie ist also fünf Jahre alt.

São Thiago als die größte der Inseln wurde als erste besiedelt. Sie nimmt ein Viertel der Gesamtfläche ein, und auf ihr lebt die Hälfte der Landesbewohner.

In dem Flecken Tarrafal auf São Thiago erinnert vieles an die finstere Vergangenheit. Hier wurden in



Die Landeshauptstadt Praia

einem faschistischen KZ viele treue Söhne des portugiesischen Volkes zu Tode gepeinigt: Kommunisten, Antifaschisten, Kämpfer für Demokratie, darunter der Führer der KP Portugals Bento Gonçalves und afrikanische Kämpfer gegen das Kolonialjoch.

Wir fahren an der Küste entlang. Manchmal führt der Weg auf ein Hochplateau, dann hat man einen weiten Blick über das blaue, an der Sonne glühende Meer. In der Ferne sieht man Fischerboote, kleine Segeljachten und Barkassen. Eine Hauptbeschäftigung der Inselbewohner ist der Fisch- und Languensteinfang.

Am Weg stehen kleine Dörfer, manche nur aus ein paar Häusern. Sie sind aus gut aneinanderpassenden Feldsteinen gefügt und mit Dachziegeln, Schiefer oder festen Strohwickeln gedeckt. Die Steine sind eigentlich das einzige hiesige Baumaterial. Aus ihnen baut man alles, von den Piers in den Häfen bis zu Viehgehegen.

Noch ein paar Kilometer an der Südküste entlang, und wir kommen nach Praia, der Landeshauptstadt. Außer ihr gibt es noch eine „nördliche Hauptstadt“, Mindelo (auf São Vicente). Das ist der wirtschaftliche Brennpunkt und wichtigste Seehafen des Landes: In Praia haben die Regierungsämter und die Parteileitungen ihren Sitz.

In einem kleinen Viertel des Stadtzentrums ist alles beisammen: Ministerien, Botschaften, Büros, Hauptquartiere von Organisationen, eine Bank, ein Lyzeum, ein großer medizinischer Komplex, gemütliche Cafés

und zahlreiche große und kleine Geschäfte. Am Kai erhebt sich über altertümlichen Kanonen ein moderner Bau, das Institut für Sozialfürsorge. Die Stadt hat größtenteils enge, ungepflasterte Gassen, aber auch eine asphaltierte Hauptstraße und Häuser von ganz verschiedener Bauweise, darunter almodische Villen mit hohen, massiven Portalen und verschnörkelten Balkons.

In Praia und den anderen Städten wundert man sich über die vielen Kinder. Die Regierung sorgt sehr für sie, sie stellt ansehnliche Summen für den Bau von Kindereinrichtungen, besonders Schulen, bereit. Cabral nennt die Kinder die Blüte unserer Zeit. Diese Worte sind jetzt eine Devise der Volksmacht.

Ein Unglück der Inseln ist der Süßwassermangel. Die Regenzeit dauert von August bis Oktober. Danach kommt die monatelange Trockenzeit. Wieder sieht man lange Schlangen aus Frauen und oft auch Kindern mit großen Gefäßen bei den Brunnen und Quellen in den Bergen. Zwei Entsalzungsanlagen sind in Betrieb, reichen aber nicht aus. Der Bau solcher Anlagen ist sehr kostspielig. Wie mir der Direktor des Ressorts Grundwassernutzung beim Landwirtschaftsministerium, Mota Gomes, sagte, sollen demnächst 26 artesische Brunnen gebaut werden.



Fischer aus Mindelo

Fotos des Verfassers

Die Wirtschaft, wie sie die junge Republik vom alten Regime erbte, war in erschreckendem Zustand. Hinzu kam eine zehnjährige Dürre (1968—1978). Das Land, das einst Agrarprodukte ausführte, musste 1974 seinen Nahrungsmittelbedarf zu 96% durch Import decken.

Die Regierungspartei PAIGC und die Regierung haben den nationalen

Wiederaufbau zu ihrer Hauptaufgabe gemacht und bemühen sich zu diesem Zweck um eine Hebung der Wirtschaft. Schon die ersten einjährigen „Sonderprogramme“ haben greifbare Resultate gezeigt. Die bewässerten Ländereien sind vergrößert, Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Der Lebensstandard ist gestiegen. Die Volksmacht hat das Finanzwesen in ihre Hände genommen und hat einen Fonds für nationale Entwicklung angelegt, aus dem die Entwicklungsprogramme finanziert, den Werktagen für Hilfswirtschaften Zuschüsse gewährt und Organisationen sowie behinderten Bürgern Unterstützungen ausgezahlt werden.

Die Wirtschaft beruht noch immer auf der Landwirtschaft und diese herkömmlicherweise auf der Rinder-, Schweine- und Ziegenhaltung. Schafe geben eine hochwertige Wolle. Neuland wird mit Mais, Maniok und anderem Getreide bestellt. Auch Berg- und Hügelhänge werden aufgeackert. Der Gartenbau ist auf den Inseln ebenfalls gut entwickelt. Die Genossenschaften und staatlichen Wirtschaften werden kräftiger, der Staat leistet ihnen jedwede Hilfe.

Auch die Industrie kommt vorwärts. Unter den Nahrungsmittelbetrieben sind Konservenfabriken zu nennen, namentlich die SULCRA, deren Erzeugnisse nach den USA und nach Italien exportiert werden. Gute Ergebnisse hatte in ihrem ersten Jahr die Bekleidungsfabrik Morabeza, die zu 40% ebenfalls für den Export produziert. Jetzt wird sie ausgebaut und ist bereit, Bestellungen sowohl aus Afrika als auch aus Europa anzunehmen. Einige Baustofffabriken sind vorhanden. Auf São Vicente bestehen eine Motorboot-, eine Möbelfabrik und einige andere. Weltbekannt sind die dortigen Tabakspfeifen, die nicht nur gut, sondern auch kunstvoll gestaltet sind.

Die Gründung eigener Betriebe verringert die Abhängigkeit vom Import, und die Führung der Republik sieht darin eine ihrer wichtigsten Wirtschaftsaufgaben.

Die Wirtschaft befindet sich zum größten Teil noch in privaten Hän-

den. Aber die staatlichen Betriebe erstarren und bieten dem Privatkapital schon Konkurrenz.

Hier wird viel gebaut. Immer mehr komfortable Wohnhäuser, Schulen und Sportobjekte entstehen. Ebenso Chausseen durch scheinbar unpassierbare Gebiete sowie Piers in den Seehäfen. Auf São Vicente wird der Bau eines großen Trockendocks für Fischlogger vorbereitet. Sowjetische Fachkräfte werden am Bau eines Hafens auf der Sal-Insel mitarbeiten.

Zum Schwerpunkt ihrer Außenpolitik hat die Republik die Nichtpaktgebundenheit und die friedliche Zusammenarbeit mit allen Staaten gemacht. Sie beteiligt sich rege an der OAU.

Obwohl die junge Republik noch selbst Schwierigkeiten hat, leistet sie anderen Völkern brüderliche Hilfe. Sie hat 50 Lehrer nach Angola geschickt, und bald werden sich ihnen andere Fachkräfte sowie Arbeiter zugessen.

Die PAIGC und die Regierung bemühen sich um engere Freundschafts- und Geschäftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern. Im Herbst 1979 haben die Kapverden einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR geschlossen. Obwohl das noch nicht lange her ist, hört man hier schon anerkennende Worte über die sowjetischen Fachkräfte. Über neue Kontrakte wird verhandelt. Zum 110. Geburtstag Lenins hat in Mindelo und Praia eine gutbesuchte Ausstellung sowjetischer Bücher, Briefmarken und Schallplatten zum Lenin-Thema und zu anderen stattgefunden. Auf den Kapverden arbeiten auch Fachkräfte aus der DDR, aus Ungarn, Kuba und Jugoslawien.

In der Landeszeitung „Voz di Povo“ hieß es: „Unser Ziel ist es, auf unserem Boden den Kolonialstaat zu zerschmettern, um einen anderen, einen neuen Staat zu gründen, der auf Gerechtigkeit, auf Arbeit und gleichen Möglichkeiten für alle Söhne und Töchter Guineas und der Kapverdischen Inseln beruht.“ Das wird noch Jahre angespannter Arbeit kosten. Die Republik tut ja ihre ersten, schwersten Schritte. Aber an Beharrlichkeit und Optimismus fehlt es ihrem Volke nicht.

Praia, im Juli

Unser Geländewagen fuhr aus Ulan Bator durch die Steppe immer weiter südwestwärts auf das Hanhaigebirge zu, vorüber an Lärchenbeständen, Schluchten und sogenannten Felspfählen, die wie versteinerte Märchenfiere aussehen.

Hinter einer Wegbiegung hervor kamen uns einige Reiter entgegen, junge Hün in Nationaltracht: himbeerrote Pluderhosen, gelben Jacken und mit Ornamenten bestickten Schaffstiefeln. Sie winkten uns zu und saßen ab. Wir hielten auch und stiegen aus. Bunte Säckchen, die sie am Gürtel trugen, entnahmen sie Tabakdosen aus braunem hellblauem und strohgelbem Chalzedon, die wie Sonnensplitter funkelten. Die Männer reichten uns die offenen Dosen, wir bedienten uns, schnupften und gaben sie zurück. So ist es in der Steppe üblich.

Seit unvordenlichen Zeiten treiben die Mongolen einen wahren Kult mit Tabakdosen. Sie sind ziemlich teuer, gewöhnlich aus Jade, Chalzedon oder seiner Spielart, Achat, gearbeitet. Bei einem beschaulichen Gespräch, bei einer Begegnung oder beim Abschied wird einem unbedingt aus der halbgeöffneten Dose mit Korallenpropfen der duftende Tabak angeboten.

In der Mongolei gibt es seit Jahrhunderten kunsfertige Leute, die schöne Dinge aus Stein und Metall anfertigen, und nicht nur Tabakdosen. Ebenso Schmuck aus Gold, Silber, Koralle, Perlen, Türkis, Lapislazuli, Eisen, Kupfer und Muscheln. Jede Frau in der Steppe die etwas auf ihr Äußeres hält, hat Armbänder aus Halbedelsteinen, und der phantasievolle Kopfschmuck war früher oft fast mit einem Kilogramm Edelsteinen und Edelmetallen verziert. Mit Edelsteinen wurden kleine Statuen der buddhistischen Gottheiten eingerahmt. Szierten Sättel, Zügel und überhaupt das Geschirr der Reittiere.

Edelsteinfans

Togoloidijin Namsarai, den Leiter einer Schürfpartie, die nach Jade suchte, traf ich bei einem mit Apparaten und Kästen voller Gesteinsmuster beladenen Wagen an. Für die Partie begann eine neue Schürfsaison.

„Erst seit zwei Jahren suche ich Jade“, sagt er. „Früher suchte ich Achat. Wir wissen Sie, wieviel Achat wir haben! Früher gingen wir manchmal im Aimag Ostgobi durch die Steppe und lasen Stücke auf, so groß wie meine Faust. In der Äderung kann man mit einem blauen Phantasie eine ganze Welt erkennen. Sie werden auch nach der Äderung in Wolken-, Landschafts-, Moonachat usw. eingeteilt.“

In der Sammlung, die wir beide uns ansehen, sieht jeder neue Achat wie die vorige und doch anders aus. Dieser i-

MONGOLISCHE HALBEDELSTEINE

Alexej KRIWEL

hellgrau, jener auch, hat aber eine schneeweiße Kante, ein anderer hat wie manche Tulpen hellrote Flecke. Da ist auch rauchgrauer Chalzedon, aus dem man größtenteils die berühmten mongolischen Tabakdosen und Mundstücke anfertigt.

„Schön, das bestreite ich nicht, aber für mich ist das nicht mehr aktuell. Achat sucht jetzt eine Schürfpartie unter meinem Freund Munchogtoch“, sagt er lächelnd. „Ich bin ein Jadefan und suche schon zwei Jahre diesen zauberhaften Stein.“

„Na, und wie geht es dir mit der Jade, dem Nephrit?“, erkundigte ich mich.

„Recht gut. Im Aimak Chugsugul haben wir etwa ein Dutzend Steine gefunden. Die stehen im Wald auf Morast und sehen aus, als wären sie vom Himmel gefallen. Sie sind aber aus Felsen herausgebrockelt, schwarze und dunkelgrüne, die werden am meisten geschätzt.“

„Wie schwer sind sie?“

„Jeder wiegt an die vier Tonnen. Zwei haben wir schon nach Ulan-Bator in die Schmuckfabrik geschafft, mit einem Hubschrauber.“

Seit zehn Jahren schon streift Namsrai durch die Steppe und sucht Halbedelsteine. Das liegt in der Familie. Seine Frau ist Sachverständige für Minerale und arbeitet mit ihrem Mann zusammen. Seine Partie besteht aus elf Personen.

Nachdem ich ihn noch ein Stück begleitet habe, fahre ich zu einem alten Freund, dem Kandidaten der geologischen Wissenschaften Shambyn Biambe. Er erzählt mir folgendes:

„Die Mongolei ist reich an Halbedelsteinen. Topase und Bergkristall werden schon seit unvordenlichen Zeiten in der Gegend von Ulan-Bator, im Gebiet Goricho, gewonnen, Chrysolith und Pyrop seit unlängst im Aimak Ara Hangai und Granaten im Gobialtai. Unsere Granaten sind übrigens sehr gut, bestimmt nicht schlechter als die weltberühmten böhmischen. Nephrit gibt es in der Südgobi und in Chugsugul, Achat in der Nordgobi. Insgesamt sind rund 30 Halbedelstein- und andere Vorkommen festgestellt worden, und sie werden schon abgebaut. Waren Sie schon am Chara und am Terelshe?“ fragt er unvermittelt. „Wenn Sie dort waren, müssen Ihnen

die vielen roten Steine aufgefallen sein.“

„Ich war da und habe sie gesehen“, antworte ich, und mir fällt ein, daß wir im Chara unglaublich viel Fische gefangen haben.

„Diese Steine sind Jaspis. Wir hoffen, auch lohnende Vorkommen an Lapislazuli zu finden, die von Plinius, dem ersten Mineralsachverständigen Europas, so wunderschön beschrieben worden sind. Die himmelblauen Farben auf den Gemälden der Renaissance, die blauen Kuppeln der Minarette in Samarkand und die blauen Vasen in der Leningrader Ermitage — das ist alles Lapislazuli. Nach unseren Feststellungen muß es welchen in der Mongolei geben. Viele wissen von den Kupfer- und Molybdänvorkommen bei Erdenet. Dort sind schon die ersten beiden Baufolgen des größten asiatischen mongolisch-sowjetischen Aufbereitungskombinats in Betrieb. In Erdenet gibt es aber außerdem Türkise. Sie werden seit drei Jahren neben den Erzen gewonnen.“

In der Schmuckfabrik

„Bei uns Mongolen knüpfen sich wie bei vielen anderen östlichen Völkern an Steine Legenden“, sagt Fabrikdirektor Tuwschinturjin Danga. „Rote sind Sinnbilder der Freude, gelbe der Liebe, weiße der Reinheit, Türkis der Unvergänglichkeit und Treue. Er ist sehr schön. Unsere Türkise sind den weltberühmten von Nishapur sehr ähnlich.“

Er führt mich in die Türkiswerkstatt. Junge Arbeiterinnen haben Untersätze mit tropfenförmigen, runden und ovalen blauen Steinen in den Händen, die in Ringen, Broschen, Ohringen und Anhängern verarbeitet werden sollen.

„Wir haben uns so richtig auch den Nephrit vorgenommen“, fährt Danga fort. „Seit einigen Jahren werden unsere Erzeugnisse exportiert. Wir haben schon rund 100 000 Stücke aus Nephrit, geädertem Achat, Karneol und Granaten verkauft.“

Die Schönheit des unbearbeiteten Steins ist nicht erkennbar. Man muß ein Auge dafür haben und sie sichtbar machen können. Wieder gehe ich am Fließband entlang und suche den Augenblick abzupassen, in dem sich der rohe Stein in ein Schmuckstück ver-



Zur Festtracht der Mongolin gehören Gehänge, Ketten und anderer Schmuck aus Halbedelsteinen

Foto: K. Boldochonow

wandelt. Blitzschnell hantieren die Schleifer. Sie stellen nicht nur Schmuck her. Im Hauptsaal des Trauungspalastes von Ulan-Bator haben sie eine Wand mit einem Mosaik aus Halbedelsteinen geschmückt.

„Dafür haben sie 35 000 mongolische Halbedelsteine von mehr als 300 Arten verbraucht“, erläutert Damschingijn Daschdendew, der Leiter des Palastes. „Es ist vier Meter hoch und über drei Meter breit. So eine Arbeit ist eine Rarität. Sehen Sie: Wolken, Sonne, Regenbogen, Meereswellen, Fische. Die Lotosblüte versinnbildlicht das unvergängliche Glück der neuen Familie. Und hier die Pferde, die Vögel und die traditionellen Ornamente. Jeder Stein mußte in Form und Farbe genau zugeschnitten werden, damit ein organisches Ganzes entsteht. Daran haben vier mongolische und ein sowjetischer Künstler ein ganzes Jahr gearbeitet.“

Beim Anblick dieses und anderer Werke mongolischer Meister fielen mir Worte des berühmten sowjetischen Wissenschaftlers Alexander Fersman, der die UdSSR und die Mongolei geologisch erforschte, wieder ein. Er schrieb: „Steine sind dem Menschen jetzt kein Spielzeug und kein Luxus, sondern ein wunderbares Material, das das Leben schöner macht.“

KAINSMAL DES RASSISMUS

Vor zehn Jahren wurden in einer Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Amsterdam die Vertreter des südafrikanischen Regimes aus der Familie der olympischen Nationen ausgeschlossen. Auch die meisten großen internationalen Sportverbände haben die Rassisten aus der RSA nicht unter ihren Mitgliedern dulden wollen. Sie versuchen aber immer wieder, einen Platz unter der Fahne mit den fünf Ringen einzunehmen. Und sie machen kein Hehl daraus, daß sie internationale Sportkontakte als Teil des ideologischen Programms ansehen, mit dem eine de-facto-Anerkennung des berüchtigten Regimes erreicht werden soll.

„Man muß der RSA vor der Welt ein anziehenderes Image geben“, verkündet der frühere Ministerpräsident und jetzige Präsident der RSA Vorster. Das ist bei den Zuständen in diesem Land nicht leicht. Die Möglichkeiten zum Sporttreiben sind dort für Weiße und für Farbige völlig verschieden. Im Bericht einer IOC-Kommission, die gegen Ende der 60er Jahre in der RSA war, hieß es: „In Sportarten wie Schwimmen,

bei Wettkämpfen sogar auf den Zuschauertribünen.“

Seitdem das IOC die RSA aus der olympischen Bewegung ausschloß, hat sie sich mit der Rolle des Außenseiters nicht abgefunden. Nur haben die Frontalangriffe der Rassisten Umgehungsmanöver und Tarnungen Platz gemacht. Nach der Vorladung des IOC vor ein schweizerisches Gericht wegen des Ausschlusses von den Olympischen Spielen ging die RSA-Führung zu einem bittenden und einlenkenden Ton über. Sie bestürmt das IOC angefangen von dessen Tagung in Sapporo (1972) bis zu der in Montevideo (1979), mit Bitten, sich mit einer eventuellen späteren Rückkehr der RSA in die olympische Bewegung grundsätzlich einverstanden zu erklären — weil ja „im Sport des Landes positive Veränderungen eingetreten sind und eine Milderung der Apartheid vorgenommen worden ist“. Fürsprecher des anrüchigen Regimes haben sogar dazu aufgefordert, die RSA wieder als olympische Nation anzuerkennen und ihr Recht, bei Spielen anzutreten, nur zeitweilig zu sistieren. Das hat das IOC abgelehnt, und sein Vorsitzender, Lord Killanin, hat erklärt:

„Informationen, die wir erhalten, lassen nicht darauf schließen, daß im Sport der RSA wesentliche Veränderungen eingetreten sind.“

Schwerlich sind ja Propagandashows ernstzunehmen wie die gelegentlichen Spiele „gemischter Mannschaften“ aus der RSA mit Klubs aus anderen Ländern, Spiele farbiger mit weißen Auswahlmannschaften oder Zweikämpfe zwischen Sportlern verschiedener Rass-

sen. Ein Mitglied des IOC, der Präsident des äthiopischen olympischen Nationalkomitees Tessema, hat dem Schreiber dieser Zeilen folgendes gesagt: „Was würde eine Aufhebung der Apartheid im südafrikanischen Sport bedeuten? Ihre Abschaffung auch in den anderen Lebensbereichen.“

Lange vor den Geschehnissen in Afghanistan bekamen die Sport-„Kommandos“ der RSA Auftrag, die Abhaltung der Moskauer Olympia zu stören. Gemeinsam mit den imperialistischen Kreisen des Westens war eine Aktion festgelegt wor-

den, die darin bestand, vor den Starts in Moskau eine ähnliche Situation wie vor vier Jahren in Montreal herbeizuführen. Dort hatten Länder Afrikas die Teilnahme an den Spielen aus Protest gegen sportliche Verbindungen Neuseelands mit der RSA verweigert: Kurz vor den Spielen hatten mehrere Rugbytreffen zwischen Mannschaften der beiden Länder stattgefunden.

Auch jetzt waren die Urheber der Provokation mit ihren Mitteln alles andere als wälderisch. Erst wurden die „Barbarians“, wie eine Rugbymannschaft aus der RSA bezeichnet werden heißt, von der Leine gelassen. Sie spielten in England unter dem Schutz verstärkter Polizeiaufgebote. Dann schickte sich die Rugbyauswahl der RSA-Provinz Transvaal an, mehrere Spiele in Frankreich auszutragen, aber die Bürgermeister der vier Städte, wo sie stattfinden sollten, lehnten die Aufnahme von Abgesandten des rassistischen Regimes ab.

Besonders viel hatte Pretoria von der Ankunft der „Springboks“, der Springböcke, in Frankreich erhofft. Die Mannschaft setzt sich nur aus Weißen zusammen. Die springende Gazelle auf ihrem Dress ist eigentlich das Kainsmal des Rassismus. Die RSA-Führung hat ja selbst zugegeben, daß die „Springboks“ jetzt „Soldaten an vorderster Stellung“ sind, „die Verbindung mit allen Ländern aufrechterhalten müssen, in denen Rugby gespielt wird“. Die französische Regierung gab ihnen keine Einreiseerlaubnis. Objektiv hat sie damit im Interesse des internationalen und des olympischen Sports gehandelt.

Die Konservativen in London nehmen den genau entgegengesetzten Standpunkt ein. In ihrem antiolympischen Köcher haben sie noch einen Pfeil gefunden: Eine Tournee der britischen Rugbymannschaft „British Lions“ durch die RSA. Als diese provokatorische Absicht bekannt wurde, rief der Präsident der Britischen Olympischen Assoziation, Follows, die Sportler auf, nicht zu fahren. Margaret Thatcher ließ aber ihren offiziellen Vertreter erklären, der Regierung liege jedes Vorgehen gegen die Reise der Mannschaft fern. So wird eine faktische Unterstützung der Rassisten gedeichert, so wird versucht, einen Keil zwischen die an der olympischen Bewegung beteiligten Länder zu treiben.

Der Kurs auf Unterstützung der Rassisten läuft auch dem Appell der UNO zuwider, „jeden Sportkontakt mit dem Apartheidregime der RSA abzubrechen“.

I. MARINOW

„NEUE ZEIT“

27.80



„Können Sie nicht für Ruhe sorgen? Wir wollen hier doch Rugby spielen!“ sagt ein Teilnehmer des Spiels zwischen den Springboks und den British Lions zu einem südafrikanischen Polizisten

Aus dem „Observer“ (England)

Turnen, Ringkampf, Reiten und Eiskunstlauf gibt es keinen einzigen farbigen Sportler. Es bestehen drei Schützenverbände nur für Weiße, denn die Landesgesetze verbieten den Farbigen das Waffenträgen... Im Statut des Schwerathletenverbandes sind kränkende Bestimmungen für nichtweiße Sportler festgestellt worden.“ Seitdem hat sich kaum etwas geändert. Das bestätigen beredte Angaben der Presse: Pretoria verausgabt jährlich für Sport 29 Cent je Weißen und 2 Cent je Afrikaner; die Rassentrennung gilt

DISKUSSION MIT DEM LESER

In diesem Frühjahr trat China, ein wirtschaftlich weniger entwickeltes Land als die UdSSR, dem Internationalen Währungsfonds bei. Es ist seltsam, daß die UdSSR sich bis heute dazu nicht entschließen kann.

Ronald ADAMS
Sydney, Australien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix
GORJUNOW

Der Ausdruck „kann sich nicht entschließen“ eignet sich kaum, um die Einstellung der UdSSR zum Internationalen Währungsfonds (IWF) zu beschreiben. Im Juli 1944 nahm die UdSSR zusammen mit 43 anderen Ländern an der Konferenz in Bretton Woods (USA) teil, wo diese Organisation zur Regulierung der zwischenstaatlichen Valuta- und Finanzbeziehungen gegründet wurde. Trotzdem ist die UdSSR dem IWF nicht beigetreten. Die Gründe waren gewichtig, Herr Adams.

Zu den Grundnormen des Völkerrechts gehört das Prinzip souveräner Gleichheit der Staaten. Es setzt auch die Gleichheit bei der Lösung aller Fragen in den internationalen Organisationen und ihren Verwaltungen voraus. Aber entgegen diesem Prinzip gewährte das Abkommen von Bretton Woods den Westmächten Vorrechte im IWF. Vor allem handelte es sich um die USA, die am Ende des zweiten Weltkriegs die größte Finanzmacht waren. Staaten mit niedrigeren Beiträgen hatten praktisch keinen Einfluß auf die IWF-Politik.

Diese Ungleichheit besteht bis heute. Dem IWF gehören 140 Länder an, aber die 10 führenden kapitalistischen Industriestaaten verfügen dort über 56% der Stimmen. Besonders großen Einfluß haben die USA, deren Vertreter die leitenden Posten in der IWF-Verwaltung innehaben. Übrigens warnte der bekannte britische Wirtschaftswissenschaftler John M. Keynes, einer der Begründer des IWF, noch vor der Konferenz in Bretton Woods davor, diesen „zu einer zweitrangigen Abteilung im USA-Staatsdepartement“ zu machen.

Die westlichen Teilnehmer der Konferenz stimmten damals dem Vorschlag der UdSSR und anderer Länder nicht zu, den Währungskurs im universel-

len Weltgold — Gold — auszudrücken. Stattdessen wurde der US-Dollar eine Leitwährung. Davon, wie irrtümlich diese Entscheidung war, zeugt das heutige Chaos im Währungssystem des IWF. Die akute Dollarkrise hat bewirkt, daß die wichtigsten Festlegungen von Bretton Woods nicht mehr wirksam sind. Washington weigerte sich 1971, in offiziellen Verrechnungen zwischen den IWF-Mitgliedern Dollars gegen Gold anzunehmen. Infolge der Dollarkrise haben die kapitalistischen Währungen seit 1973 keinen festen Kurs: Sie „floaten“, d. h. sie schwanken je nach der veränderlichen Konjunktur auf den Finanzmärkten. Die Dollars, die immer mehr an Wert verlieren, steigern noch die chronische Inflation.

Die UdSSR schloß sich dem Abkommen von Bretton Woods auch deshalb nicht an, weil die Teilnehmerländer ihre innere sozialökonomische Politik IWF-Weisungen unterzuordnen haben. Die gesamte Tätigkeit des IWF zeigt, wie seine Drahtzieher viele Länder, die den Fonds um Währungshilfe batzen, diskriminierten. Seine Geschichte ist es auch die Geschichte der Einmischung in die Angelegenheiten von Staaten, deren Gesellschaftsordnung und Politik den Finanz- und Industriemagnaten der Wall Street nicht paßten.

Infolge dieser Diskriminierung mußten 1950 Polen, 1954 die Tschechoslowakei und 1964 Kuba aus dem IWF austreten. Der Fonds verweigerte Ägypten unter Nasser und Chile zur Zeit der

UP-Regierung Salvador Allendes jegliche Kredite. Nach der Aprilrevolution in Portugal erpreßte der IWF die Regierung Soares. Auch das Kabinett der Republikanischen Volkspartei unter Ecevit in der Türkei wurde unter Druck gesetzt. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Besonders negativ wirkt sich die Währungs- und Kreditpolitik des IWF auf die Entwicklungstaaten aus. Der Präsident Tansanias, Julius Nyerere, brachte die Einstellung vieler Führer der Entwicklungstaaten zur neokolonialistischen Politik des Fonds mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Die Probleme der dritten Welt sind auch ohne die politische Einmischung IWF-Beamter kompliziert genug. Wenn sie nicht helfen können, so sollen sie sich wenigstens nicht einmischen.“

Wie Sie sehen, Herr Adams, bleiben die wichtigsten Gründe, aus denen die UdSSR nicht dem IWF beitritt, in Kraft.

Was den Beitritt Chinas angeht, so bedeutet er eine weitere Annäherung der Pekinger Führung an den Imperialismus. Diese hofft, aus den IWF-Geldern die Wirtschaft zu militarisieren, obwohl das dem chinesischen Volk neue Entbehrungen auferlegen wird. „Le Monde“ (Paris) meinte dazu: „Zweifellos tritt China dem Klub der Großen als Juniorpartner bei.“ Wir wollen hinzufügen: Ebenso zweifellos ist, daß China für diese Mitgliedschaft einen hohen politischen Preis zahlen wird.



Wer hilft den Palästinensern in den Flüchtlingslagern? Womit beschäftigen sie sich?

G. SERDJUK
Gebiet Donezk, UdSSR

Infolge der aggressiven, expansionistischen Politik Israels muß mehr als die Hälfte der fast 4 Millionen Palästinenser in der Fremde leben.

Im Jahre 1949 wurde das UNO-Hilfs- und Arbeitsamt für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten gegründet. Die palästinensischen Flüchtlinge werden auch vom Internationalen Roten Kreuz unterstützt. Die arabischen Länder strecken bedeutende Beträge für den Ankauf von Lebensmittel, Medikamenten und anderen notwendigen Dingen vor. Sie überlassen Palästinensern ferner einen Teil der Studienplätze in ihren Bildungseinrichtungen.

In den Flüchtlingslagern befinden sich fast 1 000 000 Palästinenser. Dort bestehen Produktions- und Absatzgenossenschaften.

Etwa eine Million Palästinenser sind in verschiedenen, meist arabischen Ländern beschäftigt. Einen Teil ihrer Löhne und Gehälter überweisen viele von ihnen ihren Landsleuten in den Flüchtlingslagern.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder setzen sich konsequent für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes ein und unterstützen die PLO als seinen einzigen legitimen Vertreter politisch und materiell.

Gewiß, aber ...



Die japanische Regierung hat es abgelehnt, die internationale Konvention über die Behebung jedweder Diskriminierung der Frauen zu unterzeichnen, obwohl ihr Delegierter im vergangenen Herbst in der UNO-Vollversammlung für den Entwurf dazu gestimmt hatte. In Tokio beteuerte man, gegen die Gleichberechtigung der Frauen habe man ja nichts, aber wie soll man sie herbeiführen? Dazu müßte man zuviel Gesetze, Bestimmungen und Regeln ändern. Eine Japanerin kann z. B. nur in Ausnahmefällen dienstlich befördert werden, bei der Berufsschulung ist sie zurückgesetzt, ja sogar im Familienrecht: Heiraten sie einen Ausländer, so kann sie nicht ohne weiteres die japanische Staatsbürgerschaft für ihre Kinder beanspruchen.

Qualität garantiert

Eine kürzliche Umfrage des Gallup-Instituts (USA) hat ergeben, daß die Engländer wenn, dann Videokassetten vorwiegend nicht mit hochwertigen, sondern mit Pornofilmen kaufen. Die versierte Reklame verspricht in dieser Hinsicht oft mehr als sie hält. Um das künftig zu verhüten, hat der Verband der Hersteller die Einteilung solcher Filme in Kategorien angekündigt. Die Londoner "Times" schlägt schmunzelnd vor, in

die erste Kategorie „leicht erregende Filme“ und in die zweite „Filme mit Schockwirkung“ einzustufen.

Nicht mal mit 'nem blauen Auge

In den Haag wurde laut Associated Press an einer Straßenecke ein Rauschgifthändler auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Er hatte schon ganze 5 kg Heroin an den Mann gebracht. Auch der Kunde wurde sofort verhaftet. Der Händler wurde lediglich zu seiner Dienststelle eskortiert. Er war nämlich der zweite Sekretär der Botschaft Pakistans und wurde nach dem Vorfall abberufen.

Für Schulden riskieren?



Der bekannte Kradspringer Evel Knievel schuldet 40 000 Dollar einer Kreditbank, 200 000 für sein Haus und 100 000 für allerlei Krimskrams. Vor Gericht erschien er mit einem goldenen Armband und einem großen Brillanten im rechten Ohrloppchen. Den verwunderten Richtern erklärte er: „Ich bin Kradspringer und kann mir Geld damit verdienen, daß ich mein Leben riskiere.“ Und er fügte hinzu, er denke nicht daran, sein Leben aufs Spiel zu setzen, um seine Schulden zu bezahlen.

Herzlich willkommen!

Das olympische Dorf Lake Placid wird jetzt, wie geplant war, eine Haftanstalt. Vorläufig soll sie 500 junge Delinquenten aufnehmen. Böse Zungen behaupten, diese Insassen werden es komfortabler haben, als es da die Teilnehmer der Winterolympiade hatten.

Das Gesetz machtlos

Zum 20jährigen Bestehen eines Gesetzes über die Einschränkung der Prostitution haben italienische Journalisten eine Untersuchung angestellt und folgendes ermittelt: Die Freudenhäuser haben jetzt einen Jahresumsatz von 1,5 Billionen Lire, und die Zahl der Prostituierten reicht an 1,4 Millionen heran. Bestanden zu Anfang der 60er Jahre „nur“ 750 Puffs, so sind es jetzt Tausende. Keine Stadt in Italien, in der die gewerbliche Prostitution nicht im Schwange wäre, schreibt die „Unità“. Die Damen und ihre „Beschützer“ denken so: Sollen die Herren nur ruhig Gesetze machen, Geschäft bleibt doch Geschäft.

Falsche Sparsamkeit

Die New Yorker leiden sehr unter dem schlechten Straßenpflaster. Für Gerichtskosten allein bei Klagen auf Schadenersatz oder Schmerzensgeld muß die Stadt 50 Mio Dollar im Jahr ausgeben. Dafür spart sie an den Instandsetzungsarbeiten, für die 25 Mio ausgesetzt sind.

Ein Standhafter

Die japanische Gesellschaft Kawasaki verkaufte Saudi-Arabien Feuerwehrhubschrauber für Mekka und heuerte für sie 30 Piloten bei.

ten bei dem US-Konzern Dyna Electron an. Nun dürfen aber Ungläubige nicht in die heilige Stadt, weshalb den Männern in Japan eröffnet wurde, daß sie Mohammedaner werden müssen. Der Mulla stand schon bereit. 29 Piloten — Katholiken, Angehörige der anglikanischen Kirche und Methodisten — willigten sofort ein. Der dreißigste, ein Baptist, wurde wütend und flog zurück.

Schlagkräftige Argumente



Die Bewohner der kanadischen Provinz Quebec stimmten unlängst bei einem Referendum gegen deren Austritt aus Kanada. „Globe and Mail“ berichtet in diesem Zusammenhang von einem kuriosen Fall. In Montreal boxten Reggie Chartrand, der für die Loslösung Quebecs ist, und André Beauchamp, der dagegen ist, um das Recht, öffentlich ihre politischen Anschauungen darzulegen.

Rekorde, Rekorde...

Die Stammgäste des Lokals „Zum Bubi“ in Bad Hersfeld (BRD) brachten es fertig, 41 Bierkisten aufeinander zu stapeln, und schlugen damit den Rekord, den Studenten der Münchner TH 1978 mit 32 Kisten aufgestellt hatten.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

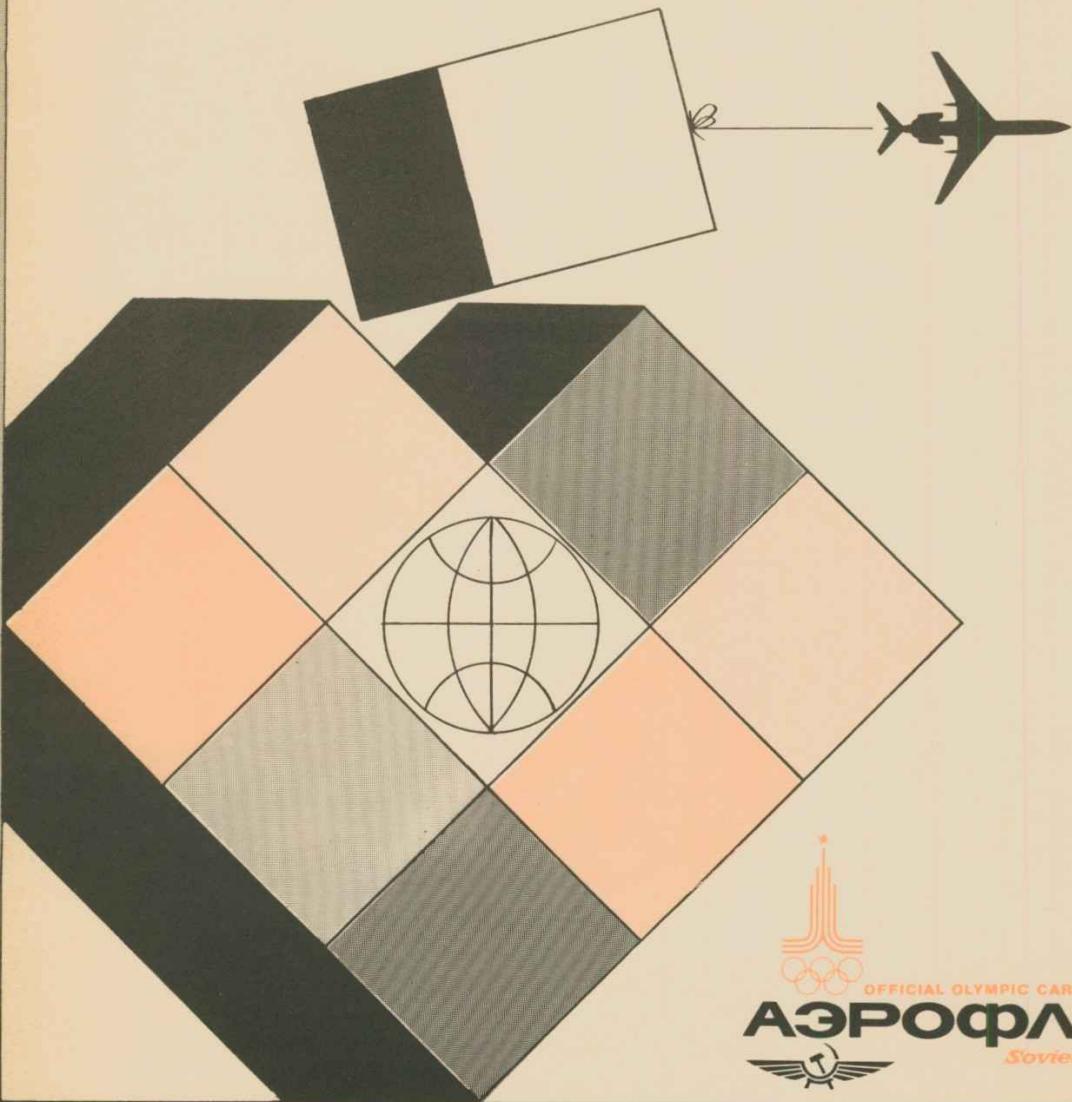
AEROFLOT FÜR IHRE FRACHT

Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Erde, transportiert jährlich Hundertausende Tonnen Fracht.

Kunden in allen Ländern nehmen ihre Dienste in Anspruch.

Der Frachttransport erfolgt mit allen Linienflugzeugen und mit Frachtchartermaschinen.

Ausführliche Informationen über den Frachtverkehr erhalten Sie in jeder Vertretung von Aeroflot sowie in der Zentralen internationalen Agentur von Aeroflot (Moskau, Frunsenskaja naberezhnaja 4, Telex — 7222, Code — CITA MOWFRSU).



Im Objektiv: MONGOLEI



Im Eisenbahndepot Ulan-Bulak



Das Bogenschießen ist ein Nationalsport



Wasserfall am Oberlauf des Orchon



Der Nomadenviehzüchter macht mit seiner Herde in einem Sommer mehrere Wanderungen



tionalinstrumente gespielt: die Limbe (Flöte), die Jotschin (Zimbel) und die Morinhr (Saiteninstrument mit Griffbrett in Form eines Pferdekopfes). Ringkämpfe werden ausgetragen, Wettkämpfe im Bogenschießen und Pferderennen werden veranstaltet.

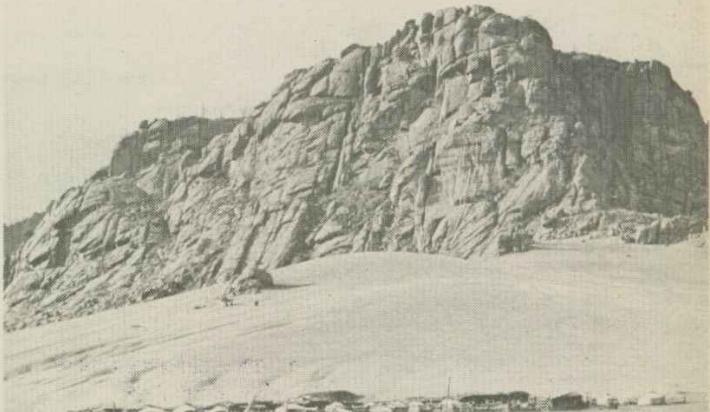
Am 11. Juli feiert die Mongolen den 59. Jahrestag ihrer Volksrevolution. An diesem Tag kommen in Stadt und Land, selbst in den abgelegenen Gebieten und auf den Viehweiden die festlich gekleideten Menschen zusammen. Überall werden die Na-

Die Friedensallee in der Hauptstadt

Das Revolutionsmuseum in Altan-Bulak



Für die Landschaft sind bizarre Berge typisch



Station zur Beobachtung eines künstlichen Erdsatelliten in Dalan-Dsadagad



staat. Auf Industrie, Bau- und Verkehrswesen entfallen bereits über 40% des Nationaleninkommens.

Das Sowjetvolk schätzt das feste Bündnis mit dem mongolischen Volk. Ihre vielseitige Zusammenarbeit in Politik, Produktion und Kultur wird immer ersprießlicher. Es einen sie Kampf- und Arbeitstaten aus der Vergangenheit, gegenwärtige Erfolge und Anliegen sowie Zukunftspläne.

Fotos: K. Boldochonow (TASS)